Hans Kappe

Volksbildung und Volkbildung
Geschichte und Idee des Reichsverbandes der deutschen Volkshochschulen

Münster

1964

Digitized by the Internet Archive
in 2026

https://archive.org/details/IA41547227_0033

Sozialpädagogik und Sozialethik

Volksbildung und Volkbildung

Geschichte und Idee des Reichsverbandes der deutschen Volkshochschulen

Inaugural - Dissertation
zur Erlangung des Doktorgrades
der
P h i l o s o p h i s c h e n F a k u l t ä t
der
Westfälischen Wilhelms-Universität zu
Münster (Westf.)

Vorgelegt von
H a n s K a p p e
aus Messinghausen (Sauerland)
1964

Tag der mündlichen Prüfung: 30.7. 1964
Dekan: Professor Dr. Heinz Gollwitzer
Referent: Professor D. Friedrich Siegmund-Schultze
Korreferent: Professor Dr. Ernst Lichtenstein

UNIVERSITEITSBIBLIOTHEEK - LEIDEN -

Dasjenige Volk, welches bis in die untersten Schichten hinein die tiefste und vielseitigste Bildung besitzt, wird zugleich das glücklichste sein unter den Völkern seiner Zeit, beneidet von seinen Zeitgenossen und ein Vorbild der Nachahmung für sie.

Joh. Gottl. Fichte

Vor jedem steht ein Bild des,
was er werden soll;
solang er das nicht ist,
ist nicht sein Friede voll.

Friedrich Rückert

Der Mensch lebt nicht allein für sich auf Erden. Solange wir leben, gehören wir den Leuten. Wenn wir wollen, daß es in der armseligsten Hütte wie in der ganzen Welt besser gehe, so müssen wir das, was wir dazu beitragen können, selber tun. Und ich glaube, Ihr lästert, wenn Ihr meint, der liebe Gott sollte es für uns ohne unser Zutun an unserer Statt tun.

Pestalozzi

Inhaltsverzeichnis

		Seite
Vorwort		7
Einführung		11
I. Kapitel:	NOT DES VOLKES UND DIENST AM VOLKE	17 - 25
	Historische Vorbemerkungen	17
	Settlementsarbeit in verschiedenen Ländern	18
	Anmerkungen	24
II. Kapitel:	WEGE ZUR VOLKSBILDUNG	27 - 52
	Andere Vorformen der Volkshochschulbewegung	27
	Zur Geschichte des Landesverbandes Volkshochschule Sachsen E.V.	28
	Kurzer Abriß zur Geschichte einzelner Landes- und Landschaftsverbände	31
	Frühere Versuche einer Einigung des Volksbildungswesens	40
	Anmerkungen	42
III. Kapitel:	GESCHICHTE UND ORGANISATION DER VOLKSBILDUNG IM REICHSVERBAND DER DEUTSCHEN VOLKSHOCHSCHULEN	53 - 78
	Geschichtlicher Verlauf	53
	Organisation und Institution	56
	Anmerkungen	72
IV. Kapitel:	VOLKSHOCHSCHULTAGE UND -TAGUNGEN	79 -110
	Volkshochschultag Dresden 1928	79
	Volkshochschultag Breslau 1930	88
	Exkurse: Volkshochschulheim Prerow	92
	Deutsche Schule für Volksforschung und Erwachsenenbildung	93
	Arbeitswoche Prerow 1931	98
	Volkshochschulpraktikertagung auf Burg Lauenstein 1932	100
	Anmerkungen	104
V. Kapitel:	CHARAKTERISTIKA UND IDEEN DER VOLKSBILDUNG IM REICHSVERBAND DER DEUTSCHEN VOLKSHOCHSCHULEN	111 - 124
	Thesen und Dialektik der Volkshochschule	111
	Anmerkungen	117
VI. Kapitel:	AUSBLICK	125 - 130
	Anmerkungen	129

Seite

VII. Kapitel: TEXTE UND DOKUMENTE 131 - 154

Satzungen für den Reichsverband der deutschen Volkshochschulen 131
Richtlinien des Reichsverbandes der deutschen Volkshochschulen 134
Die Prerower Formel 136
Entschließung der Mitgliederversammlung des Reichsverbandes 1931 138
Entschließungen der Volkshochschulpraktikertagung Lauenstein 140
Mitteilung über Aktenhinterlegung 142
Liquidationsurkunde des Reichsverbandes 1933 142
Satzungen der Deutschen Schule für Volksforschung und Erwachsenenbildung 1927 und 1930 143
Mitteilung über Beurlaubung von Dr. Mann 147
Auflösung der Deutschen Schule 147
Die Arbeitsstelle für Erwachsenenbildung(Becker-Engelhardt-Entwurf) 148
Zentralstelle für Erwachsenenbildung (Hessler - Entwurf 1932) 150
Satzungen der Sozialen Arbeitsgemeinschaft Berlin-Ost(30.12.1928) 152

VIII. Kapitel: MITGLIEDERVERZEICHNIS DES REICHSVERBANDES DER DEUTSCHEN VOLKSHOCHSCHULEN E.V. 155 - 168

Quellenverzeichnis: 169 - 172

V = Volkshochschulwesen Akten des Reichsverbandes 169

S = Settlements,Sozialpolitische Fragen und Soziale Arbeitsgemeinschaft Berlin-Ost 171

Literaturverzeichnis: 173 - 182

a) Bücher, Schriften und Aufsätze 173

b) Zeitschriften 180

V o r w o r t

"Aber was haben wir davon als nur eine Störung, das Bewußtsein einer Erwähnung in einem Schlagwortregister eines kleinen wissenschaftlichen Werkes und eine wohlmeinende Zeile im Text. Es ist nicht einmal eine gute Reklame für uns, da die Dissertationen und ähnliche Arbeiten ja meist nur von einigen Freunden des Autors gelesen werden. Es liegt eigentlich eine gewisse Arroganz in dieser Gepflogenheit der Wissenschaft, uns den Doktoranden als Objekt zu überantworten.------ Freie Volksbildung, Volkshochschule sind Themata, die sich weiß Gott nicht für Doktordissertationen eignen, über diese Themen stolpern noch Professoren, wenn sie sich nicht bemühen, selbst sehr gründlich einmal praktisch in diese Materie einzudringen.------ Ich glaube, wir müssen von unseren Besuchern einen Nachweis ihres wirklich ernsten Interesses verlangen. Unsere Zeit ist gemessen, und was die Besucher davon für sich beanspruchen, geht unseren Schülern ab."[1] Nicht sehr ermutigend klingen die Worte von Eduard Weitsch,[2] dem Volkshochschulmann aus Dreißigacker, wenn man sich mit dem Thema Volkshochschule beschäftigen will und soll. So zog ich erst aus, im eigenen Lande und dann in den klassischen Ländern der Volkshochschule, Dänemark und Schweden, die Arbeit in den Volkshochschulen kennenzulernen. Nach erlangter Kenntnis unternahm ich den Versuch, "mit einigen Vorkenntnissen" einen Abschnitt der Geschichte der Volkshochschulbewegung in der Weimarer Zeit darzustellen, "von dem die Wissenschaft Notiz nehmen soll."[3] Anregung und Unterstützung fand ich in meinem hochgeschätzten und verehrten Lehrer Professor D. Friedrich Siegmund-Schultze, dem ich an dieser Stelle von Herzen danksage. An seine Worte erinnert: "Seid Täter des Wortes und nicht Hörer allein, wo-

durch ihr euch selbst betrügt!"[4], wagte ich mich an diese Arbeit heran.

Die Akten des Reichsverbandes der deutschen Volkshochschulen, die als Quelle für diese Arbeit dienten, sind mit Hilfe von Frau Mann, Herrn Pastor Joachim Siegmund-Schultze und vielen anderen hilfreichen Menschen, denen ich mich dankbar verbunden fühle, von Breslau über Oberweistritz, Berlin, Dortmund schließlich nach Soest gebracht worden, wo sie sich im Ökumenischen Archiv,[5] Soziale Abteilung (V)[6], mit den Akten der Sozialen Arbeitsgemeinschaft Berlin-Ost (S)[7] befinden.[8]

Weiter danke ich dem ersten Vorsitzenden des Reichsverbandes der deutschen Volkshochschulen, Herrn Professor Dr. Dr. h.c. Reinhard Buchwald, dem stellvertretenden Vorsitzenden des Reichsverbandes Herrn Dr. Franz Mockrauer (gest. am 7. Juli 1962 in Stockholm) für das Interesse an der Arbeit und die gelieferten Beiträge, die zur Verdeutlichung der damaligen Zeit dienen, der Pädagogischen Arbeitsstelle des Deutschen Volkshochschulverbandes, Frankfurt, sowie allen, die nicht an dieser Stelle genannt werden können.

Anmerkungen zum Vorwort:

1) Weitsch, Ceterum..... S. 157 f.
2) s. Literaturverzeichnis: Weitsch
3) Weitsch, Ceterum..... S. 158
4) Siegmund-Schultze, F.: Die deutsche Großstadtsiedlung auf der Konferenz von Probstzella. In: Neue Nachbarschaft, Akademisch-Soziale Monatsschrift 12, 1929, Nr.5/6 S. 78
5) Ökumenisches Archiv e.V. Soest, Jakobistr. 13 begründet von Prof. D.F. Siegmund-Schultze im Jahre 1958.
   Hier sei noch eine Berichtigung angebracht: Die Akten des Reichsverbandes der Deutschen Volkshochschulen befinden sich nicht, wie Jürgen Henningsen in seinem Buch "Der Hohenrodter Bund", Heidelberg 1958, Anmerkung S. 125 angibt, in Stuttgart "mit den Akten des Vereins zur Förderung der Volksbildung in Württemberg, Stuttgart, Hölderlinstraße 50, Keller," sondern im Ökumenischen Archiv in Soest.
6) Das Archiv umfaßt eine ökumenische, soziale und internationale Abteilung.
   S. Quellenverzeichnis (V,a-p) ca. 200 Akten
7) s. Quellenverzeichnis (S, I-IV) ca. 450 Akten
8) außerdem befinden sich im Ökumenischen Archiv eine ausgezeichnete Bibliothek über die internationale Settlementsbewegung und eine ausreichende Bibliothek über die Erwachsenenbildung.

E i n f ü h r u n g

Diese Arbeit möchte das Bemühen um Volksbildung und Volkbildung in der so bewegten Weimarer Zeit aufzeigen, verbunden mit der Frage nach dem Grund und Wesen der Volks-und Volkbildung im Reichsverband der deutschen Volkshochschulen, der nur sechs Jahre bestand, von 1927-1933. An diesem Beispiel ist uns die Möglichkeit gegeben, die Geschichte mit Hilfe der Erkenntnis der im "allgemeinen historischen Bewußtsein auffindbaren mehr oder weniger konstanten Grundzüge unserer menschlichen Natur und ihre Bildungsbemühungen" [1] bewußter und in Beziehung zu unserer Gegenwart sehen zu lernen. Die Behandlung des Themas soll zur Aufhellung der individual-pädagogischen (Volks-oder Erwachsenenbildung)und der sozial-pädagogischen (Volkbildung) Aufgaben der Volksbildung beitragen. Volksbildung ist hier das Bestreben, den Erwachsenen außerhalb der staatlichen Schulen Gelegenheit zur Erweiterung und Vertiefung ihrer Bildung in seelischer, geistiger und körperlicher Hinsicht zu geben.

Volkbildung ist Bildung zum Volke. Sie bezeichnet die sozialpädagogische Aufgabe der Volksbildung, die den Menschen als Glied der Gemeinschaft betrachtet, in welcher er überhaupt erst als Mensch zur Vollendung kommen kann.[2] Volks-und Volkbildung können daher erst etwas Gegensätzliches oder etwas Gemeinsames bedeuten. Sie können auch jeweils einen Teil des anderen meinen. Das sei hier nur angedeutet und sonst auf die Hauptteile der Arbeit verwiesen.

Das Wesen der Volksbildung muß aber auch im Zusammenhang mit der allgemeinen Pädagogik methodisch klar zu bestimmen sein. Die methodische Wirksamkeit

der Volkshochschulen in den zwanziger Jahren im Bereiche des Einzelmenschen und im Bereiche des Volkes sucht diese Arbeit aufzuzeigen. Sie verzichtet darauf, eine lange historische Vorschau der Erwachsenenbildung zu geben, die uns heute durch viele Beiträge in hervorragender und gründlicher Weise dargeboten wird.[3] Einige Rückblicke seien erlaubt, um die besondere Problematik des Volkshochschulwesens in den zwanziger und dreißiger Jahren besser verstehen zu können.

Die vorliegende Arbeit kann und will keine Vollständigkeit beanspruchen. Sie wird erst vollständig durch das sorgfältige Studium der vielen Quellen, der Literatur, der Dokumente, der Texte und der Verzeichnisse, die am Schluß dieser Arbeit zum großen Teil angegeben sind. Sie wird erst vollständig, wenn wir " das Alte lieben lernen und für das Neue leben und arbeiten!"[4] Eduard Weitsch hat das so ausgedrückt: "Was nützt es uns, wenn wir eines Tages die Geschichte und Idee der Volkshochschulen in Reinkultur in einem schöngebundenen Buche auf unserem Schreibtisch liegen haben, aber nur die Idee und sie selbst, die praktische Volkshochschule, gehört der Geschichte an - ein Fehlschlag." [5]

Diese Arbeit befaßt sich mit den parteipolitisch - im Sinne von vor 1933 - und konfessionell nicht gebundenen deutschen Volkshochschulen, die in der Mehrzahl 1927 im "Reichsverband der deutschen Volkshochschulen e.V." zusammengeschlossen wurden.[6]

In der Fülle, der in den zwanziger und dreißiger Jahren geschriebenen Bücher, nicht zuletzt auch in den Veröffentlichungen der Nachkriegszeit, finden die Geschichte und die Idee des Reichsverbandes der deutschen Volkshochschulen kaum einen Niederschlag. [7] Die geistige und pädagogische Haltung des Reichsverbandes der deutschen Volkshochschulen geben hauptsächlich die Schriften von

Reinhard Buchwald (Dennoch der Mensch)[8], Alfred Mann (Denkendes Volk, volkhaftes Denken)[9], Eduard Weitsch (Ceterum censeo)[10], sowie die Artikel im "Handwörterbuch des deutschen Volksbildungswesens"[11] unter "Abendvolkshochschule" (Franz Mockrauer) und "Arbeitsgemeinschaft" (Alfred Mann) wieder. Dr. Alfred Mann, der Leiter der Volkshochschule Breslau und Vorsitzender des Reichsverbandes der deutschen Volkshochschulen, bezeichnet "gewisse sozialistische (marxistische) Veröffentlichungen, wie sie am Ende der zwanziger Jahre und am Anfang der dreißiger Jahre etwa von der 'Leipziger Richtung' - so dem hervorragenden Professor Hermberg[12] und Dr. Seiferth[13], Magdeburg, - herausgebracht wurden, als nicht dem Wesen dieser geistigen und pädagogischen Haltung des Reichsverbandes entsprechend."[14] "Schief und lückenhaft" nennt Alfred Mann[15] auch das 1936 von Werner Picht herausgekommene Buch "Das Schicksal der deutschen Volksbildung", dessen Verfasser sich "einseitig orientiert und die hauptsächlichsten Entwicklungen gar nicht selber miterlebt, sondern vom Ausland her studiert hat".[16] Als nicht vollständig wird auch die Heidelberger Dr.-Arbeit von Paul Steinmetz bezeichnet: Die deutsche Volkshochschulbewegung, Karlsruhe 1929.[17]

Auflösungen und Störungen einer Jahrtausende alten Kultur gehen nicht von heute auf morgen vor sich. Sie zeigen die gleichen Erscheinungen innerhalb von fünfzig bis zweihundert Jahren: Industrie, Maschine, Arbeitszersetzung und Bürokratie. Wir müssen daher die Terminologie Pestalozzis, Grundtvigs und der Weimarer Zeit, sowie die Bedeutung der Begriffe Volk, Volksgemeinschaft, Vaterland, Volksbildung, Volksgenosse in dem echten, ursprünglich gemeinten Sinne sehen.

Die Arbeit zeigt im Abriß die Entwicklung, wie es in Dänemark, in England und in anderen Ländern zur Volksbildung kam und wie durch die Arbeit der Settlements

und anderer Bewegungen die Volksbildungsarbeit in alle Schichten des Volkes getragen wurde (I. Kapitel). Im II. Kapitel wird die Geschichte eines Landesverbandes ausführlicher und einiger Landes-und Landschaftsverbände kürzer aufgezeigt, sowie einige Versuche der Einigung bis zur Gründung des Reichsverbandes der deutschen Volkshochschulen kurz dargestellt. Die Geschichte des Reichsverbandes, seine Organisation, wichtige Tagungen und Volkshochschultage, schließlich die Ideen und Charakteristika des Reichsverbandes behandeln die Kapitel III, IV und V. Kapitel VI gibt einen Ausblick in die neueste Zeit der Erwachsenenbildung. Unter Kapitel VII sind die wichtigsten Dokumente, Entschließungen und Texte gesammelt, die den Reichsverband und andere Organisationen betreffen. Kapitel VIII enthält ein Mitgliederverzeichnis der dem Reichsverband angeschlossenen Volkshochschulen und Volkshochschulheime nach dem Stande des Jahres 1933. Wo Angaben über das Gründungsjahr der Volkshochschule, über Teilnehmer und über die Beteiligung an Volkshochschulkursen fehlten, sind sie dem herausgegebenen "Nachweiser für das Volksbildungswesen", 1929, entnommen. Als Anhang sind angefügt: Literatur-und Quellenverzeichnis.

Anmerkungen zur Einführung:

1) Meister, Volksbildung.... S. 5 f.
2) Naumann, Freies Volksbildungswesen.. S.121 f. und 122 f.
   Auch der Begriff "Sozialpädagogik" bedarf einer Erklärung. Er ist für die damalige Zeit folgendermaßen zu definieren: Sozialpädagogik ist die Richtung in der Erziehungslehre, die den Menschen für die Gemeinschaft und durch die Gemeinschaft erziehen will. Sie erstrebt die Tauglichkeit des Menschen nicht nur zum Leben in der Gemeinschaft, sondern zur eigenen Teilnahme am Aufbau der Gemeinschaft. (Freies Volksbildungswesen..S.107)
3) Hier seien nur die wichtigsten Beiträge genannt:
   Balser, Frolinde: Die Anfänge...
   Vogel, Rudolf: Volksbildung...
   Laack, Fritz: Auftakt...
   Henningsen, Jürgen: Die Neue Richtung...
   Volkshochschule, Handbuch.... u.a.
4) Blätter der Volkshochschule Breslau 1, 1922 August, S. 1
5) Weitsch, Ceterum..... S. 103
6) 1927 - 13 Landes- bzw. Landschaftsverbände
   1933 - 19 Landes- bzw. Landschaftsverbände
   s. Mitgliederverzeichnis: VIII. Kapitel
7) Henningsen, Jürgen: Hohenrodter Bund, S. 34 - 38
   weitere Angaben über richtige Darstellungen
   s. Literaturverzeichnis: Buchwald, Mockrauer und Mann
8) s. Literaturverzeichnis: Buchwald
9) s. Literaturverzeichnis: Mann
10) s. Literaturverzeichnis: Weitsch
11) s. Literaturverzeichnis: Handwörterbuch...
12) Hermberg, Paul und Seiferth, Wolfgang: Arbeiterbildung..
    Hermberg, Paul: Volkshochschule und Arbeiterbildung..
13) vergleiche Anmerkung 12)
14) Mann, Alfred: Volkshochschule 1918-1937 (unveröffentlicht) V,h 29-30
15) V,h 29 - 30
16) ebd.
17) ebd.

I. Kapitel: Not des Volkes und Dienst am Volke.

"Von der Not des Volkes und des Vaterlandes tief ergriffen", begann Nikolaj Frederik Severin Grundtvig [1] (1783-1872) es als seine Lebensaufgabe zu betrachten, "den Lebensmut seines Volkes wieder aufzurichten."[2] Große Bedeutung für seine Lebensanschauung hatten seine Gedanken über das geistige Leben als der tiefsten Wirklichkeit, über den historischen Zusammenhang zwischen den Generationen und über den Wert der Volkshochschule als Grundlage für das Volksleben. Erfüllt von den Ideen des Liberalismus, den Gedanken für die Formung einer Volkshochschule, die ihm vorbildlich in dem freien Collegeleben in England begegnet war, kehrte er 1831[3] nach Dänemark zurück, wo er den Gedanken an eine "Hochschule für volkstümliche Wissenschaft und bürgerliche Bildung"[4] öffentlich vorbrachte. Er kämpfte lange Jahre für eine freie und freiwillige Fortbildungsschule und eine allgemeine Volkbildung. Die dänische Volkshochschule, deren Urheber Grundtvig und deren Gestalter Kristen Kold[5], der Schuhmachersohn, waren, hat eine große Bedeutung für die nordischen Länder[6] und auch für die mitteleuropäischen Länder gehabt, und sie übt diesen Einfluß auch heute noch aus. Die Ausbreitung der dänischen Volkshochschule ist bekannt: 1844 wurde die erste Volkshochschule gegründet, 1864 waren es elf, zehn Jahre später 54, 1914 schon 75 und heute bestehen etwa 80 Volkshochschulen, 22 Landwirtschaftsschulen und einige Arbeitervolkshochschulen[7]. Wenn man sich auf Grundtvig beruft, so findet man ein Programm für eine Schule, die die Jugend von 18-25 aus allen Klassen, Ständen und Berufen umfaßt. Sie soll die Liebe zum Leben, zum edel wirkenden Menschenleben erwecken, sie soll die Liebe zum Volke fördern, nicht um des Patriotismus willen, sondern weil durch die Verwurzelung im Volksgeist persönliches Wachstum erlebt werden kann.

Neben den sozialen und weltanschaulichen Einflüssen

der nordischen Länder, war der Einfluß Grundtvigs auf die deutsche Volksbildung stark. Sie zeigt doch gewisse Gemeinsamkeiten des Inhalts:"Lebendige Bildung der heranwachsenden Volksjugend, Unabhängigkeit von der akademischen Fach-und Berufsschulung und den Willen zu einem national verwurzelten, aber internationalen Verpflichtungen gewidmeten Europäer- und Menschentum."[8)]

Die deutsche Volkshochschule wurde auch von Fichte und Pestalozzi beeinflußt. Aus dem"Jahrhundert der Auflösung", dem Vorübersein der Zeit der gedankenlosen Beugung unter die Autorität[9)], mußte der Weg nach Fichte ein anderer sein. Er sollte dem Menschen helfen, eine"geistige Heimat" [10)]zu finden, "feste und gewisse Tritte" zu tun, um sich als Mensch "neu zu bestimmen"[11)]. Er sollte ihm helfen, zum "seligen Leben" zu gelangen und, als neues Erziehungsmerkmal, einen"festen und unfehlbaren Willen" zu bilden.[13)]

Pestalozzis Neigung kam aus einer "Jugendbewegung,aus der europäischen politisch-pädagogischen Bewegung",[14)]den Ideen Rousseaus und dem Sturm und Drang. Aus der Erfahrung der ersten Erziehungs-und Siedlungsversuche Pestalozzis gewann Rousseaus Satz eine neue Bedeutung, "daß der Mensch von Grund aus gut sei", daß aber die falsch entwickelte Gesellschaft ihn verderbe.[15)] So wird Pestalozzi bis heute in seiner sozialpädagogischen Stellung und in seinem Denken wirksam; der Sinn und die Vorbedingung aller Erziehung ist die Wiederherstellung der wahren Lebensgemeinschaft unter den Menschen.[16)]

Ein Verfechter, das Volksbildungswesen der Arbeiterschaft dienstbar zu machen, war Albert Mansbridge (Adult Education). Er schuf die Workers Educational Association.

Die eigentliche Vorstufe der heutigen Abendvolkshochschulen waren die Bestrebungen der volkstümlichen Hochschulkurse, welche ihre Wurzel in der von England ausgehenden Bewegung der University-Extension hatten. (Universitätsausdehnungsbewegung) In Tutorialklassen wurde planmäßiger Unter-

richt erteilt. Diese Klassen galten als der Mittelpunkt der nicht gebundenen Volksbildung.

Das Gefühl der sozialen Verantwortung der Universitäten gipfelte in beachtenswerten Versuchen, dem Educational Settlement, von dem das Social Settlement am erfolgreichsten war. Arnold Toynbee,[17] Professor der Soziologie an der Universität Oxford, der tiefergriffen von der Not des Großstadtvolkes war, meinte, daß die soziale Frage nur durch den unmittelbaren Verkehr der oberen mit den unteren Volksschichten ihrer Lösung näher gebracht werden könnte. Er verließ Oxford und wurde den Menschen in einem dichtbevölkerten Armenviertel Londons[18] ein unermüdlicher Freund und Helfer.

1844, ein Jahr nach seinem Tode, richteten seine Gesinnungsgenossen in White Chapel ein Klublokal ein, das sie zu seinen Ehren Toynbee Hall nannten, das erste soziale Siedlungsheim, "eine Burg der streitbaren Menschenliebe".[19]

Der erste Leiter von Toynbee Hall, der Pfarrer Samuel Barnett, rief die Studenten auf, die,vom Geiste Toynbees erfüllt, in Scharen von Oxford nach London gingen, durch werktätige Unterstützung, durch Unterhaltungen und Vorträge die Leute erziehlich zu beeinflussen. Seine programmatischen Worte waren: "Wenn ihr euch um den Armen kümmert, wenn ihr Teilnahme habt für den Arbeiter in seinem Ringen, warum kommt ihr nicht und lebt mit ihnen - nicht als Vornehme, die sich herablassen, unter den Geringeren zu wohnen, nicht als Reine, die den Gefallenen helfen wollen, nicht als Gebildete, die die Ungebildeten lehren wollen, nicht als Vertreter der Lebensverfeinerung,die Geschmack verbreiten wollen, sondern einfach als Nachbar, Freund und Mitbürger?"[20] Die Ausdehnung der sozialen Settlements war in den nächsten fünfzig Jahren groß und bedeutend. Eine Annäherung der Klassen wurde erreicht. Wenn England mehr und mehr dazu kam, aus zwei "Nationen", die sich nicht verstanden, zu einem Volk zusammenzuwachsen,

so war das eine Frucht der sozialen Siedlungen.

Im Sinne Toynbees gründete in Nordamerika im Jahre 1877 eine kleine Gruppe von Studenten in Northampton University-Settlements. 1899 öffnete das Hull House in Chikago seine Pforten. Allerdings wäre der Name University-Settlements falsch interpretiert, wenn man annähme, daß eine unmittelbare Verbindung der Niederlassungen mit den Universitäten bestanden hätte, aber immerhin gingen die Gründungen doch auf Universitäts-und "Kollegien"-kreise zurück, die die Bewegung ins Leben riefen und sie anfangs förderten. Im Jahre 1902 waren schon 250 Studenten und Studentinnen an verschiedenen in New York befindlichen Settlements tätig. Überall wurden Nachbarn und Freunden Vorlesungen und Vorträge gehalten, überall gab es Klubs, Schachabteilungen, Turn-, Spiel-, Wander-und Reisegruppen. Bücher-und Bilderausstellungen wurden veranstaltet. Die schlichte Selbstverständlichkeit dieses Dienstes war das Beste, das den "Nachbarn" überbracht wurde: der ganze Mensch, die Persönlichkeit und damit eine echte Volksbildung.[21)]

An erster Stelle der deutschen Settlementsarbeit stand das Hamburger Volksheim, das im Jahre 1901 gegründet wurde und dessen Initiator Walter Classen[22)] war. Zweck des Heimes war "die Beschaffung von Versammlungs- und Unterrichtsräumen mit einzelnen anhängenden Wohngelassen inmitten der Arbeiterviertel Hamburgs (Niederlassungen), um Reich und Arm zusammenzuführen und dadurch den Gebildeten und Wohlhabenden Gelegenheit zu geben, das Arbeiterleben und seine Bedürfnisse durch eigene Anschauung kennenzulernen und zur Verbesserung beider beizutragen".[23)] Das Volksheim fand von Anfang an große Beachtung. Viele Gründungen außerhalb Hamburgs folgten: Leipzig, Dresden, Stuttgart, Karlsruhe, Worms usw. Der Krieg und die Revolution zerstörten die fast fünfzehnjährige Tätigkeit. Mit einer "zum mindesten formal uneingeschränkt demokratischen Verfassung"[24)] beseitigten sie das, was die Kraft

des Volksheimes ausmachte: "eine über die Klassen hinausreichende Einrichtung".[25] Eine neue Satzung vom Jahre 1919/20 gab den Zweck des Heims an: "Das Volksheim will Heimstätte für Gemeinschaften sein, die Menschen aller Volksschichten in gegenseitigem Vertrauen einigen zur Arbeit an der geistigen und sittlichen Vertiefung des Lebens und zur Stärkung des Gefühls gegenseitiger Verpflichtung. Das Volksheim stellt sich nicht in den Dienst irgendwelcher konfessioneller, politischer und sonstiger Bestrebungen."[26] Wichtig aber war die Arbeit, die "am Volke" geleistet wurde. Gruppen von Jugendlichen, Vereine und Klubs für Erwachsene, die sich zu Fortbildungskursen, öffentlichen Veranstaltungen und Vorträgen zusammenfanden, wurden von einem festen Mitarbeiterkreis betreut, unterrichtet und beraten. Nach der Revolution waren es vor allem junge Arbeiter, die aus den verschiedensten politischen "Richtungen" zum Heim kamen. Hier zeigte sich eine besonders schwierige Aufgabe, den neutralen Charakter verantwortlich zu bewahren und zu klären. Die Kritik an der Arbeit des Hamburger Volksheims hätte verstummen müssen, wenn man die Fülle der Arbeit, das selbstverständliche Ja zum Dienst am Nächsten und die 25-jährige selbstlose Tätigkeit Walter Classens bedacht hätte.

Das eigentliche Kennzeichen aller Settlementsarbeit war"die Niederlassung Gebildeter in einer armen Nachbarschaft, die den doppelten Zweck verfolgte, die dortigen Lebensverhältnisse aus eigener Anschauung kennenzulernen und zu helfen, wo Hilfe not tut."[29] Ob diese Ideen in Hamburg oder später in Berlin-Ost Anwendung fanden, danach wurde nicht gefragt.[30] Den in der Settlementsarbeit Tätigen kam es darauf an, dem Volke in seiner geistigen und sozialen Not zu helfen.

Die Arbeit, die schon 1911 in der Sozialen Arbeitsgemeinschaft Berlin-Ost[31] begonnen wurde, zeigte keinerlei Programm. Sie sollte sich aus der Wirklichkeit der Dinge gestalten, indem man als "gute Freunde und getreue Nachbarn"[32] unter der Bevölkerung im Berliner Osten lebte. "Nachbar sein heißt einander kennen, voneinander wissen, und zwar mit

innerer Teilnahme voneinander wissen."[33] Die praktische Arbeit begann mit Jugendlichen und Kindern, die keine Vorurteile besaßen, da das Mißtrauen gegenüber Geistlichen und Akademikern bei den Erwachsenen von Berlin-Ost deutlich zutage trat. So war lange Zeit die Klubarbeit in Jugendgruppen, die nicht über 30 Teilnehmer hatten, die wesentlichste Arbeit der Sozialen Arbeitsgemeinschaft. Für die Gestaltung der Klubarbeit gab es bestimmte Grundsätze:

1. Die unbedingte Zuverlässigkeit des Klubleiters.
2. Die persönlichen Beziehungen des Leiters zu den Eltern seiner Klubkinder, nach Möglichkeit auf der Basis des gegenseitigen Vertrauens und der Freundschaft.

Außer diesen Klubs gehörten zur Arbeit der Sozialen Arbeitsgemeinschaft die Gruppenarbeit in den sogenannten Frauenkolonien und in den Arbeiterinnengruppen, die Akademisch-Sozialen Abende und die Volkshochschulkurse. Die akademische Jugend wurde von dem Leiter und Begründer der Sozialen Arbeitsgemeinschaft Berlin-Ost, Lic. F. Siegmund-Schultze, zur Mitarbeit herangezogen. Männliche und weibliche Studenten aller Fakultäten sollten ein paar Semester im Osten Berlins wohnen und mitarbeiten, um "das Volk" kennenzulernen.[35] Durch den häufigen Wechsel der Mitarbeiter dehnte sich die Arbeit auch auf andere Universitätsstädte und verschiedene Städte aus. Dort bildeten sich Ortsgruppen, die im Sinne der Sozialen Arbeitsgemeinschaft Berlin-Ost arbeiteten. Sie wurden von dem Gedanken getragen, die Klassengegensätze durch praktische Sozialarbeit zu überwinden. In den Räumen der Berliner Arbeitsgemeinschaft versammelten sich wöchentlich 400 Jugendliche, von denen 200 zu den festen Gruppen gehörten. Außerdem gehörten zum weiteren Kreis 600 Familien.[36] Die praktische Nachbarschaftsarbeit erstreckte sich auch auf Wohlfahrtsarbeit, die sich "aus der Vielgestaltigkeit der Nöte ergab."[37] In Wilhelmshagen wurde eine Siedlung gebaut, deren geistiges Zentrum der "Ulmenhof" war.

In der Sozialen Arbeitsgemeinschaft entwickelte sich im Laufe der Jahre neben der Nachbarschaftshilfe eine Volksbil-

dungsarbeit, die Fortbildungskurse, Arbeitervolkshochschulen und mehrwöchige Kurse im Volkshochschulheim Ulmenhof umfaßte.[38] Der jähe Bruch kam im Jahre 1933, als die Nationalsozialisten die Arbeit der sozialen Arbeitsgemeinschaft lahmlegten und den Leiter zwangsweise exilierten.

Die Kritik[39] an der Arbeit in Berlin-Ost, die nach Picht[40] "kaum Schule gemacht hat", konnte nicht geübt werden anhand eines Schemas über den Werdegang sozialer Reform: Prophetie-tea-party-Experiment - behördliche Maßnahme in englischen Settlements und die "behördliche Maßnahme am Anfang und das Fehlen der Prophetie" in deutschen Nachbarschaftssiedlungen.[41] Wo fehlte die Prophetie? War nicht die baldige behördliche Maßnahme schon ein Positivum für die "in slumähnlichen Verhältnissen aufopfernde und segensreiche Arbeit."[42] Hier lag das, was als Werdegang und Folge bezeichnet wurde, nebeneinander, hier machte das Schule, was Erdberg unter "Einordnung der Arbeiterschaft in die Volksgemeinschaft"[43] als sein Leitmotiv verstand, als Arbeit von Mensch zu Mensch,[44] als Dienst am Volksganzen.[45]

Anmerkungen zu Kapitel I:

1) Dr. Dieck: Die Gründung und Erneuerung der dänischen Volkshochschule. In: Soziale Kultur 39, 1919 Dez, S. 28 f. s. Literaturverzeichnis:Grundtvig und Lehmann
2) Lehmann, Grundtvig... S. 270
3) Borup, Ernst J.: Grundtvigianismus u. Volkshochschulen in Dänemark: Ekklesia: Die Kirche in Dänemark, hersg. von F. Siegmund-Schultze,Gotha 1937, S. 146
4) ebd. S. 147
5) Grundtvig, Die Volkshochschule
6) Lehmann, Grundtvig... S. 270
7) Borup, Grundtvigianismus... S. 149
Thaning, Kai: Die dänische Volkshochschule... S.68 f.
8) Borup,... S. 150 f.
9) Blätter der Volkshochschule Breslau 1, 1922,Nr.3/4 S. 10
10) ebd. S. 12
11) ebd. S. 12
12) ebd. S. 13
13) ebd. S. 11
14) Berichte über die Nordisch-Deutsche Volkshochschulwoche in Meißen, Dresden 1926,S. 5
ebd. S. 6
15) ebd. S. 6
16) ebd. S. 6
17) Picht, Werner: Arnold Toynbee... S. 120 ff.
18) Müller, Amerikanisches... S. 81 f.
19) ebd. S. 82
20) Dewar, Katherine,: Die Entwicklung der Settlements S. 81 f.
21) Müller, Amerikanisches... S. 82 f.
22) Günther, Gerhard: Das Hamburger Volksheim S. 5 f.
23) Picht, Toynbee.... S. 1
24) Westerkamp,Geschichte... S. 89
25) ebd. S. 89
26) Marr, Heinz: Unser Volksheim... S. 5 f. (Satzungen)
27) Der Spiegel 1926, Heft 7/8, Gesellschaft Volksheim
28) Westerkamp, Geschichte.... a.a.O. S. 89
29) Picht, Werner: Toynbee Hall... a.a.O. S. 2
30) Die Settlements arbeiteten im allgemeinen programmlos: F. Siegmund-Schultze schrieb 1913 unter den Aufsatz: Siedlungen und Siedlungsheime. In: Monatshefte der Comenius-Gesellschaft 1913 Nr. 2 April S. 29 eine Notiz mit Bleistift: Ich brauche nicht viel über unsere Ziele zu sagen, - ein Freund unserer Arbeit hat sie im April-Heft dieser Ausgabe ganz in unserm Sinne besprochen.
31) s. Quellenverzeichnis: S - Akten der Sozialen Arbeitsgemeinschaft Berlin-Ost. Lic. F. Siegmund-Schultze verließ als Pastor der Friedenskirche zu Potsdam 1911 diese Stelle und ging nach Berlin-Ost, gründete dort die Soziale Arbeitsgemeinschaft Berlin-Ost (Am Ost-

bahnhof- heute am Wriezener-Bahnhof und Fruchtstraße. Der Begründer hatte in den Jahren vorher den Osten Londons und die amerikanischen Settlements besucht.
s. Kapitel VII: Satzungen der Sozialen Arbeitsgemeinschaft.

32) Westerkamp, Die Geschichte.... S. 100
33) ebd. S. 94
34) Nachrichten aus der Sozialen Arbeitsgemeinschaft Berlin-Ost Dez. 1928, hersg. von F. Siegmund-Schultze S. 1
35) s. Quellenverzeichnis: S II g, 3 (Jugendklubs)
s. Quellenverzeichnis: S II c, 1 - 12 (Residents u. Non-Residents)
36) Westerkamp, Geschichte....a.a.O. S. 86
37) Nachrichten aus der SAG Januar 1914, S. 2 u. 1914, Nr. 2
38) S II 1,1 (Arbeiterunterrichtskurse)
S II 1,14(Volkshochschulheim Ulmenhof)
39) Picht, Werner: Das Schicksal 1950, S. 262
40) ebd. S. 262
41) ebd. S. 262
42) ebd. S. 262
43) Akademisch-Soziale Monatsschrift 2, 1918, Nr. 7/8
44) Erdberg, Robert v., Fünfzig Jahre Volksbildungswesen... S. 84
45) Picht, Schicksal.... S. 261

II. Kapitel: Wege zur Volksbildung

Es wäre natürlich falsch und würde ein schiefes Bild ergeben, wollte man die Settlementsarbeit und die Arbeit in der Sozialen Arbeitsgemeinschaft Berlin-Ost allein als eine Vorform der Volkshochschulen ansehen. Wenn beispielsweise die Universitätsausdehnungsbewegung in England, Deutschland und Österreich nur auf die Hochschulstädte sich beschränkte und nicht über sie hinausging, so mußte sie auch als eine Vorstufe der Abendvolkshochschulen angesehen werden. Die Settlements nahmen neben ihren speziell sozialen Aufgaben auch volksbildnerische wahr. Eine große Zahl von jungen Menschen ging durch die Einrichtungen der Settlements. Sie war maßgebend am sozialen Aufbau des Staates beteiligt und förderte die Erwachsenenbildung. Die deutsche Volkshochschulbewegung trug diese vielseitigen Züge. Sie trug aber auch verwandte dänische Züge. Der dänische Einfluß war natürlich größer bei den deutschen Bauernvolkshochschulen auf christlich-nationaler Grundlage. Die deutsche Volkshochschulbewegung war aber auch eine aus dem Verlangen des deutschen Volkes hervorgegangene Bewegung. Robert von Erdberg unterschied in der Entwicklung der Volksbildung drei Perioden. Ihre Ideen bestanden nebeneinander und griffen ineinander.

1. Periode: Die Volksbildung erhielt ihren Antrieb vom Staate aus.
2. Periode: Die Volksbildung erhielt ihren Antrieb von der Kultur aus.
3. Periode: Die Volksbildung erhielt ihren Antrieb vom Menschen aus.[1)]

Der Volkshochschulgedanke reichte mit seiner Entwicklung in Deutschland weit in die Zeit vor 1914 zurück. Der Weltkrieg war dann für ihn ein großer Beweger. Die demokratische Verfassung verlangte "verantwortliche Anteilnahme aller Schichten des Volkes am politischen Geschehen und damit die politische Mündigkeit jedes Staatsbürgers. Nach skandinavischen und englischen Vorbildern und in Verbindung mit

den Vorkämpfern einer "neuen" Richtung , die ihren Kampf schon bald nach der Jahrhundertwende aufgenommen hatten, entstand die deutsche Volkshochschulbewegung".[2] Zwei Arten der Volkshochschule entstanden, die Heimvolkshochschulen und die Abendvolkshochschulen. Sie entstanden in den Städten und auf dem Lande und taten sich in Sachsen, Thüringen, Schlesien und anderen Ländern zu Landesverbänden zusammen.

Die Anregung zur Gründung eines V e r e i n s V o l k s h o c h s c h u l e S a c h s e n E.V. kam im Freistaat Sachsen verhältnismäßig spät, obwohl der Volkshochschulgedanke auch in Sachsen weit in die Zeit vor 1914 zurückreichte. Bis zum Jahre 1923 bestanden in Sachsen nur einzelne Volkshochschulen, die nach Bezirken gegliedert waren und rein äußerlich einem Landesverband angehörten. Durch das Beispiel Thüringens angeregt, plante die Landesstelle für freies Volksbildungswesen im Ministerium für Volksbildung[3] einen engeren Zusammenschluß der Leiter und Lehrer der sächsischen Volkshochschulen zur Unterstützung gemeinsamer Volkshochschularbeit. Die Gründung des Landesverbandes erfolgte auf einem sächsischen Volkshochschultag am 11. August 1923 in Bautzen. Die konstituierende Versammlung beschloß am 24./25. Mai 1924 in Augustusberg die Satzung.[4] Der Landesverband nannte sich offiziell Volkshochschule Sachsen E.V. Die erste Aufgabe, die der Verein übernahm, war die Mitwirkung bei den von der Landesstelle veranstalteten Volkshochschulwochen. Im Jahre 1927 übernahm der Verein diese Tagungen selbständig, mit finanzieller Beihilfe des Ministeriums. Am 1.4. 1926 wurde dem Verein das Volkshochschulheim [5] überlassen. Der größte Teil der sächsischen Volkshochschulen waren sogenannte städtische Abendvolkshochschulen, d.h. Einrichtungen, die ihre Mitglieder meist in vierteljährlichen Kursen gewöhnlich einmal in der Woche an einem Abend zu gemeinsamer geistiger oder auch geistig-körperlicher Arbeit zusammenführten.[6] 1932 gab es in 50 sächsischen Städten Volkshochschulen. Dazu kamen drei Stadtheime. Die grundsätzliche pädagogische Einstellung war eine "freie", die weder politisch noch konfessionell (weltanschaulich) gebunden war. Was wollten nun diese Volkshoch-

schulen? Sie wollten Angehörigen der breiten Schichten des Volkes helfen, " das Leben zu bestehen, Wesen und Struktur der Welt und des Lebens kennenzulernen".[7] Die Mittel und Wege dazu waren verschieden. Die Volkshochschule wählte sie nach den Veranlagungen und Lebensantrieben derer, die zu ihr kamen. Sie hielt naturwissenschaftliche, biologische, sozialwissenschaftliche, staats-, wirtschafts-und rechtskundliche und schließlich auch kunst-, musik- und zeitgeschichtliche Kurse ab. Sie suchte aber in gleicher Weise auch das allgemeinbildende Bedürfnis der Kursbesucher zu befriedigen. So wurden allgemein-philosophische, geschichts-und kulturphilosophische Lehrgänge abgehalten. Die meisten Menschen, die zur Volkshochschule kamen, waren schaffende, in einem Beruf tätige Menschen, deren Sinnen mehr auf Wirken und Gestalten gerichtet war. Daher war es die Lehrform der Arbeitsgemeinschaft, die die Teilnehmer zu lebendiger Mitarbeit heranzog.

Es gab aber in Sachsen nicht nur städtische Abendvolkshochschulen, sondern auch Volkshochschulheime, d.h. Einrichtungen, in denen sich die Teilnehmer 4-5 Monate zu ihrer geistigen Fortbildung aufhielten. In solchen Heimen konnte die Volksbildungsarbeit viel intensiver betrieben werden als in den Abendkursen. Das Volkshochschulheim Sachsenburg wurde ausschließlich vom Staat unterhalten, während die städtischen Abendvolkshochschulen, die besonders wertvolle intensive Bildungsarbeit leisteten, vom Staat unterstützt wurden.

Die Volkshochschule Sachsen mit ihren Volkshochschulen und Volkshochschulheimen hatte großen Anteil an der Arbeit in der Erwachsenenbildung. Als Beispiel für die Arbeit einer einzelnen Volkshochschule soll der Bericht der Volkshochschule Dresden aus dem Jahre 1927 angeführt werden: "Unter starker Beteiligung fand die Mitgliederversammlung der Dresdener Volkshochschule statt. Nach begrüßenden Worten des stellvertretenden Vorsitzenden, Herrn Stadtrat Dr. Matthes, erstattete der Leiter der Volkshochschule, Dr. Franz Mockrauer, den Bericht für das Geschäftsjahr 1927. Die Dresdener Volkshochschule durfte im Jahre 1927 außerordentliche Fortschritte ver-

zeichnen. Die Zahl der Lehrgänge stieg auf insgesamt 229, die der Mitglieder auf 4959 (1926:4739). Die Gesamtzahl der Belegungen betrug 1927: 8201 (1926:7840). Der Anteil der verschiedenen Berufsgruppen an den Belegungen gestaltete sich im Jahre 1927 wie folgt:
(in Klammern die Zahlen von 1926) Männer: Arbeiter und Handwerksgehilfen 2201 = 53,3% (1978 = 54,6%); untere Angestellte 1240 = 30,0% (1059 = 28,6%); höhere Angestellte und solche in leitender Stellung 121 = 3,0% (115 = 2,9%); untere Beamte 117 = 2,9% (121 = 3,2%); alle übrigen 448 = 10,8% (382 =10,7%); insgesamt 4127 (3655). Frauen: Arbeiterinnen und Handwerksgehilfinnen 880 = 21,6% (890 = 21,0%); untere Angestellte 2011 = 49,4% (1988 = 47,6%);höhere Angestellte und solche in leitender Stellung 131 = 3,2% (160 = 3,7%); untere Beamtinnen 128 = 3,1% (172 = 4,2%); alle übrigen 924 = 22,7% (972=23,5%); insgesamt: 4074 (4182). Von den Belegungen erfolgten durch Jugendliche bis zu 25 Jahren 52,3% (48,0%). Wie hieraus ersichtlich, zeigen Arbeiter, Angestellte und Jugendliche eine erfreulich steigende Anteilnahme, und so auch die vier ersten Gruppen zusammengenommen, im wesentlichen Teilnehmer mit Volksschul-und Berufsschulbildung. Auf sie entfällt ein Anteil von 84,3% aller Belegungen.[8)]

An der Gründung des Reichsverbandes der deutschen Volkshochschulen[9)] war der Landesverband "Volkshochschule Sachsen"[10)] wegbereitend beteiligt. Er war einer der bestorganisierten Landesverbände, der viel für die Vertiefung der Volksbildungsarbeit tat, wenn auch Kompetenzschwierigkeiten in Bezug auf die Volkshochschularbeit oder in der Verteilung von Zuschußgeldern in den letzten Jahren auftauchten. So berichtete Dr. Mockrauer in einem Brief an den ersten Vorsitzenden des Reichsverbandes, Dr. Alfred Mann, über die Lage der sächsischen Volkshochschule: "Wir stehen in Sachsen dadurch in einer besonders gefährlichen Situation, daß nicht nur Sonder-schulbestrebungen (Fichte-Hochschule, nationalsozialistische "Volkshochschulen") entstehen, sondern auch dadurch, daß der Brennpunkt für die Bemühungen um eine gemeinsame städtische Volkshochschule Leipzig ist, daß aber Oberbürger-

meister Gördeler sich die Aufgabe vom Verwaltungsstandpunkt aus zu einfach vorstellt und die besonderen grundsätzlichen, pädagogischen und soziologischen Bedingungen der Volkshochschularbeit zu wenig berücksichtigt. Ein städtischer Ausschuß soll über die Mittel beschließen, die der Fichte-Hochschule (paritätisch) ebenfalls zufließen sollen. Das ist der Kampf, wo das Reichsinteresse einsetzen sollte. Es sollte wie früher bleiben, sonst löst sich die Volkshochschule Sachsen in weltanschauliche Sonderschulen auf und das Essener System zieht in Sachsen ein."[11]

Anfang Mai 1933 besetzte die SS auf Anordnung des Reichsstatthalters Mutschmann das Volkshochschulheim Sachsenburg.[12] Die Volkshochschule Sachsen E.V. ging wegen Sperrung der Zuschußgelder in Konkurs.[13]

Der Volkshochschulverband der P r o v i n z S a c h s e n [14] wurde 1919 bereits gegründet und umfaßte die Volkshochschulen in Magdeburg, Halle, Erfurt, Halberstadt, Nordhausen, Burg bei Magdeburg, Genthien, Naumburg, Mühlhausen, Aschersleben, Suhl und Stendal. Der Verband, der konfessionell und parteipolitisch neutral war, bezweckte die Bereicherung des Wissens, die Vertiefung und Selbständigkeit des Denkens und Urteilens. Die Arbeit vollzog sich in der Hauptsache in Arbeitsgemeinschaften und Vorlesungsreihen, die in der Mehrzahl von der werktätigen Bevölkerung besucht wurden. Eine Versorgung der Erwerbslosen war ein Hauptanliegen der Arbeit des Verbandes. Nach Gründung des Reichsverbandes der deutschen Volkshochschulen fand am 19. September 1927 aus Anlaß der Tagung des Mitteldeutschen Volkshochschulverbandes und der Tagung des erweiterten Vorstandes des Reichsverbandes der deutschen Volkshochschulen eine öffentliche Versammlung in Magdeburg statt, die eine besondere Bedeutung mit den Vorträgen von Dr. Buchwald und Eduard Weitsch für das deutsche Volksbildungswesen hatte. Die Volkshochschulen und der Verband führten Tagungen für Volkshochschulleiter und-lehrer selbständig bzw. mit der Deutschen Schule für Volksforschung und Erwachsenenbildung in den Jahren 1930 und 1932 in Hummelshain durch. Zu dem Verband gehör-

ten 1933 zwanzig Volkshochschulen und die Heime Eckertsberga und Hirschbach, die aber nicht zum Reichsverband gehörten. Interessant ist die Statistik über die Besucher der Volkshochschule Magdeburg, die hier angeführt werden soll. Vom Mai bis September 1931 betrug die Kurszahl 37 und Belegungen von insgesamt 1082 Personen, von denen 48% Männer und 52% Frauen waren. Die Prozentzahl der Arbeitslosen betrug 41%.

Oktober bis Dezember 1931: Kurszahl 37, Belegungen 1500, Männer 64%, Frauen 36%, Arbeitslose 36%

Januar bis März 1932: Kurszahl 49, Belegungen 1617, Männer 66%, Frauen 34%, Arbeitslose 54%

Die Berufszusammensetzung war folgendermaßen gegliedert:

Männer u. Frauen:	Okt.-Dez. 1930	Jan.-März 1931	April-Juni 1931	Okt.-Dez. 1931	Jan.-März 1932
1.Arbeiter u.Handw. Gesellen	33%	36%	18%	32%	42%
2.Untere Angestellte u.unt.Beamte	71%	81%	59%	79%	78%
	38%	45%	41%	47%	36%
3.Leitende Angestellte,mittlere u.höhere Beamte	29%	19%	15%	18%	19%
4.Ohne Angaben	--	--	26%	3%	3%

Eine weitere Statistik zeigt, daß zwar die Belegungen und die Berufsgruppen von Oktober 1930 bis März 1932 leicht anstiegen, die Arbeitslosenschulen aber sich verdreifachten und auf 4000 anstiegen. Auch dieser Verband löste sich 1933 auf.

Anfang 1919 wurde von Professor Weinel, Professor Nohl und Oberregierungsrat Dr. Buchwald der V e r e i n V o l k s h o c h s c h u l e T h ü r i n g e n E.V. gegründet,mit dem Zweck einer Förderung und Zusammenfassung des gesamten Volksbildungswesens in Thüringen. Dieser Landesverband wurde alsbald vom Lande Thüringen finanziell unterstützt und erhielt die staatliche Anerkennung als ein

Verein, der als Selbstverwaltungskörper mit der Durchführung neutraler Erwachsenenbildung betraut wurde.[15] Der Rückgang der Volksbildungsarbeit in Thüringen während der Inflation war verhältnismäßig gering, 1933 umfaßte die Volkshochschule Thüringen 37 örtliche Volkshochschulen, sowie die Zusammenfassung eines stark entwickelten dörflichen Bildungslebens in 15 Kreisberatungsstellen und die Heimvolkshochschule Jena.[16] Durch die Sparmaßnahmen der rechtsradikalen Regierung erhielt die Volkshochschule einen schweren Schlag. Besonders schwer wurde das Volkshochschulheim Dreißigacker[17] betroffen, da durch die Kürzung der Zuschußgelder keine Kurse mehr durchgeführt werden konnten. Die Aufgaben des Landesverbandes bestanden in Veranstaltungen von Kursen zur Schulung der Lehrer, in Volkshochschulkursen für Hörer, in der Zusammenfassung von Lehrern und Hörern auf den Hauptversammlungen, in der Herausgabe einer Zeitschrift "Thüringische Volksbildungsarbeit", in der Zusammenarbeit mit den Organisationen der Erwachsenenbildung im Reich und im Land. Im Reichsverband der deutschen Volkshochschulen war die Volkshochschule Thüringen einer der Landesverbände, der am besten arbeitete. Der Verein wurde 1933 in "Deutsche Heimatschule Thüringen" unbenannt und arbeitete, der Deutschen Arbeitsfront nicht angeschlossen, noch lange Zeit selbständig weiter.[18]

Am 17.11.1918 hielt der Bund für Schulreform in Breslau eine öffentliche Versammlung ab, in der über "die Deutsche Bildung und die Neuordnung der deutschen Verhältnisse" gesprochen wurde.[19] Auf dieser Versammlung wurde der Wunsch laut nach einer Volkshochschule in Breslau. Am 17.2. 1919 traten die Mitglieder der pädagogischen Sektion der Breslauer kulturpolitischen Arbeitsgemeinschaft [20] zusammen, die die "Breslauer Arbeitsgemeinschaft für Jugend-und Volksbildung und für die Berufsberatung"[21] bildeten. Der Magistrat der Stadt Breslau erklärte sich grundsätzlich mit der Errichtung einer Volkshochschule einverstanden und sicherte die Hilfe der Stadt zu. Die feierliche Eröffnung der Breslauer Volkshochschule fand am 26. 10. 1919 statt.[22] Diese Volkshochschule wandte sich vor allem aus vorwiegend pädagogi-

schen Gründen der werktätigen Bevölkerung zu, die "bloß Volks-, höchstens Mittelschulbildung hatten".[23] Die Zahl der Belegungen stieg von 1275 in den Jahren 1919/20 auf 5000 in den Jahren 1932/33.[24] Bei der Gründung des Reichsverbandes der deutschen Volkshochschulen tat sich die Breslauer Volkshochschule mit den niederschlesischen Volkshochschulen zu einer Arbeitsgemeinschaft der niederschlesischen Volkshochschulen zusammen, weil sie als Einzelvolkshochschule nicht in den Reichsverband aufgenommen werden konnte. Zu diesem niederschlesischen Landesverband gehörten die Heimvolkshochschulen Boberhaus und Querbach. Die Arbeitsgemeinschaft hatte den Zweck, "die Arbeit ihrer Mitglieder im Sinne der intensiven und gestaltenden Volksbildung zu fördern und die Belange des niederschlesischen Volkshochschulwesens und ihrer Mitglieder vor der Öffentlichkeit und bei den Behörden, sowie innerhalb des Reichsverbandes der deutschen Volkshochschulen zu vertreten".[25] 1933 wurde die Arbeitsgemeinschaft der niederschlesischen Volkshochschulen in eine "Volksbildungsstätte" umgewandelt.[26]

Der Landesverband der Württembergischen Volkshochschulen war sehr lose und nur zusammengeschlossen, damit auch diese Volkshochschulen satzungsgemäß eine Vertretung im Reichsverband der deutschen Volkshochschulen haben konnten. Die Württemberger waren aber maßgeblich an der Gründung des Reichsverbandes beteiligt.[27] Außer den Abendvolkshochschulen Eßlingen[28], Heilbronn[29], Reutlingen[30], Stuttgart[31] und Ulm[32] gehörten dem Landesverband an die dem "Verein zur Förderung der Volksbildung" angeschlossenen Heimvolkshochschulen Comburg[33] und Denkendorf[34]. In Württemberg tat die Hauptbildungsarbeit der "Verein zur Förderung der Volksbildung E.V. Stuttgart"[35], der dem Reichsverband nicht angehören konnte, weil er noch wesentlich andere als Volkshochschularbeit leistete.[36] Der Verein zur Förderung der Volksbildung wurde am 1. Mai 1918 gegründet. Er diente ausschließlich dem gemeinsamen Zweck, "das Volksbildungswesen in Württemberg zusammenfas-

send zu fördern und zu vertiefen".[37] "Unsere Arbeit gehört dem Volk. Wir wissen, daß wir äußerlich und innerlich zerrissen und uneins sind... Ein Volk kann auf die Dauer nicht bestehen, wenn die geistige Kluft zwischen oben und unten nicht überbrückt wird. In diesem Sinne ist unsere Arbeit aufgebaut."[38] Zu den verschiedenen Abteilungen des Vereins gehörten: Volkshochschule Stuttgart[39] mit Frauenabteilung[40], Heimatabteilung[41], Bücherei-abteilung[42], Laienspielabteilung[43]; Archiv und Sekretariat[44], Volkshochschulheim Denkendorf[45], Volkshochschulheim Comburg[46]. Gegründet von dem Verein und verbunden mit ihm waren die Württembergische Volksbühne[47], die Württembergische Bildstelle[48] und das Konservatorium für Musik[49]. Mittelbar gehörte noch die im Jahre 1920 gegründete Markel-Stiftung hinzu.[50] Die Arbeit des Vereins war von Anfang an aufgebaut auf den Gedanken der Gemeinschaft und der Forderung der Totalität im bewußten Gegensatz zu der sogenannten alten Richtung der Volksbildung, wie sie vor allem von der "Gesellschaft für Volksbildung"[51] vertreten wurde, die auf dem Gedankengut eines individuellen und rationalen Liberalismus aufgebaut war und in der Forderung einer "Popularisierung der Wissenschaft"[52] in Erscheinung trat. Die sogenannte"Neue Richtung"[53] wollte in erster Linie Volksbildung sein. Unter besonderer Berücksichtigung der Familie hatte der Verein als erster in Deutschland eine besondere Frauenabteilung eingerichtet. Diesem Gedanken diente auch das Volkshochschulheim für Mädchen, das seit 1921 in dem ehemaligen Kloster Denkendorf[54] untergebracht war.

Der Verein sah einen wichtigen Teil seiner Arbeit darin, die sozialethische und volkserzieherische Bedeutung des Berufes herauszuarbeiten. Unter Berücksichtigung des ständischen Aufbaus der Bevölkerung rief der Verein das Volkshochschulheim Comburg[55] ins Leben, das in erster Linie der Arbeiterbildung, dann aber auch den übrigen Berufen, vor allem der Bauernbildung durch Veranstaltung von Dorfwochen dienen sollte. Die Einsicht in die Bedeutung der Arbeit für Mensch und Gemeinschaft lenkte die Aufmerksamkeit schon früh auf die zerstöre-

rische Wirkung der Arbeitslosigkeit. Schon 1919 trat dieser Verein in der Öffentlichkeit für den Gedanken des Arbeitsdienstes ein. Nach Schaffung gesetzlicher Möglichkeiten im Spätjahr 1931 begann die Durchführung des Freiwilligen Arbeitsdienstes in Württemberg unter dem Namen "Heimatwerk"[56]. Der Verein wurde am 18.7.1936 satzungsgemäß aufgelöst, obwohl Ministerpräsident Mergenthaler seine Arbeit durch Erlaß vom 5.5.1933 ausdrücklich anerkannt hatte und weitere Staatszuschüsse gewährte.[57]

Die Gründung des L a n d e s v e r b a n d e s d e r V o l k s h o c h s c h u l e n v o n B r a n d e n b u r g ging auf die Volkshochschule Groß-Berlin[58] zurück. Im Jahre 1919 vereinigten sich Vertreter der organisierten Arbeiterschaft, der akademischen Wissenschaft und der Stadtgemeinde Berlin zu einem Ausschuß, der für die große Zahl der Erwerbslosen Bildungskurse organisieren sollte.[59] Im Dezember 1919 konstituierte sich der Ausschuß zu einem Verein "Volkshochschule Groß-Berlin"[60], dessen Arbeit im Jahre 1920 einsetzte. Damals schon bestanden in den seinerzeit noch selbständigen Berliner Außengemeinden eine Reihe von örtlichen Volkshochschulen, außerdem eine Fülle von Volkshochschulen älteren Typus, zum Teil ausgehend von gesinnungsmäßig gebundenen Gruppen (katholische, völkische, jüdische usw.). Im Jahre 1922 war die Entwicklung soweit fortgeschritten, daß amtliche "neutrale" gemeindliche Volkshochschulen im Bereich Groß-Berlins Arbeitsstätten der Volkshochschule Groß-Berlin geworden waren und von den Organen der Volkshochschule Groß-Berlin in einheitlichem Sinne zentral verwaltet und ausgebaut wurden. In der darauffolgenden Epoche der Inflationskatastrophe hätte die Volkshochschule Groß-Berlin aufgelöst werden müssen, wäre nicht der Plan durchgedrungen, das Werk ohne gemeindliche Zuschüsse durch ehrenamtliche Wirksamkeit eines herangewachsenen Stammes von Lehrern zu erhalten. Die Tätigkeit mußte als ein Provisorium angesehen werden und auf einige Arbeitsbezirke eingeschränkt werden. Einige auf diese Weise aus dem bisherigen Arbeitsbezirk ausgeschiedenen Lehrstätten wurden wieder von den zuständigen Bezirksämtern der Berliner Verwaltungsbezirke übernommen. Es handelte sich dabei um die Bezirke

Schöneberg, Charlottenburg, Wilmersdorf und Lichtenberg; zwei davon, Schöneberg und Wilmersdorf, konnten als Volkshochschulen nicht mehr weiterbestehen. Die Volkshochschulen Charlottenburg und Lichtenberg, nunmehr von den zuständigen Bezirksmagistraten übernommen, vereinigten sich mit der "engeren" Volkshochschule Groß-Berlin zu einem losen Verband.[61] Es handelte sich darum, trotz organisatorischer Trennung, die als gut bewährten wissenschaftlichen, pädagogischen und sozialen Grundlagen der gemeinsamen Arbeit zu bewahren.

Bei diesem organisierten Verhältnis blieb es bis zum Jahre 1927. In den folgenden Jahren scheiterten die von der Stadt Berlin angeregten Versuche, das gesamte neutrale Volkshochschulwesen in den Händen der Volkshochschule Groß-Berlin zu zentralisieren. Trotz sachlicher Übereinstimmung der beteiligten Verwaltungsbezirke mit der Leitung der Volkshochschule Groß-Berlin konnte keine Einigung in der Frage der Zuschüsse durch die Stadt gefunden werden. Der Verband "Volkshochschule Groß-Berlin"[62] unfaßte drei körperschaftliche Mitglieder, die Volkshochschule Groß-Berlin, die Volkshochschule Lichtenberg, die Volkshochschule Charlottenburg. Grundgedanke und Ziel des Verbandes waren, der"fortschreitenden Auflösung unserer geistigen Einheit als Volk"[63] entgegenzutreten, eine "Denk-und Sinngemeinschaft unseres Volkes"[64] wieder erstehen zu lassen , "daß Glieder aller Volksschichten in gemeinsamer Gestaltung unseres volklichen Kulturlebens brüderlich zusammenwirken."[65]. Das setzte grundsätzliche pädagogische Einstellung voraus, nämlich Heranbildung von Menschen aus den nicht akademisch geschulten Volkskreisen zu eigener Urteilsfähigkeit,"[66] die "Verbindung werktätiger Volksgenossen mit Angehörigen des geistig schaffenden Teiles unseres Volkes,"[67] die "mit öffentlichen Mitteln betriebene Bildung zu einem klareren Verantwortungsbewußtsein und zu einer höheren Verantwortungsfähigkeit des Einzelnen zu führen."[68] Mit der Humboldt-Hochschule, der Freien Volkshochschule[69], 1878 als Humboldt-Akademie gegründet und 1916 mit der Freien Volkshochschule verschmolzen, der Abendvolkshochschule der Sozialen Arbeitsgemeinschaft Berlin-Ost,[70] mit der städtischen

Volkshochschule Brandenburg a.H.,[71] der Städtischen Volkshochschule Frankfurt a.O.[72] und den beiden Volkshochschulheimen Ulmenhof, Berlin-Wilhelmshagen und Tempelhof, Berlin-Tempelhof, tat sich die Volkshochschule Groß-Berlin am 17. 5. 1931 zu dem Landesverband der Volkshochschulen von Brandenburg und Berlin zusammen und schloß sich dem Reichsverband der deutschen Volkshochschulen an. Dieser Landesverband existierte noch bis zum 2.2. 1934, dem Datum der Auflösung.[73]

Nach dem ministeriellen Erlaß vom 25.2. 1919[74], der die Errichtung von Volkshochschulen anregte, sahen sich die Gemeindeverwaltungen durch die Gründung von Volkshochschulen einem neuen Arbeitsgebiet gegenübergestellt. Einige westfälische Städte, die eine Volkshochschule gründeten, schlossen sich zu einem"Verband kommunaler Volkshochschulen Westfalens"[75] zusammen. Die Mehrzahl dieser Volkshochschulen gehörte außerdem unmittelbar dem Verband Rheinischer VHS an. Auf Anregung des Oberbürgermeisters von Coblenz kamen am 15.10. 1919 Vertreter rheinischer Städte zusammen, um die Frage zu erörtern, ob ein Zusammenschluß der rheinischen Städte des besetzten Gebietes zweckmäßig und der Volkshochschulbewegung förderlich sein könne."[76] Diese Gründungsversammlung des V e r b a n d e s R h e i n i s c h e r V o l k s h o c h s c h u l e n[77] veröffentlichte einen Aufruf an alle VHSen im Rheinland, dem Verband beizutreten. Bei dem "Volkshochschulrummel"[78] der Nachkriegszeit erklärten fast alle größeren Städte und viele mittlere und kleinere Städte ihren Beitritt. Der Verband dehnte sich auch auf das damals unbesetzte rheinische Gebiet[79] aus.

Die konstituierende Versammlung trat am 6.3. 1920 in Köln zusammen. Als Gast nahm der Referent im Preußischen Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, Dr. Robert von Erdberg, teil. Die Versammlung forderte für die Volkshochschulen politische und religiöse Neutralität. Der Verband widmete sich in den ersten fünf Jahren mehr organisatorischen Aufgaben. Bedeutungsvoller für die innere Aufbauarbeit waren die VHStagungen: 1920 Marienburg a.d.Mosel, 1921 Waldbreitbach bei Neuwied, 1922 Orsoy am Niederrhein. An die Stelle von stürmischen zeitbedingten Nur-Ausbreitungsgedanken trat eine "innere Einkehr" zu "an Gehalt hochstehenden Arbeitsgemeinschaften"[80]. Man wurde sich

auch "der Grenzen der VHSarbeit bewußt"[81]. Die Zeit der Inflation stellte die VHSarbeit nach innen und außen auf die härteste Probe. Die wirtschaftlichen Verhältnisse, die langjährige Erkrankung des Vorsitzenden des Verbandes, ließen die Arbeit fast gänzlich ruhen.

Der Zusammenschluß und die Zusammenarbeit mit dem Rhein-Mainischen Verband kam gar nicht zustande, obwohl bei einer im März 1925 in Köln anberaumten Besprechung der "Anschluß an den Rhein-Mainischen Verband"empfohlen wurde. Im Jahre 1927 nahm der Rheinische Verband straffere Formen an, gab sich "endgültige Satzungen"[82] und war einer der ersten Verbände, der sich dem im Mai 1927 gegründeten Reichsverband der deutschen VHSen anschloß, bis er 1933 im Umbruch der Zeit sich auflöste.[83]

Die Unklarheiten, die sich im Rhein-Main-Gebiet über die Zugehörigkeit einzelner VHSen zeigten, waren auf die Entstehungsgeschichte der Landesverbände zurückzuführen.[84] Im Jahre 1925 versuchte der Rheinische Verband, dessen Arbeit in den ersten fünf Jahren seines Bestehens vollkommen zum Erliegen gekommen war, mit den Rhein-Main-VHSen die VHSarbeit wieder zu beleben. Dieses gelang auch teilweise durch die obengenannte Tagung in Köln. Das starke Bestreben des Rheinischen Verbandes, auch die Main-VHsen in den eigenen Verband einzugliedern, hatte durch Subventionspolitik teilweise Erfolg. Nach der Gründung des Reichsverbandes der deutschen VHSen wurde der Rhein-Mainische Verband gegründet[85], zu dem VHSen in Frankfurt,[86] Höchst,[87] Wiesbaden,[88] Mannheim,[89] der Arbeitskreis für Freie Volksbildung der Dr. Arthur Pfungst-Stiftung[90] und die HeimVHS Habertshof gehörten.[91] Der Frankfurter Bund für Volksbildung [92], als die größte und ausgeprägteste Volkshochschule für ganz Südwestdeutschland,[93] hielt es zwar für eine auf die Dauer nicht tragbare Angelegenheit, daß er im Reichsverband der deutschen Volkshochschulen nur durch den Rhein-Mainischen Verband vertreten sein sollte, da dieser Verband zu sehr extensiv arbeitete. Der Frankfurter Bund blieb aber doch dem Landesverband angeschlossen und leistete eine wertvolle, intensive Arbeit. Der Rhein-Main-Verband löste sich im Jahre 1933 automatisch auf.[94]

Der P f ä l z i s c h e Verband für freie Volksbildung,[95] der, obwohl beantragt,[96] wegen seiner ausnahmslos extensiven Arbeit nie Mitglied des Reichsverbandes wurde, war ein eigenartiges Gebilde. Der Anstoß zur Gründung des Pfälzischen Volksbildungsverbandes war das Arbeitslosenproblem und die Wahrung der deutschen Kultur und ihrer Interessen in der von den französischen Truppen besetzten Pfalz.[97] Das ist für das Verständnis der Volksbildungsarbeit in diesem Gebiet von Bedeutung. Die Gründung fand am 10. Juli 1920 in Neustadt a.H. statt, wo sich 49 Volksbildungsvereine und Volkshochschulen[98] dem Verbande anschlossen. Nach der Satzung wurde als Zweck des Verbandes[99] bezeichnet, "das gesamte freie Volksbildungswesen der Pfalz in Stadt und Land auf politisch, wirtschaftlich und religiös unparteilicher Grundlage zusammenzufassen und zu vertiefen."[100] Als die wesentlichen Merkmale wurden angesehen, der freien Volksbildung[101] zu dienen und die Bildung zum Volke hin als das Höchste zu erstreben. Menschenbildung sollte der Ausgangspunkt für die Volksbildung sein. Das bedeutete Charakterbildung als Erstes, daneben Gemütsbildung und als richtige Ergänzung Wissensbildung. Eine persönliche Bildung trat anstelle der allgemeinen. Die intensive Seite der bildnerischen Wirksamkeit des Pfälzischen Verbandes für freie Volksbildung wurde am meisten von den Volkshochschulen erstrebt. Besonders die Volkshochschule Kaiserslautern bemühte sich darum. Sie gehörte dem bayrischen Landesverband und somit dem Reichsverband der deutschen Volkshochschulen an.[102] Die extensive Arbeit, die im Pfälzischen Verband vorherrschend war, zeigte sich in Wandertheatern, Wandervorträgen, Volksbüchereien und Lehr-und Lichtbildstellen.

Es ist in diesem Zusammenhang notwendig, auf gescheiterte Versuche einzugehen, das deutsche Volksbildungswesen vor der Gründung des Reichsverbandes der deutschen Volkshochschulen im Jahre 1927 einheitlich zusammenzufassen. Wir können uns hier auf einen kurzen Abriß beschränken, da die obengenannten Versuche in anderen Darstellungen ausführlicher beschrieben worden sind.[103]

Im Jahre 1916 regte Robert von Erdberg [104] den "Ausschuß der deutschen Volksbildungsvereinigungen"[105] an, der in Weimar begründet wurde. Es sollte eine gemeinsame Vertretung der ganzen Volksbildungsbewegung in all ihren "Richtungen und Schattierungen"[106], ohne Rücksicht auf weltanschauliche, politische oder pädagogische Einstellung geschaffen werden.[107] Zu dem Ausschuß gehörten alle Spitzenverbände und größere territoriale Volksbildungsverbände, dazu alle Zweige der Volksbildung, wie Volksbüchereien, Volkshochschulen, Volksbühnen und das Vortragswesen. 1917 tagte der Ausschuß in Frankfurt a.M.[108], 1918 in Rothenburg o.d.T.[109], 1919 in Mohrkirch-Oberholz[110], 1920 in Braunau[111], Die "Neue Richtung"[112] fand hier ihre Grundlage. Die gegenteiligen Auffassungen führten aber am 1.4. 1923 zur baldigen Auflösung des Ausschusses.[113] Seine Materialbestände nahm das Reichsministerium des Innern auf, und es entstand daraus das Archiv für Volksbildung. Die Bestände des Archivs wurden in den folgenden Jahren erweitert und ausgewertet, die ihren Niederschlag in den Archivberichten, die teils bibliographischen Inhalts waren, teils Nachweiser für das deutsche Volksbildungswesen darstellten. Am 21. Oktober richtete der damalige Ministerialdirektor im Reichsministerium des Innern ein Schreiben an die Verbände, in dem es "als wünschenswert erscheine, eine nähere Verbindung zwischen Archiv für Volksbildung und den Verbänden herzustellen, so daß die Verbände in der Lage sind, dem Archiv für Volksbildung bei seiner Tätigkeit helfend und beratend zur Seite zu stehen und das Archiv von seiten der Verbände auf die wichtigsten zu erfüllenden Aufgaben hingewiesen werden kann." In den beiden Hauptversammlungen am 20.11.1931 und 18.11. 1932, an denen Vertreter aller Volksbildungsverbände teilnahmen, gab sich das Archiv für Volksbildung eine Geschäftsordnung und bildete einen Beirat, in den je ein Vertreter der Verbände gewählt wurde. Die Aufgaben des Archivs wurden als "zentrale Sammlungs-, Auskunfts- und Arbeitsstelle für alle Fragen des Volksbildungswesens" bezeichnet. Das Archiv für Volksbildung suchte seinen Zweck zu erreichen in der Unterhaltung dieses Archivs, welches das

Material über das deutsche und ausländische Volksbildungswesen sammeln sollte, in der Auskunftserteilung und Auskunftsvermittlung an amtliche Stellen, öffentliche und private Körperschaften und Einzelpersonen des In-und Auslandes, Bereitstellung des Materials für die fachwissenschaftliche Bearbeitung von Fragen der Volksbildung,sowie Herausgabe von Druckschriften und sonstigen Hilfsmitteln. Die Abteilungen des Archivs teilten sich in eine archivalische Sammlung, in eine Bücherei, eine Schund-und Schmutz-Abteilung. Auch der Beirat gab sich eine Geschäftsordnung, wonach er aus zwei vom Reichsministerium des Innern bestellten Vertretern, Vertreter der Landesregierungen und der vom Reichsministerium des Innern eingeladenen Zentralverbänden (katholisch, evangelisch, sozialistisch, Reichsverband der dautschen Volkshochschulen und Gesellschaft für Volksbildung, Verband deutscher Bibliothekare, Deutsche Zentralstelle für Büchereiwesen, Deutsche Schule für Volksforschung und Erwachsenenbildung, Deutscher Städtetag,) und dem Leiter des Archivs für Volksbildung Dr. Mirgeler. Das Archiv für Volksbildung leistete manche aufbauende Arbeit,war später doch recht einseitig orientiert, indem es hauptsächlich über den Arbeitsdienst berichtete, was häufig von den Verbänden moniert wurde. "Mit Rücksicht auf die Finanzlage des Reiches habe ich das bei meinem Ministerium bestehende Archiv für Volksbildung mit Wirkung vom 31.3.1933 aufgehoben."[114)]

Nachdem der "Deutsche Bund für Volksbildung"[115)] an dem Zwiespalt gescheitert war, eine repräsentative Vertretung des deutschen Volksbildungswesens zu schaffen, die Zugehörigkeit zu dieser Vertretung aber von bestimmten Bedingungen abhängig war, konnte eine Gesamtvertretung des deutschen Volksbildungswesens nicht erreicht werden, bis es im Jahre 1927 in Meiningen[116)] zur Gründung des Reichsverbandes der deutschen Volkshochschulen kam.

Anmerkungen zu Kapitel II:

1) Erdberg, R.von, Fünfzig Jahre... S. 38 f.
2) V, c 2
3) s. Quellenverzeichnis: V, h 43 und 44 (Freistaat Sachsen) Regierungsrat Dr. Kaphahn, Dresden, war Vertreter des Ministeriums für Volksbildung in Sachsen und Vorsitzender der Landesstelle
4) VOLKSHOCHSCHULE SACHSEN
   § 1. Der Verein führt den Namen Verein Volkshochschule Sachsen und hat seinen Sitz in Dresden. Er ist in das Vereinsregister eingetragen. Sein Geschäftsjahr läuft vom 1. Oktober bis zum 30.September. Das erste Geschäftsjahr schließt mit dem 30. September 1924.
   § 2. Er ist eine Organisation der Volkshochschüler, Lehrer, Leiter und Freunde der Volkshochschulen im Freistaat Sachsen sowie deren Volkshochschulen selbst und anderer, die Arbeit der Volkshochschule fördernder Vereinigungen und Körperschaften. Er will die bestehenden Volkshochschulen geistig fördern, sie zu gemeinsamem Wirken zusammenfassen, ihre gemeinsamen Interessen vertreten und zur Gründung von Volkshochschulen anregen, sofern die Voraussetzungen für echte Volkshochschularbeit vorhanden sind. Auch verwaltet er mit Hilfe besonderer Ausschüsse das Volkshochschulheim Schloß Sachsenburg.
5) s. Quellenverzeichnis V, h 45 (Sachsenburg)
   s. Literaturverzeichnis: Angermann
6) Quellenverzeichnis V, h 43/44 (Freistaat Sachsen)
7) ebd.
8) Mitteilungsblatt des Vereins der Volkshochschule Sachsen, 1928 ff.
9) Gründungsprotokoll des Reichsverbandes: V, b 1,1.Mai 1927
10) Der Volkshochschulleiter Dr. Franz Mockrauer war Leiter der Volkshochschule Dresden und Sachsen
    s. Literaturverzeichnis: Mockrauer
11) Dr. Mockrauer schreibt am 15. Dez. 1932 einen Brief an den 1. Vorsitzenden des Reichsverbandes Dr. Alfred Mann: Über die Lage der sächsischen Volkshochschule (V,c8)
12) Mann, Alfred: Un-veröffentlichter Bericht über Volkshochschulen (V, h 29)
13) V, h 44 (Sachsen)
14) V, h 41/42
15) V, h 50/51 Thüringen
16) VOLKSHOCHSCHULE THÜRINGEN
    § 1. Name. Der Verein führt den Namen "Volkshochschule Thüringen", er hat seinen Sitz in Jena, er ist in das Vereinsregister eingetragen, sein Geschäftsjahr läuft vom 1. April bis 31. März.

§ 2. Zweck. Der Verein faßt als Landesverband die konfessionell und partei-politisch nicht gebundenen Volkshochschulen zusammen, er will die ihm angeschlossenen Volkshochschulen fördern, ihre gemeinsamen Interessen vertreten und die freie Erwachsenenbildungsarbeit in Stadt und Land weiter entwickeln.
Die angeschlossenen Volkshochschulen dürfen
a) die Mitarbeit von Lehrenden und die Aufnahme von Hörenden,
b) die Veranstaltung von Arbeitsgemeinschaften und Vorträgen, die von einer zu ihrer Durchführung genügenden Zahl von Hörern gefordert werden, aus weltanschaulichen oder politischen Gründen nicht ablehnen.
Die angeschlossenen Volkshochschulen sind verpflichtet, in allen ihren Veranstaltungen die Werbung für politische Parteien oder weltanschauliche Gruppen zu verhindern.
Blätter der Volkshochschule Thüringen 1920-1929, Thür. VB-arbeit, 1929

17) Dreißigacker, Volkshochschule...
V, h 14 u. 15 (Dreißigacker)
s. Literaturverzeichnis: Weitsch
V, h, i 6/9 (Notaktion Thüringen)
18) Mann, Alfred, Die Deutsche Volksbildung: V, h 30 (unveröffentlicht)
19) V, h 29 u. 30 (Niederschlesien)
von Alfred Mann gehalten, veröffentlicht in: Schlesische Schulzeitung 1918, Nr. 51 u. 52.
20) Blätter der Volkshochschule Breslau, Juni 1922: Die Begründung und Entwicklung der Breslauer Volkshochschule, S. 12
Abteilung des "Rates geistiger Arbeiter": Prof. Bruck, Prof. Bultmann, Stadtschulrat Dr. Hacks, Jugendleiterin Judith Lichtenstein und Alfred Mann u.a.
21) ebd. S. 13
22) ebd. S. 15
23) ebd. S. 16
24) Blätter der Volkshochschule Breslau, Juli 1922, S. 23 f.
Überblick über deutsche Volkshochschulen, 1918 - 37
V, h 30 (Niederschlesien)
25) s. Satzung in V, h 30 (Niederschlesien)

26) V,h 6 VOLKSHOCHSCHULHEIM BOBERHAUS ZU LÖWENBERG/SCHLES.

Statistische Angaben über die Belegschaft in den Jahren 1927/28, 1928/29 und 1929/30

	1927/28	1928/29	1929/30	Bem.
1.Gesamtz.d.Heimgäste	828	1.580	1.300	
2.Gesamtz.d.belegten Tage	6.898	9.387	14.290	
3.Tägl.Gäste in 330 Tagen	21	28	43	
4.Durchschn.Anwesenheit jed.Gastes(Tage)	9	6	11	(Für 1929/30: (Anteil a.d. (Ges.Zahl d. (belegten (Tage.)
5.Berufszugehörigkeit:				
a)Lehrer,soziale u.freie Berufe	221	288	252	12,2%
b)Studenten	179	374	251	14,7%
c)Arbeiter i.Industr.u.Handw.	109	219	190	
im Handel	68	108	123	34,3%
d)Schüler	126	372	246	23,3%
e)Hauswirtschaft	66	108	74	3,8%
f)Landwirtschaft	39	45	52	8,8%
g)Verw.Beamte	27	67	117	2,9%
h)Industr.Untern.	3	4	3	--
6.Gliederung nach Geschlecht und Alter:				
männl.Teiln.	509	1.128	952	
wbl. Teiln.	319	452	356	
ü.18 J. alt	550	1.124	1.003	
unt.18 J.alt	278	456	305	
7.Heimatzugehörigkeit:				
a)Schlesier	702	1.245	949	
b)sonst.Reichsdeutsche	106	186	249	
c)Auslandsdeutsche	19	137	105	
d)Ausländer	1	12	5	
8.Es nahmen teil an:				
a)Tagungen,Festen, Besichtigungen v. 1-2 Tagen	-	729	522	
b)Freiz.u.kurzen Lehrg.v.3-8Tagen	-	437	388	
c)Volkshochschulkursen,Arbeitslagern u.Ferienschullagern v. 9-18 Tagen u.mehr	-	414	398	

26) VOLKSHOCHSCHULHEIM BOBERHAUS / LÖWENBERG-Schles.

Statistische Angaben über die Belegschaft in der Zeit vom 1. April bis 31. Dezember 1930

1). Gesamtzahl der Heimgäste		1.281
2). Gesamtzahl der belegten Tage		8.131
3). Berufszugehörigkeit:		
a) Lehrer,soziale u.freie Berufe	266	
b) Studenten	249	
c) Industriearbeiter u. Handwerker	178	
d) Arbeitnehmer im Handel	167	
e) Schüler	283	
f) Hauswirtschaft	48	
g) Landwirtschaft	52	
h) Verwaltungsbeamte	35	
i) Industrieunternehmer	3	
	1.281	
4). Gliederung nach Geschlecht und Alter:		
a) männliche Teilnehmer	1.028	
b) weibliche Teilnehmer	253	
	1.281	
c) über 25 Jahre alt	372	
d) über 18 Jahre alt	623	
e) über 14 Jahre alt	249	
f) unter 14 Jahre alt	37	
	1.281	
5). Heimatzugehörigkeit:		
a) Schlesier	1.028	
b) sonstige Reichsdeutsche	157	
c) Auslandsdeutsche	69	
d) Ausländer	27	
	1.281	

27) Gründungsprotokoll des Reichsverbandes. In: V,h 1
28) s. Mitgliedsverzeichnis Kap. VIII.u.V,h 55/56(Württemberg)
29) ebd.
30) ebd.
31) Leiter war Prof. Dr. Pfleiderer u. später Direktor Dr. Bäuerle
32) s. Mitgliederverzeichnis Kap. VIII.u. V,h.55/56(Württemberg)
33) V,h 55/56 (Württemberg)
34) ebd.
35) Mitteilungen des Vereins zur Förderung der Volksbildung e.V. Stuttgart,1930,Nr. 1,S. 1 f.
36) ebd. S. 2 f.
V,h 55/56 (Württemberg)
37) s. Satzungen des Vereins V, h 55/56
38) s. Mitteilungen des Vereins... S. 2
39) s. Unterrichtspläne der Volkshochschule Stuttgart,V,h 55/56
40) Mitteilungen des Vereins...,1930,Nr.1,S.2 u. V,h 55/56
41) ebd.
42) ebd.
43) ebd.
44) ebd.
45) ebd.
46) ebd.
47) ebd.
48) ebd.
49) ebd.
50) ebd. und s. Inventarverzeichnis des Ökumenischen Archivs, hrsg.v. Prof. D.F. Siegmund-Schultze,Soest 1962 (C-Caritas inter arma)
51) Gesellschaft für Volksbildung, die sich bis 1915 den Namen Gesellschaft für Verbreitung von Volksbildung gab, wurde 1871 von Leibing, Kalle und Schulze-Delitzsch gegründet. Nachdem die politische Einheit des Volkes geschaffen war, konnte man an eine einheitliche Tätigkeit in der Volksbildung gehen. Die Gesellschaft verfolgte den Zweck, der Bevölkerung Bildungsstoff und Bildungsmittel zuzuführen, um sie in höherem Grade zu befähigen, ihre Aufgaben im Staate, in der Gemeinde und Gesellschaft zu verstehen und zu erfüllen. Die Gesellschaft suchte den Zweck zu erreichen durch Besprechungen von Fragen der freien Volksbildung in öffentlichen Versammlungen, Förderung und Unterstützung der bestehenden Bildungsvereine und Gründung von Volkshochschulen und anderen ähnlichen Anstalten, Herausgabe einer Vereinszeitschrift (Volksbildung), Aussendung von Wanderlehrern, Belebung des Sinnes für die Aufgaben des Schulwesens. Die Mitgliederzahlen waren 5202 korporative und 5754 Einzelmitglieder. Die Ausgaben im Jahre 1927/28 betrugen 838 000 Reichsmark. Wirksam wurde vor allen Dingen die Arbeit der Gesellschaft durch ihren hervorragenden Vorsitzenden J. Tews. Im Gegensatz zum Reichsverbande arbeitete die Gesellschaft extensiv, während der Reichsverband intensiv arbeitete. Im Protokoll der Vorstandssitzung vom 2.4.1928, S. 8,wird ausgeführt: Die Versammlung ist einmütig der Meinung, daß die Bestrebungen der Gesellschaft für Volksbildung von den durch den Reichsverband vertretenen Zielen der Volksbildung weit abliegen, daß aber statt einer Polemik

ein möglichstes Stillschweigen gegenüber dieser Bewegung zu empfehlen sei. Dieses Stillschweigen wurde allerdings nicht gewahrt als in der "Volksbildung" der Tewssche Angriff gegen den Reichsverband erschien (Volksbildung 60, 1930 Februar S. 34 f.) und die Antwort als "Offener Brief an Herrn J. Tews, Hauptgeschäftsführer der Gesellschaft für Volksbildung" von Alfred Mann in den Blättern der Volkshochschule Breslau 8, 1929/30, Nr. 5-9, S. 116 erfolgte.

52) Satzung der Gesellschaft für Volksbildung 1920: V,m 5
53) Henningsen, Jürgen: Die Neue Richtung... Stuttgart 1960 S. 9 f. und S. 162 f.
54) V, h 55/56: Kurze Geschichte des Vereins zur Förderung der Volksbildung, S. 2 (unveröffentlicht)
55) ebd. S. 3
56) Mitteilungen des Vereins..., 1932, Februar: Das Heimatwerk, S. 45 ff.
57) V, h 55/56: Mitteilungen über Stuttgart und Alfred Mann: Volkshochschulen 1917 - 37, S. 14 Nr. 207 (unveröffentlicht) s. Literaturverzeichnis: Bildungsfragen der Gegenwart...
58) V, h 7 - 9
59) V, h 7 - 9: Kurzer Überblick über die Volkshochschule Groß-Berlin S. 1 ff.
60) ebd. S. 3 f.
61) ebd. S. 8 f.
Leiter der Volkshochschule Groß-Berlin waren Prof. Alfred Merz, Prof. Theodor Geiger, Obermagistratsrat Erwin Marquardt
62) Bildungsplan der Volkshochschule Groß-Berlin : V, h 7-9
63) Geiger, Theodor: Volkshochschule und Stadt Groß-Berlin. In: Archiv für Erwachsenenbildung 1, 1925, Nr. 2, S. 76
64) V, h 7 - 9: Kurzer Abriß zur Geschichte der Volkshochschule Groß-Berlin, S. 8f.
65) ebd. S. 9
66) Bildungsplan der Volkshochschule Groß-Berlin, 1929, S. 4 In: V, h 8
67) ebd. S. 4

68) VOLKSHOCHSCHULE GROSS - BERLIN

S t a t i s t i k

Jahr:	1923/24			1924/25			1925/26			1926/27		
Semester:	I	II	III	I	II	III	I	II	III	I	II	III
Zahl der Kurse	30	29	29	33	31	29	35	30	27	35	31	28
Einzelveranstaltungen2)		(12)	(17)		(10)	(20)		(14)	(23)		(15)	(37)
Hörer:	I	II	III	I	II	III	I	II	III	I	II	III
im ganzen1)	604	590	587	681	650	581	706	627	545	719	640	552
Durchschn. pro Kurs	20	20	20	20,5	20,5	20	20	21	20	20,5	21	20
Männer	407	407	408	473	461	411	480	431	356	483	437	368
Frauen	197	183	179	208	189	170	226	196	189	236	203	184
Arbeiter	387	361	357	399	391	376	430	403	371	473	441	391
Angestellte	171	198	206	239	218	188	238	197	152	207	166	144
Sonstige	46	31	24	43	41	17	38	30	22	39	23	17

69) Leiter war Dr. S. Kadner, s. Plan der Humboldt-Akademie: V,h 9
70) Leiter war Prof. F. Siegmund-Schultze: S. II, 1
71) s. Mitgliederverzeichnis u. Plan der Volkshochschule Brandenburg in: V, h 9
72) in: V, h 9
s. Mitgliederverzeichnis
73) Vorstand des Landesverbandes:
Obermagistratsrat Erwin Marquardt (Groß-Berlin)
Studiendirektor Dr. Bernhard Guster (Humboldt-Akademie)
Oberstudiendirektor Dr. Hans Körnchen (Städt. Volkshochschule Frankfurt a.O.)
Prof. F. Siegmund-Schultze (Volkshochschulheim Ulmenhof)
s. V,h 7 - 9; V, h 49 (Tempelhof)
s. V,h , 52 (Ulmenhof) sowie S II, k
74) s. V, h 36/37 (Rheinland)
75) s. V, h 35: Abriß der Geschichte der Volkshochschulen des Rheinlandes, S. 2
76) ebd. S. 3
77) Vorsitzender war Oberstudiendirektor Dr. Egbring, Koblenz
78) Diese Bezeichnung war ein Schlagwort für das eifrige Organisieren der Volkshochschulen in den ersten Nachkriegsjahren. Der Gedanke der Volkshochschule und der Volksbildung war nicht richtig erfaßt
79) Das rheinische Gebiet war nur teilweise besetzt
80) V, h 36/37, Abriß a.a.O. S. 9
81) ebd. S. 9
82) V, h 36/37 Satzungen

83) Alfred Mann: Volkshochschulen 1918 bis 37, Notiz Rheinland XII, 75. Vom 20. bis 28. Februar fand eine Arbeitswoche für Erwachsenenbildung und Industriepädagogik im Rheinland in Königswinter und Köln statt. Veranstalterin der Tagung war die Deutsche Schule für Volksforschung und Erwachsenenbildung in Zusammenarbeit mit dem Forschungsinstitut für Sozialwissenschaften an der Universität Köln (Leiter: Prof. Dr. Theodor Brauer) und dem Verband rheinischer Volkshochschulen.
Berichte: Heiner Lotze: Bericht über die Arbeitswoche und Ernst Michel: Arbeitswoche für Erwachsenenbildung, in: Rhein-Mainische-Volkszeitung, 1929, Nr.9. Der Aufsatz von Heiner Lotze ist einzusehen in V, h 38/39
Leiter des Verbandes der Rheinischen Volkshochschulen waren: Dr. Egbring, Koblenz 1919
Studienrat Rusch, Remscheid, 1925
Dr. H. Heinrichs, Düsseldorf, 1925 - 1933
Stellvertreter: Dr. Honigsheim, Köln
84) V, h 38/39
85) Vorsitzender Dr. Gebhardt, Frankfurt/Main, gestorben 1934
86) s. Jahrbücher des Frankfurter Bundes für Volksbildung, 1919 bis 33
s. Mitgliederverzeichnis und Unterrichtspläne der Volkshochschule Höchst (V, h 38)
87) s. vgl. 80)
88) s. Mitgliederverzeichnis und Unterrichtspläne der VHS Wiesbaden ebd.
89) ebd. Die lebendige Stadt 1, 1930, Nr. 6
90) V, h 39, Bericht der Dr. Pfungststiftung
91) V, h 17 Berichte und Pläne s. Mitgliederverzeichnis
92) Jahrbücher, Geschäftsberichte und Semesterverzeichnisse 1919 bis 33
Vorsitzender des Bundes war Dr. A. Waas
93) Unveröffentlichter Brief an den Reichsverband vom 14. 12. 1929 V, h 38
94) Alfred Mann, Volkshochschulen...a.a.O.XIII
95) Pfälzische Theater-und Volksbildungsblätter, Festschrift zum 10-jährigen Bestehen des Pfälzischen Verbandes:V,m12
96) Antrag an den Reichsverband: V, h 39
97) V, m 12
98) Der Pfälzische Verband für freie Volksbildung in seinem Anfange
1. Geschäftsbericht von Dr. Hermann Fitz, Neustadt a.H. 1921 S. 14
99) ebd. S. 5 und Satzung V, m 12
100) Satzungsinhalt § 2
101) Frei in diesem Zusammenhange hat weder eine politische noch religiöse Bedeutung: vielmehr nennt sich die erstrebte Volksbildung frei zur Unterscheidung von der auf Zwang beruhenden staatlichen Volksbildung in Volks-und Fortbildungsschulen; nebenbei wird mit frei bekundet, daß die Volksbildung frei bleiben soll von partei-, wirtschaftspolitischer, konfessioneller und sonstiger einseitiger Beeinflussung, frei auch von jedem Vorurteil.

Volk in der Zusammensetzung mit Bildung bedeutet nicht wie früher die große ungebildete Menge in Stadt und Land, über die sich die besseren Stände, die sogenannten Gebildeten erheben. Zum Volk gehören alle Volksgenossen und an alle wendet sich auch die Volksbildung: Jeder, gleichgültig, welchem Stande er angehört, kann und soll bis an sein Lebensende an einer Steigerung und Vertiefung seiner Bildung arbeiten.
(Entnommen von Bezirksamtmann Dr. Fitz aus dem Pfälzischen Heimatkalender 1922 unter dem Thema: Was will der Pfälzische Verband für freie Volksbildung?)

102) VOLKSHOCHSCHULE KAISERSLAUTERN
Vermittlungsstelle für Vorträge und künstlerische Veranstaltungen des Pfälzischen Verbandes für freie Volksbildung

Kaiserslautern, den 12.März 1931
Stadthaus-Ost, Zimmer 24

Herrn
Dr. Mockrauer, Direktor der Volkshochschule

D r e s d e n - A 1

Sehr geehrter Herr Dr. Mockrauer!
Auf Ihre Anfrage vom 10. d.M. habe ich Ihnen folgendes zu erwidern:
1. Verhältnis der Volkshochschule Kaiserslautern zum Pfälz. Verband für freie Volksbildung: Ich halte es für ausgeschlossen, daß der Pfälz. Verband für freie Volksbildung die Volkshochschule im Reichsverband vertreten kann und soll. Die Volkshochschule Kaiserslautern gehört dem Pfälz. Verband für freie Volksbildung seit Gründung desselben an, weil sie zugleich Vermittlungsstelle des Pfälz. Verbandes für Vorträge und künstlerische Veranstaltungen für seine Ortsgruppen ist. Der Pfälz. Verband ist als Kreisverband wieder dem Landesverband für freie Volksbildung in Bayern angeschlossen. Das Verhältnis zum Pfälz. Verband und zum Bayer. Landesverband ist also genau dasselbe, wie das der Volkshochschule Nürnberg zum Mittelfränkischen Kreisverband und zum Bayer. Landesverband, wie auch das Verhältnis aller anderen bayer. Volkshochschulen zu ihrem Kreis-und Landesverband. Seitdem der bayerische Landesverband, unter dem Vorsitz des Herrn Prof. Dr. Bremner gegründet ist, gehört die Volkshochschule Kaiserslautern diesem Landesverband genau in dem gleichen Verhältnis an, wie auch Nürnberg, München und die übrigen bayerischen Volkshochschulen. Dieser bayerische Landesverband ist ja gerade deswegen ins Leben gerufen worden, weil die Volkshochschulen innerhalb der Kreis-und Landesverbände für freie Volksbildung mit der Vertretung ihrer Interessen zu kurz gekommen sind und nun ihre besonderen Interessen durch diesen Landesverband der Volkshochschulen, bezw. durch den

Reichsverband besser vertreten sehen wollen. Die Vertretung der Volkshochschule Kaiserslautern als solche im Reichsverband deutscher Volkshochschulen kommt seit Gründung des Bayer. Landesverbandes der Volkshochschulen einzig und allein diesem selbst zu.

2. Bis zur Gründung des Bayer. Landesverbandes der Volkshochschulen waren wir damit einverstanden, daß die Volkshochschule Kaiserslautern wiederum als solche im Reichsverband durch den Landesverband der Volkshochschulen im Rhein-Mainischen Verband vertreten wurde. Mit dem Rhein-Mainischen Verband steht übrigens auch der Pfälz. Verb. für freie Volksbildung in einer Art Arbeitsgemeinschaft.
Ich kann nicht einsehen, daß man sich darum streiten kann, welchem "Landesverband der Volkshochschulen"die Volkshochschule Kaiserslautern angehören soll, da sie zu den übrigen Volksbildungsverbänden organisatorisch im gleichen Verhältnis steht wie die übrigen bayrischen Volkshochschulen auch. Wenn nun doch die Volksbildungsverbände, wie z.B. der Pfälz. Verb. für freie Volksbildung die Vertretung unserer Volkshochschule auch im Reichsverband beanspruchen wollten, so könnte ich nicht einsehen, warum dann überhaupt besondere Verbände für Volkshochschulen noch notwendig gewesen wären.
Ich möchte also nochmals ganz eindeutig hervorheben, daß die Volkshochschule Kaiserslautern bei Gründung des Bayer. Landesverbandes der deutschen Volkshochschulen sich diesem angeschlossen hat zwecks Vertretung ihrer Interessen im Reichsverband deutscher Volkshochschulen.

Mit vorzüglicher Hochachtung grüßt Sie Ihr sehr ergebener

gez. L. Wagner, Leiter der Volkshochschule

103) Henningsen, Jürgen, Hohenrodter Bund, S. 13-22
Erdberg,Robert von, 50 Jahre...
Volksbildungsarchiv, 4. Jg. 1916
104) Erdberg, 50 Jahre...
105) Naumann, Paul: Freies Volksbildungswesen...a.a.O.S.8 f.
106) Gründungsprotokoll des Reichsverbandes, Bericht Dr. Buchwald: V, b 1
107) ebd.
108) Henningsen, Hohenrodt... S. 15 f.
109) ebd. S. 16 f.
110) ebd. S. 17 f.
111) ebd. S. 18 f.
112) Henningsen, Neue Richtung... S. 162-169
113) Henningsen, Hohenrodt S. 20
114) V, e 3-4, Das Archiv gab 1932:"Nachrichten des Archivs für freie Volksbildung im Reichsministerium des Innern", heraus, die nur bis zur Auflösung erschienen
115) Freie Volksbildung, 2, 1927, S. 267
116) Der Reichsverband wurde am 1. Mai 1927 gegründet

III. Kapitel: Geschichte und Organisation des Reichsverbandes der deutschen Volkshochschulen

Die Reichsverfassung[1] vom 11. August 1919 widmete ihren zweiten Hauptteil den Grundrechten und Grundpflichten der Deutschen. Der Abschnitt über Bildung und Schule enthielt den Artikel 148: "In allen Schulen ist sittliche Bildung, staatsbürgerliche Gesinnung, persönliche und berufliche Tüchtigkeit im Geiste des deutschen Volkstums und der Völkerversöhnung zu erstreben. Beim Unterricht in öffentlichen Schulen ist Bedacht zu nehmen, daß die Empfindungen Andersdenkender nicht verletzt werden. Staatsbürgerkunde und Arbeitsunterricht sind Lehrfächer der Schulen. Jeder Schüler erhält bei Beendigung der Schulpflicht einen Abdruck der Verfassung. Das Volksbildungswesen, einschließlich der Volkshochschulen, soll von Reich, Ländern und Gemeinden gefördert werden."[2] Neben der starken Betonung der staatsbürgerlichen Bildung wurde hier Reich, Ländern und Gemeinden die Pflicht auferlegt, das Volksbildungswesen zu fördern. Das Reich beteiligte sich an der Gründung wichtiger Volkshochschulheime, besonders der Grenzlandvolkshochschulen. Länder und Gemeinden gaben Volksbildungsverbänden, Volkshochschulen und Volksbüchereien Zuschüsse und Stipendien für bedürftige Volkshochschüler.[3] Die Frage, was neben dem Schulwesen für die Bildung des Volkes getan werden sollte, war bisher nicht Gegenstand gesetzlicher, zumal verfassungsmäßiger Regelung gewesen. Erst die besonderen Bedingungen, unter denen die Weimarer Verfassung entstand, gaben Anlaß hierzu. Schon der Regierungsentwurf (Artikel 31 Abs.3)[4] sprach von der Bildung nicht nur der Jugend, sondern des "ganzen Volkes", und ihm folgend, berührten fast alle Formulierungen der Schulbestimmungen, die im Verfassungsausschuß in erster Lesung auftraten, dieses Problem.[5] Die Förderung des Volksbildungswesens durch die öffentlichen Körperschaften, die der so zustandegekommene Artikel 148 Abs. 4 verlangte, war eine der neuen sozialpädagogischen Forderungen. Volksbildungswesen im Sinne des Artikels schloß die Institutionen ein, die im Gegensatz zu denen des Schulwesens standen. Der Gegensatz bestand grundsätzlich nicht in der Altersstufe der zu Bildenden, obwohl der Wortlaut des Artikels 143 Abs. 1 (Bildung der Jugend)

das nahelegte. In der Praxis fielen Volksbildung und Erwachsenenbildung zusammen. Entscheidend war das Bildungsziel. Einrichtungen,die der Erwachsenenbildung dienten, waren Schulen, wenn sie Schulbildung im engeren Sinne und Schulberechtigungen erstrebten und sich demgemäß in ihrer Organisation den Schulen irgendwelcher Art anpaßten; wenn sie das nicht taten, aber Bildungsarbeit betrieben, konnten sie rechtlich als Bestandteil des Volksbildungswesens in dem besonderen Sinne des Artikels 148 Abs. 4 gelten. Die als Einrichtungen des Volksbildungswesens dort beispielsweise besonders genannten Volkshochschulen waren Einrichtungen, die Volksbildung vorwiegend in Form hochschulähnlicher Vorlesungen vermittelten. Sie wurden in den folgenden Jahren in vielen Fällen beibehalten, daneben gab es auch die Form der Arbeitsgemeinschaft. Die Verfassung verlangte die Förderung des Volksbildungswesens durch Reich, Länder und Gemeinden. Zur Förderung gehörten Maßnahmen aller Art, vor allem die geldliche Unterstützung aus öffentlichen Mitteln, aber auch die Bereitstellung von Dienstgebäuden, Beurlaubung von Beamten, Gewährung steuerlicher Erleichterungen usw.[6] Besondere Abteilungen für die Volksbildung wurden beim Reichsministerium des Innern und den Länderministerien eingerichtet. Die grundsätzliche Anerkennung des Volksbildungswesens war damit in der Öffentlichkeit allgemein gewährleistet.[7] Der Volksbildung kam, wie in den Schulen, die Pflicht zu, die staatsbürgerliche Bildung zu pflegen. Tatsächlich wurde sie auch in allen Volksbildungseinrichtungen besonders berücksichtigt.[8] Die Mittel des Innenministeriums[9] sollten nur dann Volkshochschulvereinigungen zufließen, wenn sie eine Spitzenorganisation bildeten, wie die sozialistischen und konfessionellen Bildungsverbände. Nach dem "seligen Entschlafen"[10] des in Frankfurt gegründeten "Deutschen Bundes für Volksbildung" mußte eine Spitzenorganisation geschaffen werden, welche die neutrale Volksbildungsarbeit vertrat,die sonst hoffnungslos [11] zu kurz gekommen wäre. Diese Organisation sollte hauptsächlich im Interesse der Heime - gedacht war an Comburg [12], Dreißigacker [13] und Sachsenburg [14] - gegründet werden. Der geplante Reichsverband sollte in keiner Weise mit dem Hohenrodter Freundschaftsbund, der ja keine"Organisation"

war und nicht sein wollte, kollidieren. Die gesamten für das "neutrale" Volksbildungswesen in Frage kommenden Geldmittel sollten dann dem neuen Reichsverband überwiesen und von diesem an die ihm unterstellten Landes-und Landschaftsverbände verteilt werden. Die "neutrale" Volksbildungsarbeit brauchte Schutz und materielle Förderung, sollte sie nicht zwischen den Weltanschauungsverbänden zerrieben werden. Gedankenträger der Idee der Schaffung eines Reichsverbandes war zuerst die Volkshochschule Thüringen mit Oberregierungsrat Dr. Reinhard Buchwald an der Spitze und die von Staatssekretär Dr. Külz[15] geförderte Volkshochschule Sachsen[16], unter Leitung von Dr. Mockrauer. Dr. Buchwald schrieb am 12. 2. 1962 an den Verfasser:

"Über den äußeren Anlaß der Gründung des Reichsverbandes zuerst ein Wort zur Kenntnis: Bei einer Tagung der Kerschensteinerschen pädagogischen Kongresse kam ich durch einen Zufall neben den Staatssekretär im Reichsinnenministerium Heinrich Schulz zu sitzen, und dieser erzählte mir: im nächsten Etat werde er auch einen Posten für die Volksbildungsarbeit einsetzen und er wolle die Summe der Einfachheit wegen in vier gleiche Teile teilen: für die katholische, die protestantische, die sozialistische Arbeit an deren Verbände, und was außerdem bestehe, die sogenannte neutrale oder wie er sich ausdrückte, liberale Bildung, dafür sollte die Gesellschaft für Verbreitung von Volksbildung als Empfänger gelten. Ich habe ihm erwidert: das sei kaum richtig, denn es sei ein Reichsverband der freien Volkshochschulen in der Bildung begriffen, der dies Recht beanspruche, und ich bäte ihn, darüber weiteres abzuwarten. Diese Idee samt dem Namen hatte ich sozusagen "blitzartig" gefaßt, da mir Gefahr im Verzug erschien. Es gab weder den Plan noch den Verband, und ich habe ihn erst durch viele Briefe in den nächsten Wochen auf die Beine gestellt, bis er dann in einer Zusammenkunft in Meiningen offiziell ins Leben trat. Sie sehen, worum es ursprünglich ging: Um eine Repräsentation der nicht gebundenen Volkshochschulen gegenüber dem Reich und den Ländern sowie - und zwar erst in der Folge - vor der Öffentlichkeit. Will man auch von einem inneren Anlaß sprechen, so ist er im Gegensatz gegen die Erdbergsche Kulturpolitik zu suchen, der ausdrücklich erklärt hatte: Sein preußisches Referat sei dazu da, daß erst einmal alles, was er ablehnen müsse, zugrunde gehe, damit dann entstehen könne, was seinen Ideen und Erkenntnissen, was der neuen Richtung gemäß sei. Um diesen Gegensatz zu verdeutlichen, versuche ich Ihre Frage nach der "Gesinnung" des Reichsverbandes zu beantworten. Diese ist jedoch nie paragraphiert worden. Trotzdem glaube ich, daß ich mit meinen Freunden, namentlich mit Mann, aber auch mit Mockrauer darin einig war. Also 1. wir wollen eine unbedingte Freiheit der Entfaltung (im Gegensatz zur primären Erarbeitung und Geltung einer Theorie).... 2. Anstelle der gewohnten Geschichte der Pädagogik, die nichts zu sein pflegt als eine Abfolge von Systemen, habe ich eine Geschichte des wirk-

lichen Erziehens zu setzen versucht.... 3. Dringlich schien uns eine Weiterentwicklung des Begriffes der Neutralität als eine Polyphonie und als Glaube an die Fruchtbarkeit der Berührungen und des Gesprächs.... 4. Dazu kam die Idee des Volkes...."
Der Württembergische Verein für Volksbildung[18] sollte ebenfalls für die Mitarbeit im Reichsverband gewonnen werden. "Sie haben mir als Weihnachts-und Neujahrsüberraschung den Entwurf für den Reichsverband der deutschen Volkshochschulen übersandt. So, wie die Dinge heute liegen, bin ich auch der Meinung, daß wir eine solche Zusammenfassung wohl oder übel brauchen, wenn wir nicht gegenüber den Weltanschauungsverbänden und Parteigruppen zu kurz kommen wollen. An sich ist es ja schändlich, daß man eine solche Spitzenorganisation braucht, um eine Unterstützung vom Reichsministerium des Innern zu erhalten. Dieses "Spitzenwesen" hat sich, soweit ich es beurteilen kann, heute schon zu einem Skandal ersten Ranges entwickelt, und ein großer Teil des Länderpartikularismus ist wohl auf diesen Unfug zurückzuführen. Sie wissen ja, daß ich selbst nicht nur kein Partikularist, sondern ein ausgesprochener Gegner des heutigen Länderwesens in Deutschland bin. Aber diese mechanischen Zentralisierungsbestrebungen vor allem auf kulturellem Gebiet kann ich nicht ausstehen.... Aber wir müssen halt mit den Wölfen heulen, und also sind wir grundsätzlich mit Ihrem Vorschlag einverstanden, umsomehr, da nach Ihrem Satzungsentwurf eine Kollision mit dem Hohenrodter Bund nicht in Frage kommt..."[19]
Diese Zeilen schrieb Theodor Bäuerle[20] am 17. 1. 1927 an Franz Mockrauer.[21] Nach einigen schwierigen Verhandlungen über Satzungsfragen[22] trafen sich die Vertreter von 14 Landes-und Landschaftsverbänden am 30. April und 1. Mai 1927 in Meiningen und gründeten den R e i c h s v e r b a n d d e r d e u t s c h e n V o l k s h o c h s c h u l e n .[23] Primäres Ziel dieses Verbandes war es, "die deutschen Volkshochschulen, die in ihrer Arbeit konfessionell und parteipolitisch nicht gebunden sind, zusammenzufassen, der Öffentlichkeit und den Behörden, namentlich aber dem Reich gegenüber zu vertreten und dafür die sachlichen Unterlagen bereitzustellen."[24]

Das deutsche Volksbildungswesen hatte die schwere Zeit der Inflation durchgemacht. Durch das Reichsfinanzausgleichsgesetz[25] wurden Hilfsmaßnahmen ergriffen. Dieses Gesetz bestimmte, daß die verfügbaren Mittel für die Unterstützung der Erwachsenenbildung

den Ländern und den bestehenden Reichsspitzenverbänden zur Verfügung standen. Zu den Spitzenverbänden gehörten drei weltanschaulich und politisch gebundene Verbände[26], ein katholischer, ein protestantischer und ein sozialistischer[27] Verband, und ein neutraler Verband, die extensiv arbeitende "Gesellschaft für Volksbildung".[28] Das neutrale Volksbildungswesen bedurfte also, soweit es nicht der o.g. Gesellschaft angehören wollte, einer Zusammenfassung und einer Vertretung beim Reich. Auf der Gründungsversammlung des Reichsverbandes wurden Fragen der Beziehung zur Reichsregierung, wurde über das Verhältnis zur weltanschaulich und politisch gebundenen Volksbildungsarbeit und über die Stellung der Landes-und Landschaftsverbände zu ihren Landesregierungen diskutiert. Die Aussprache über den Satzungsentwurf führte zur Annahme der Satzung[29] und damit auch zur Wahl des Vorstandes.[30] Die geistige Haltung des Reichsverbandes der deutschen Volkshochschulen sowie die Geschäftsgebahrung sollten wesentlich durch den Vorstand garantiert werden. Daher war die Zusammensetzung des Vorstandes wichtig.[31]

1) Gewählt wurde in Meiningen am 1. 5. 1927

Vorsitzender: Regierungsrat Dr. Buchwald, Jena, Geschäftsführer der Volkshochschule Thüringen

stellv. Vorsitzender: Volkshochschuldirektor Dr. Heinrichs, Düsseldorf

Schatzmeister: Volkshochschulleiter Dr. Mockrauer, Dresden und vier Vertreter der Verbände: Provinz Sachsen, Württemberg, Bayern und Schlesien.[32]

2) Gewählt in Dresden, Pfingsten 1928

Vorsitzender: Regierungsrat Dr. Buchwald, Jena

stellv. Vors.: Volkshochschuldirektor Dr. Mann, Breslau

Schatzmeister: Prof. Dr. Pfleiderer, Stuttgart und vier Vertreter der Verbände: Braunschweig, Berlin, Rheinland und Freistaat Sachsen.[33]

3) Gewählt in Jena, April 1929

Vorsitzender: Regierungsrat Dr. Buchwald, Jena (ungefähr Mitte des Jahres 1929 bereits völlig vertreten vom stellvertretenden Vorsitzenden)

stellv. Vors.: Volkshochschuldirektor Dr. Mann, Breslau

Schatzmeister: Prof. Dr. Pfleiderer, Stuttgart und vier Vertreter der Verbände: Bayern, Freistaat Sachsen, Rheinland und Braunschweig.[34]

4) Gewählt in Dresden, Pfingsten 1930

Ehrenmitglied des Vorstandes: Dr. Buchwald

Vorsitzender: Volkshochschuldirektor Dr. Mann, Breslau

stellv.Vors.: Dr. Mockrauer, Dresden

Schatzmeister: Prof. Dr. Pfleiderer, Stuttgart
und vier Vertreter der Verbände: Thüringen, Bayern, Hamburg und Rhein-Main-Verband[35]

5) Gewählt in Weimar, Pfingsten 1931

(Ehrenmitglied war für immer bestimmt und blieb also ohne neue Wahl)

Vorsitzender: Dr. A. Mann, Breslau

Stellv.Vors.: Dr. Mockrauer, Dresden

Schatzmeister: Prof. Dr. Pfleiderer, Stuttgart
und vier Vertreter der Verbände: Bayern, Ostpreußen, Hamburg, Thüringen.[36]

Diese letzte Wahl wurde im Jahre 1932 von den Mitgliedern schriftlich bestätigt, da aus finanziellen Gründen in diesem Notjahr von einer Mitgliederversammlung abgesehen werden mußte.[37]

In Übereinstimmung mit dem Reichsministerium des Innern wurde der Reichsverband der deutschen Volkshochschulen nicht gleichgeschaltet, sondern ordnungs-und satzungsgemäß am 11. 11. 1933 aufgelöst.[38] Mit dem politischen Umschwung änderte sich das Bild natürlich allenthalben. Der totale Anspruch von Partei und Staat machte selbstverständlich auf dem Gebiet der Volksbildung nicht halt. Die Landesverbände,[39] außer Thüringen,[40] lösten sich sämtlich auf.[41] Die einzelnen Volkshochschulen lösten sich ebenfalls auf bzw. sie wurden aufgelöst oder entsprechend umgeformt. In den Heimen, in denen schon einige Zeit vorher der "Freiwillige Arbeitsdienst (FAD)"[42] durchgeführt worden war, entwickelte sich der "Pflicht"-Arbeitsdienst.[43] Außerdem wurden die Heime zu staatspolitischer und parteilicher Schulung verwandt, nachdem die bisherigen Leiter und Lehrer im wesentlichen entfernt worden waren.[44]

Im Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht[45] in Berlin wurde zunächst eine "Hauptstelle für Volkshochschulen" errichtet, an die der Reichsverband der deutschen Volkshochschulen nach der Liquidation sein Vermögen abführte. Der letz-

te Vorsitzende des Reichsverbandes, Dr. Alfred Mann, und das dazu von ihm berufene Vorstandsmitglied, Studienrat E. Schmidt, Königsberg, vollzogen die Auflösung des Verbandes. Die Hauptstelle wurde dann eingezogen und ihre Aufgaben wurden vom"Deutschen Bildungswerk"[46] übernommen, das im August 1934 Ausführungsbestimmungen erließ, die vom damaligen Reichsschulungsleiter der NSDAP und der DAF, Otto Gohde, unterzeichnet waren. Die im Volksbildungswerk zusammengeschlossenen Volkshochschulen hießen dann Volksbildungsstätten, die nach einer Meldung der "Freien Zeitung" vom 8.8. 1936[47] für das Wintersemester 1935/36 300 Stätten mit 28 341 Veranstaltungen und 5 039 430 Personen zählten.[48] Die systematische Eingliederung in das nationalsozialistische Staatsgefüge wurde vom Reichsorganisationsleiter Dr. Ley auf der Schulungstagung auf Burg Vogelsang am 24. und 25. April 1937 vollzogen[49], als er über den Ausbau des Schulungswesens in Ausrichtung auf den Vierjahresplan wie folgt erklärte: "An der Spitze der Erziehungsarbeit steht danach die zu gründende Akademie, die oberste Instanz der Parteischulung, die von Reichsleiter Rosenberg geführt wird. In dieser einzigartigen Schulungsstätte am Chiemsee wird die gesamte Lehrerschaft der nationalsozialistischen Weltanschauung in jährlichen Kursen von vier bis sechs Wochen ausgebildet. Daneben stehen drei Ordensburgen und die Adolf-Hitler-Schulen für die nationalsozialistische Jugend. Als viertes Glied gesellen sich die Gauschulen dazu. Die Führerschaft, die aus den Ordensburgen herausmarschiert, wird jährlich dort noch einmal in einem Zeitraum von vier bis sechs Wochen vereinigt sein,und etwa alle vier bis fünf Jahre wird jeder hohe politische Führer noch einmal durch diese "Schmiede unseres Glaubens" hindurchgehen. Für die Erziehungsarbeit in den Kreisen, die als Wochenendschulen durchgeführt wird, wird jeder Kreis seine Kreisschule erhalten, in der die Amtsträger der Ortsgruppen auf ihre Aufgaben ausgerichtet werden. Von überaus großer Bedeutung ist die Massenschulung, die sich in Abendkursen vollziehen wird. Die Schulung in den Organisationen und angeschlossenen Verbänden der Partei wird sich nicht mit den rein weltanschaulichen Gebieten befassen, sondern stellt eine weltanschaulich ausgerichtete Fachschulung dar."[50] Das war schließlich das Ende

einer freien Volksbildung, der jeglicher Boden entzogen war.[51]

Im deutschen Volksbildungswesen standen neben den Volkshochschulen und Volksbüchereien, die ihre Erziehungsaufgabe auf Grund einer bestimmten konfessionellen oder politischen Einstellung ausführten, die im allgemeinen sich als neutral bezeichneten Einrichtungen und Organisationen. Die Volksbildungseinrichtungen der "gebundenen" Seite waren in drei großen Reichsverbänden zusammengefaßt: einem katholischen, [52] einem protestantischen [53] und einem sozialistischen.[54] Auf neutraler Seite stand diesen Verbänden bisher nur die"Gesellschaft für Volksbildung"[55] gegenüber, die seit den siebziger Jahren sich namentlich in der Vermittlung von Vortragenden, der Entsendung von Wanderrednern, der Verleihung von Lichtbildern und der Versendung von Wanderbibliotheken "extensiv" betätigt hatte. Der wesentlichste und wichtigste Teil der neutralen Volksbildungsarbeit, die intensiv arbeitenden Volkshochschulen, die seit dem Jahre 1919 entstanden waren, hatten sich ausnahmslos außerhalb der "Gesellschaft für Volksbildung" entwickelte. Ein Zusammenschluß dieser Volkshochschulen hatte sich zunächst auf regionaler Basis vollzogen, so daß eine ansehnliche Zahl von Verbänden entstand, die teilweise als Landesverbände die Volkshochschulen eines einzelnen deutschen Landes umfaßten, teilweise als Landschaftsverbände über die politischen Landesgrenzen hinausgingen.

Zweifellos hatte das Gründungsfieber des Jahres 1919 zahlreiche Volkshochschulen hervorgerufen, die sich als lebensunfähig erwiesen. Unter den ungünstigsten Verhältnissen, oft in größter finanzieller Not, mitten in einer Zeit "aufgepeitschter politischer Leidenschaften", [56] hatten die Volkshochschulen in den Jahren seit Kriegsende ihre Arbeit leisten und ihre innere pädagogische Form finden müssen. Dabei hatte sich gezeigt, daß ihre "Neutralität"[57] bei der Mehrzahl der städtischen Arbeiterbevölkerung eine unerläßliche Voraussetzung für das Gedeihen der Volkshochschule war. "Ein konfessionell und politisch gegliedertes Volkshochschulwesen würde die Zersplitterung des Volkes nur noch verstärken."[58] Nur in einer Schule, wo der Mensch in streng sachlicher Aussprache mit Andersdenkenden um eine eigene Stellungnahme zu den dringenden Fragen der Gegenwart sich bemühte, war die Möglichkeit gegeben, daß Unabhängigkeit vom Schlagwort,

selbstverantwortliches Denken und Urteilen und Achtung vor fremden, andersartigen Überzeugungen gediehen, und daß der Boden für eine Pflege echter Gemütswerte bereitet wurde.[59] Die überwiegende Mehrzahl der städtischen Volkshochschulen bekannte sich zu solch einer Neutralität; aber auch in Landesbezirken, beispielsweise in denen von Braunschweig, Schlesien und Thüringen [60] gewann die neutrale Arbeit, wie sich später herausstellte, mehr und mehr an Raum. Wenn sich diese Volkshochschulen im Jahre 1927 zu einem Reichsverband zusammenschlossen, so handelte es sich nicht um eine Neugründung, die ihre Existenzberechtigung erst zu beweisen hatte. Es war nicht so, daß sich hier "eine Zentralstelle[61] auftat, die nun erst für lebensfähige Gebilde in den einzelnen Teilen des Reiches zu sorgen hatte. Im Gegenteil: nicht nur die einzelnen Volkshochschulen, sondern auch ihre Landesverbände hatten sich in langjähriger Arbeit als lebensfähig und, was mehr bedeutete, als lebensnotwendig erwiesen. Ihr Zusammenschluß war nur der Schlußstein der bisherigen Entwicklung. Er war aus einer doppelten Notwendigkeit heraus erfolgt: Einerseits war es ein nicht länger tragbarer Zustand, daß beim Reichsministerium des Innern vier Organisationen als Spitzenverbände des deutschen Volksbildungswesens anerkannt waren, aber die neutralen Volkshochschulen mit ihrer intensiven Arbeit fehlten. Andererseits gab es eine Anzahl von Aufgaben, die weder von den einzelnen Volkshochschulen noch von den Landesverbänden allein auf die Dauer durchgeführt werden konnte. Die Unterstützung des Reiches für das im Reichsverband zusammengeschlossene neutrale Volksbildungswesen mußte also beantragt werden. Der Vorsitzende des Reichsverbandes formulierte diese Anträge wie folgt:[62]

1) Der Herr Minister wolle für unseren Verband die Anerkennung als Spitzenverband der deutschen Volkshochschulen aussprechen[63] und ihn dementsprechend bei allen wichtigeren Entscheidungen als Vertreter der neutralen Auffassung gutachtlich hören und zur Vertretung bei der Berufung von Reichsausschüssen, wie z. B. den Prüfstellen für die Bekämpfung der Schmutz-und Schundliteratur, heranziehen.[64]
2) Der Herr Reichsminister des Innern wolle unserem Verband aus Reichsmitteln einen Zuschuß zur Verfügung stellen, und zwar glauben wir, daß dabei nicht nur die, wie wir wissen, be-

schränkten Mittel in Betracht kommen, die unmittelbar für die Förderung der Erwachsenenbildung vorgesehen sind, sondern insbesondere auch die Mittel, die zur Förderung der auf sittliche Hebung des Volkes, insbesondere der Jugend, gerichteten Bestrebungen ausgeworfen sind. In Anbetracht der großen Notlage, in der sich unsere Volkshochschulheime befinden, und in Anbetracht der Tatsache, daß die durchzuführenden statistischen Arbeiten auch im Interesse des Reiches eine sehr gründliche Fundierung gebrauchen, beantragen wir, uns einen Betrag von M. 40 000.- für das Jahr 1927 zu bewilligen. Nähere Unterlagen über die vorhandenen Notstände, die einer raschen Abhilfe bedürfen, sind wir gern bereit beizubringen. [65]

Ausdrücklich muß hervorgehoben werden, daß der Verband, wenn er sich an das Reich mit der Bitte um Unterstützung wandte, nicht daran dachte, etwa Mittel an einzelne Verbände der Volkshochschulen zu verteilen. Es wurde betont, daß die Mittel für eine Aufbauarbeit durch eine Umlage innerhalb des Verbandes aufgebracht werden sollten. Es wurde strengstens dafür gesorgt, daß nur solche Projekte unterstützt wurden, für deren Erhaltung ein gemeinsames Interesse vorlag. Es galt dies in erster Linie von den Volkshochschulheimen, soweit diese neutral im angegebenen Sinne waren und durch ihre Arbeit und die Dauer der Kurse den Namen Volkshochschulheim verdienten. Diese Heime wurden von Schülern aus ganz Deutschland besucht, und gerade diese Lebensgemeinschaft junger Menschen gewährleistete sowohl den unterrichtlichen Wert einer mit vielerlei Lebenserfahrung gespeisten "Arbeitsgemeinschaft", [66] als auch die erzieherische Wirkung eines Gemeinschaftslebens, das ein Abbild des Volksganzen im kleinen darstellte.

Daneben bedurften die Durchführung wichtiger pädagogischer Versuche und die gegenseitige Bekanntmachung, die Sammlung und gegenseitige Mitteilung aller wichtigen Nachrichten dringend einer Koordinierung, soweit diese über die Pläne und Möglichkeiten des Archivs für Volksbildung beim Reichsministerium des Innern [67] hinausgingen, mit dem eine weitgehende Ergänzung notwendig war. Eine abschließende und ins einzelne gehende statistische Erfassung [68] wurde als dringende Aufgabe des Reichsverbandes angese-

hen, da das Archiv für Volksbildung diese Aufgabe nicht durchführte.

Der innere Aufbau des Reichsverbandes der deutschen Volkshochschulen war hauptsächlich aus den Satzungen[69] zu ersehen. § 1 bestimmte den Namen. Der Verband führte den Namen "Reichsverband der deutschen Volkshochschulen" und hatte seinen Sitz in Jena. Er war in das Vereinsregister eingetragen. Der Verband bemühte sich, möglichst alle zu sammeln und eine wirklich große Zahl von Volkshochschulen in sich zu vereinigen.[70] Darum nannte er sich Reichsverband der deutschen Volkshochschulen und nicht Reichsverband der freien Volkshochschulen, was zu Mißdeutungen gegenüber der Gesellschaft für Volksbildung hätte führen können.[71] Die allgemeine Formulierung "Reichsverband der deutschen Volkshochschulen" war nach Ansicht der Gründungsversammlung für jede Volkshochschule verständlich, ob sie parteipolitisch oder konfessionell ausgerichtet war. "Es wird sehr schwer sein, anstelle des 'nicht parteipolitisch oder konfessionell gebunden' einen eindeutigen Ausdruck zu setzen. Am besten wäre es wohl, den Wortlaut so zu lassen und ihn in den Erläuterungen bzw. in der Arbeitsanordnung des Verbandes genau zu umschreiben."[72]

Der Zweck des Reichsverbandes der deutschen Volkshochschulen war, "die Arbeit der ihm angeschlossenen Verbände und Volkshochschulen zu fördern, die gemeinsamen Interessen der unter § 3 [73] näher bezeichneten Volkshochschulen vor der Öffentlichkeit und bei den Behörden, insbesondere bei den Reichsbehörden zu vertreten und die sachlichen Unterlagen für diese Aufgabe bereitzustellen."[74]

Unter § 3 können Mitglieder werden:

1) Landschafts-und Landesverbände der nicht parteipolitisch und konfessionell gebundenen Volkshochschulen (Abendvolkshochschulen[75] und Heime[76]) auf deutschem Reichsgebiet.
2) diejenigen Einzelvolkshochschulen derselben Art, in deren Gebiet ein dem Reichsverband angeschlossener Landschafts-oder Landesverband nicht besteht;

3) solche Landschafts-und Landesverbände, welche noch andere Gebiete der freien Volksbildung, wie z.B. Volksbücherei und Theater pflegen, jedoch nur für denjenigen Teil ihrer Tätigkeit, der sich auf die Volkshochschule bezieht. Es können nur solche Landschafts-und Landesverbände und einzelne Volkshochschulen aufgenommen werden, die nicht bereits einem anderen Reichsverband angehören, der Volksbildungszwecke verfolgt und durch den sie beim Reich vertreten werden oder vertreten werden können.

Einzelpersonen können nicht Mitglieder werden.

Die pädagogischen Interessen, die vorerst in dieser Gründungsversammlung zurückgestellt wurden und anderen Einrichtungen [78] überlassen werden sollten, gewannen im Laufe der Jahre eine größere Bedeutung und wurden 1932 auf der Volkshochschulpraktikertagung auf Burg Lauenstein intensiviert.[79]

Zur Organisation wurde im Protokoll der Gründungsversammlung folgendes herausgehoben:[80]

1) Das regionale Prinzip ist dem Reich gegenüber wirksamer als der Zusammenschluß nach Interessengruppen.
2) Es gilt praktisch zu denken, den materiellen Zweck des Verbandes zu unterstreichen, die pädagogischen Interessen vorerst zurückzustellen.
3) Die Reichsmittel sollen nicht den einzelnen Landesverbänden zugewiesen werden, sondern für Zwecke Verwendung finden, die über die Zwecke der einzelnen Landesverbände hinausgehen. (reichswichtige Aufgaben, Heime).[81]

Der Kampf für ein freies, autonomes Volksbildungswesen war ein gemeinsames Interesse. Die Landschaftsverbände waren einheitliche Gebilde, deren Tätigkeit von der Dorfarbeit bis zum Volkshochschulheim reichte. Weiter bot der Reichsverband die Möglichkeit des Zusammenschlusses der Interessengruppen (Heime, großstädtische Volkshochschulen, Landvolkshochschulen usw.[82]) Er schaffte Rückhalt für die örtlichen Auseinandersetzungen. Die Besucher der Heime und der Abendvolkshochschulen sollten sich gegenseitig kennen und verstehen lernen. Beantragt wurde ferner, daß der Vorstand wegen des Schutzes des Namens "Volkshochschule" mit dem Reichsministerium des Innern, unter Hinweis auf

Artikel 148 der Reichsverfassung Fühlung nehmen sollte. Der Vertreter Berlins im Vorstand legte besondere Bedeutung auf das Wort Volkshochschule, da, wie er betonte, "in Berlin, besonders in den Jahren 1918 bis 1919, sich alles Volkshochschule genannt habe, was da nur fleuche und kreuche. Es müsse wohl von vornherein in den Satzungen klar zum Ausdruck gebracht werden, daß nicht nur der Name Volkshochschule, den sich jeder beilegt, einen Anspruch auf Aufnahme in den Verband begründet; denn nicht alles was sich so nennt, sei eine Volkshochschule. Der Name Volkshochschule ist nicht von Wert, sondern die sachliche Tätigkeit."[83] Der Reichsverband sollte sich also klar darüber sein, welchen Inhalt das Wort "Volkshochschule" hatte. Er konnte aber "keine Definition geben."[84]

Für eine Definition mußten Kennzeichen da sein, um den Unterschied deutlich zu machen. Kennzeichen sollten bindend und im Lehrgut angegeben sein. Die von der "Sächsischen Landesstelle für freies Volksbildungswesen im Ministerium für Volksbildung" mit Zustimmung der Leiter der sächsischen Volkshochschulen herausgearbeiteten Kennzeichen der Volkshochschule wurden Grundlage für die Richtlinien der im Reichsverband zusammengefaßten Volkshochschulen.[85] Sie wurden nur wenig abgeändert und sind in der später gefaßten Form im Anhang dieser Arbeit angegeben. Laut Protokoll der Zusammenkunft der sächsischen Volkshochschulleiter am 31. Dezember 1924 wurden folgende Richtlinien festgelegt:[86]

1) Die Volkshochschule ist eine Einrichtung, die weder eine bloße Unterhaltungs-noch eine Ablenkungsstätte ist, sondern die intensive Volksbildung sich zum Ziele setzt.
2) Es müssen an ihr mit einiger Regelmäßigkeit Lehrgänge und Feiern (nicht etwa bloß Einzelvorträge und Unterhaltungsabende) stattfinden.
3) An der Spitze der Volkshochschule muß ein Leiter stehen, der entweder selbst volkshochschulpädagogischer Fachmann ist oder einen solchen als Studienleiter zur Seite hat.
4) Ihm muß ein fester Stamm von Volkshochschülern (in Form von Vertrauensleuten oder einer Volkshochschulgemeinschaft oder einem Volkshochschulverein) gegenüberstehen, gleichsam der ruhende Pol gegenüber der fluktuierenden Masse.

Ein fünftes von Prof. Dr. Hermberg - Leipzig - hervorgehobenes Merkmal sollte sein:

5) Es kann nur dort von einer Volkshochschule gesprochen werden, wo die ersten drei Kategorien der Statistik: Arbeiter, Angestellte und untere Beamte einen wesentlichen Bestandteil der Teilnehmerschaft bilden.[87)]

Die großen Volkshochschulen, z.B. Dresden und Leipzig, erkannten das 5. Merkmal an, während die klein-und mittelstädtischen Volkshochschulen erklärten, durch ihre besondere Zusammensetzung der Hörer und Schüler sei die Anerkennung dieses Merkmales für sie nicht möglich. Der Reichsverband nahm daher einen fünften Punkt, in Abänderung von Prof. Hermberg an, der folgende Fassung hatte:

5) Die Arbeit der Volkshochschule wendet sich an alle Volkskreise, muß aber darauf eingestellt sein, daß Arbeiter, Angestellte und untere Beamte einen wesentlichen Teil ihrer Teilnehmerschaft bilden.

Ein sechster Punkt in der Fassung des Reichsverbandes besagte, daß"die Mitglieder des Reichsverbandes mit einem Hauptteil ihrer Arbeit der Schulung von Volkshochschullehrern dienen müsse."[88)]

In den Richtlinien konnten nur die allergröbsten und alleräußerlichsten Merkmale der Volkshochschule hervorgehoben werden. Die Volkshochschulbewegung verstand sich als eine Bewegung von innen heraus und hätte bei einer staatlichen Reglementierung ihre innere Freiheit verlieren müssen. Die Kehrseite der Freiheit aber war eine Anmaßung des Namens Volkshochschule durch Institute, die als Volkshochschule nicht anerkannt werden konnten. Sogar betriebsame Verleger bedienten sich dieses Namens für Verlagserscheinungen. Diese Art von Werbung für die Volkshochschule geschah auf"ganz schamlose Weise"[89)] zum Teil bei der Jugend, die, durch den Namen getäuscht, darauf hereinfiel. So war es gut, daß die Richtlinien in dieser Weise gegeben worden waren.

Der Vorstand des Reichsverbandes beschäftigte sich mit der Frage, ob die Volkshochschule nicht auch Institution werden mußte. Als Korrelat dachte man an ein Volksbildungsparlament, in dem weiten Kreisen der Volkshochschulteilnehmer die

Möglichkeit einer Kontrolle und Mitbestimmung gegeben werden konnte. Das Parlament sollte eine notwendige Ergänzung zum Hohenrodter Bund sein, und das war auch umso unbedenklicher, je fester die verpflichtenden Gedanken des Hohenrodter Bundes im Bewußtsein der Hauptträger der Arbeit des Reichsverbandes verankert waren. Die Verbindung zur "Alten Richtung" wurde jedenfalls von dem größten Teil der Mitglieder geleugnet. Das Herauswachsen aus der Reformpädagogik von 1900 bis 1910 und das Erkennen, daß die sogenannte "Alte Richtung" auch falsch war im Sinne einer noch "älteren", bestimmten das Ziel der "Neuen Richtung". Irgendwie aber sollten die "Alten" doch geachtet werden und die Arbeit mitgestalten helfen. "Wir dürfen nicht verkennen, daß ein Teil unserer Arbeit und ein Teil der Träger unserer neuen Arbeit aus dem Kreise jener Alten sich herausentwickelt hat."[90] Man konnte mit Alfred Mann sagen: "Die neue Bildungsrichtung widerstreitet der alten nicht durchaus; sie muß nur alt genug sein."[91]

Auf der Gründungsversammlung standen auch Organisationsfragen zur Diskussion.[92]

Über die Organe des Verbandes kamen verschiedene Vorschäge zur Abstimmung.[93]

1) Organe des Verbandes sind Mitgliederversammlungen und Vorstand aus drei Männern, die möglichst in Mitteldeutschland zusammensitzen.
2) Mitgliederversammlungen und Vorstand aus drei Mitgliedern, möglichst in Mitteldeutschland zusammensitzend und ein weiterer Ausschuß von vier Mitgliedern für schwierigere Fragen und Mittelverteilung.
3) Mittelverteilung durch den Vorstand von drei Leuten, wenn er einig ist. Ist er das nicht, wird er ergänzt durch einen weiteren Ausschuß oder von drei Leuten, die außerhalb des Verbandes stehen.
4) Mittelverteilung direkt durch die Mitgliederversammlung.

Punkt 2 wurde mit Stimmenmehrheit angenommen.[94] Der Vorstand nannte sich jetzt geschäftsführender Vorstand. Lediglich die Geschäftsführung oblag den drei Herren des Vorstandes, alles weitere dem erweiterten Vorstand.

Kritik an der Satzung, § 3, wurde vor allem von dem Reichsminister a.D. Dr. Külz geübt. Er war maßgeblich an der Gründung des Reichsverbandes der deutschen Volkshochschulen beteiligt. Außerdem entstanden Kompetenzschwierigkeiten mit dem Vorsitzenden der Gesellschaft für Volksbildung, Dr. J. Tews. Zu dem Absatz der Aufnahme solcher Landes-und Landschaftsverbände und Volkshochschulen, die nicht bereits einem anderen Reichsverband angehörten, wurden folgende Erklärungen gegeben: Diese Bestimmung wurde von der Gründungsversammlung einstimmig zu dem Zwecke aufgenommen, daß stillschweigende Doppelvertretungen beim Reich und damit die Gefahr von Doppelbeihilfen von vornherein vermieden wurden. Es sollte gerade im Sinne der Reichsregierung und des Reichstages liegen, wenn dieser Absatz in die Satzung aufgenommen wurde. Selbstverständlich gab es eine Reihe von Verbänden, z.B. die Volksbühne, die Zentralstelle, wie auch die o.g. Gesellschaft für Volksbildung, die dem Reichsverband nicht angehörte. Die Zugehörigkeit zu ihnen konnte den Volkshochschulen und Volkshochschulverbänden, die dem Reichsverband angeschlossen waren, aus Gründen verwaltungsmäßiger Klarheit nicht gestattet werden. Irgendeine Stellungnahme zu dem Wert und der Haltung eines der anderen beim Reich vertretenen Bildungsverbände war damit in keiner Weise ausgesprochen. Auch blieb es natürlich den Einzelpersonen unbenommen, persönlich Mitglied in jedem Verbande zu sein. Da der Vorstand des Reichsverbandes auf die Beachtung dieser Satzungsbestimmung wiederholt Wert gelegt hatte, hatte sich die Volkshochschule Sachsen an diejenigen der ihr angeschlossenen Volkshochschulen, von denen ihr die Zugehörigkeit zur Gesellschaft für Volksbildung bekannt war, in dem dargelegten Sinne gewandt. Diese Maßnahme hatte nichts mit sachlichen oder persönlichen Gegensätzen zu tun. Auch die extensive Arbeit wurde als wertvolle Bildungsarbeit anerkannt. Intensive Bildungsarbeit konnte nicht ohne weiteres gut und extensive nicht ohne weiteres schlecht sein. Aber nur Leistungen gleicher oder ähnlicher Art waren organisierbar. Auch intensive Volksbildungsarbeit konnte nur ein Schlagwort sein, weil deren Erfolg nicht einfach objektiv

und exakt beurteilt werden konnte. Die falschen Darstellungen mußten korrigiert werden und es mußte der Auffassung entgegengetreten werden, als handle es sich um einen Akt der"Intoleranz".[95] Dem Reiche mußte doch daran liegen, von vornherein die Möglichkeit von unberechtigten Doppelbezügen auszuschließen. Darum war die notwendig gehaltene Gliederung der Organisationen nicht auf eine intolerante Einseitigkeit zurückzuführen.[96]

Die Aufgaben des Reichsverbandes der deutschen Volkshochschulen wurden mit klaren Worten von dem Volkshochschuldirektor in Dreißigacker umrissen. Von der Tatsache ausgehend, daß der Reichsverband bestand, und zwar regional, war es zweckmäßig, den Kreis der Aufgaben des Verbandes, in Sonderheit der künftig möglichen Aufgaben, zu umschreiben. Festzustellen war, daß der Reichsverband kein Widerpart des Hohenrodter Bundes war. Eine Gegnerschaft zwischen den beiden Organisationen hätte künstlich geschaffen werden müssen. Der Hohenrodter Bund war ja inzwischen auch E. V., also Organisation geworden. Im Reichsverband war eine Form geschaffen, mit deren Hilfe eine demokratische Vertretung der Volkshochschulbelange von unten nach oben im vollen Tageslicht[97] der Öffentlichkeit ermöglicht wurde. Die Vertretung des Reichsverbandes sollte bei den Behörden nicht nur Geldmittel sammeln und sie dann verteilen, sondern es war aus vielen anderen Gründen sehr erwünscht, daß die Volkshochschulpraxis eine demokratische, ständige Vertretung gegenüber den Behörden hatte. Die Vertretungsabsichten gingen so über die bloße Mittelerlangung hinaus.

Vor allem sollte der Reichsverband auch auf das Vorhandensein einer Volkshochschulbewegung hinweisen. Zu den Aufgaben sollten gehören: die Frage der Fahrgeldermäßigung, die Bestimmung der Honorare, die Stützung der Heime, die Unterstützung bei Verhandlungen, die Arbeitslosenunterstützung von Heimschülern während und nach dem Besuch der Kurse und die Statistik. Der Kreis der Aufgaben ging aber in seinen Möglichkeiten und Notwendigkeiten viel weiter. Durch die Statistik sollte ein wirliches Bild der Bewegung geschaffen werden. Es gab keine genauen Augaben über Schulen, Lehrer, Hörer, Kurszahl, sowie Besuchs-und Teilnehmerzahl. Der Stand der Bewegung sollte

durch Fragebogen, die jährlich verschickt wurden, festgestellt werden. Die Lehrerbildungsfrage sollte auch in den Kreis der Aufgaben aufgenommen werden, vor allem sollte Urlaub für die Lehrer zur Teilnahme an Kursen erwirkt werden. Die Vertretung in der Öffentlichkeit war eine weitere Frage. Der Verband sollte bei der Verbreitung des Volkshochschulgedankens Hilfe leisten, während der Hohenrodter Bund theoretisch Erörterungen über Probleme der freien Volksbildung sich zur Aufgabe machte. Durch Hörerzeitungen und Tagungen wurden die propagandistische Auswertung der Statistik und die Belebung der Volksbildungsbestrebung gefördert. Wilde Gründungen von Heimen konnten durch Intensität und Tiefenwirkung der Arbeit in den bestehenden Volkshochschulheimen verhindert werden. Im übrigen galt es, die Mockrauer'sche Reichskarte[98] der deutschen Volkshochschulen von der "Unregelmäßigkeit ihrer Punktierung zu erlösen."[99] Die intensive Volksbildungsarbeit durfte nicht der "verbreitenden" Volksbildung Feld um Feld überlassen. Der Hohenrodter Bund hatte als das "Gewissen" dem Reichsverbande zur Seite zu stehen. Die Aufgaben des Reichsverbandes waren mehr äußerer Natur. Damit wurde nicht dem äußeren Betriebe das Wort geredet. Der Drang nach Tiefe durfte aber nicht so weit gehen, daß man das Äußere vergaß. "Es ist gewiß der Geist, der sich den Körper baut, aber er muß ihn wirklich bauen, denn ohne ihn droht der Geist sich zu verflüchtigen."[100]

Jede Bewegung, die auf die praktische Verwirklichung ihrer Idee zielte, brauchte ein gewisses Maß an Organisation, wenn sich der geistige Gehalt als Realität offenbaren sollte. Diese Frage der Organisation wurde in einer "harten Polemik" in der damals so ausgezeichneten Zeitschrift der "Freien Volksbildung"[101] zwischen dem Mitherausgeber Robert von Erdberg, Ministerialrat im Preußischen Kultusministerium, und dem Vorstandsmitglied des Reichsverbandes der deutschen Volkshochschulen, Dr. Franz Mockrauer, geführt. Es würde zu weit führen, wenn all diese Probleme, die sich zwischen dem Theoretiker und dem Praktiker, dem Idealisten und dem Realisten, dem Preußen und dem Sachsen, dem persönlich Verletzten und dem den Verband Vertretenen abspielten, aufzuzeigen.[102] Leider wurde Robert von Erdberg durch

frühen Tod im Jahre 1929 dahingerafft, so daß er die Blütezeit des Reichsverbandes mit seinen über 200 Abendvolkshochschulen und 15 Heimvolkshochschulen nicht mehr erlebte.[103] Am 21.6.1932 schrieb Dr. Buchwald an den damaligen Vorsitzenden des Reichsverbandes folgendes: "Es liegt mir aber viel daran, daß wir uns über den Geist der Reichsverbandspolitik verstehen, und es ist wohl verständlich, daß ich manche frühere Ansicht revidieren, klären, aber auch festigen konnte. Sie wissen, daß ich die Politik von Hohenrodt jederzeit für einen verhängnisvollen Fehler gehalten habe, weil hier der genossenschaftliche Geist der freien Volksbildung frevelhaft zerstört wurde. Ich habe mit dem Reichsverband zu retten versucht, was unter den damaligen Machtverhältnissen zu retten war. Sie haben dann dies Werk aufgenommen und zur Höhe geführt. Aber heute müssen wir alles tun, um das Wesentliche durchzusetzen. Der Gegensatz liegt für mich in geistigem Gruppenzentralismus[104] da, genossenschaftlicher Freiheit und Hilfsbereitschaft hier. Der Reichsverband wird eine eminente Bedeutung in der Rolle des ehrlichen Maklers und Mäzens erhalten, in ihrer Spontaneität und ihrer freundschaftlichen Tuchfühlung liegt die künftige Kraft, nicht aber in der einer von Parteikämpfen begleiteten Zentraldemokratie."[105]

Anmerkungen zu Kapitel III:

1) Apelt, W.: Geschichte der Weimarer Verfassung, 1946
Hartung, F.: Deutsche Verfassungsgeschichte, 1954
2) Naumann, Freies Volksbildungswesen... S. 96
3) ebd. S. 96
4) Apelt, Geschichte... vgl. 1)
5) Grundrechte und Grundpflichten der Reichsverfassung, hrsg. von Prof. Hans Carl Nipperdey. 3. Band: Landé, Walter: Bildung und Schule, S. 43 f. 7. Volksbildungswesen (Artikel 148 Abs. 4)
6) ebd. S. 45
7) Naumann, Freies... S. 96
8) ebd.
9) Aus dem Volksbildungsfonds, der nur 50 000 Reichsmark enthielt, wurden am 14.6.1927 dem Reichsverband bereits 5000 Reichsmark zugesichert. Gehemmt wurden die Erhöhungen, obwohl der Artikel 148 der Reichsverfassung die Volksbildungsarbeit unterstützte, die auch von den anderen Spitzenorganisationen gefordert wurden, hauptsächlich durch das Reichsfinanzministerium und die einzelnen Länder, welche eine Betätigung des Reiches auf volksbildnerischem Gebiet nicht wünschten.
Als Fonds, aus denen Unterstützung gewährt werden konnten, kamen in Frage: a) Förderung von Bestrebungen auf dem Gebiete des Schul-und Erziehungswesens, gespeist mit 250 0000 Reichsmark. b) Förderung kulturell-gemeinnütziger Einrichtungen und Vereinigungen, gespeist mit 500 000 Reichsmark. c) Förderung der auf sittliche Hebung des Volkes, insbesondere der Jugend, gerichteten Bestrebungen, soweit sie allgemeine Bedeutung hatten, gespeist mit 300 000 Reichsmark. (Dr. Külz an Dr. Mockrauer am 6.5.1927) V, g 1 Korrespondenz.
10) V, g 1: Brief Dr. Mockrauer an Dr. Bäuerle am 5.1.1927
11) V, g 1: Brief am 5.1.1927
12) V, h 50 und 56
13) V, h 14 und 15, s. Literaturverzeichnis:Dreißigacker
14) V, h 45
15) Mockrauer an Minister Külz, 16.5.1927 (V, g 1 - Korrespondenz)
16) Brief Dr. Buchwald an Dr. Mockrauer vom 31.3. 1927 (V, i 10)
17) Brief Dr. Buchwald an den Verfasser vom 12.2. 1962. In: Korrespondenz, Ka/Volkshochschule, Ökumenisches Archiv, Soest
18) ebd. Korrespondenz 1
19) ebd. Korrespondenz 1, Bäuerle an Mockrauer, 17.1.1927
20) Theodor Bäuerle war Vorsitzender des Vereins zur Förderung der Volksbildung Stuttgart.
21) Dr. Mockrauer war Vorsitzender des Vereins der Volkshochschule Sachsen und Leiter der Volkshochschule Dresden.
22) V, a 1, Korrespondenz
23) Gründungsprotokoll vom 30.4. und 1.5. 1927 (V, b 2)
24) ebd. S. 2 f.; Freie Volksbildung 2, 1927, S. 267
25) Bericht über den Besuch Dr. Buchwalds im Reichinnenministerium 14.6.27 (V, g 15)

26) Zentralbildungsausschuß der katholischen Verbände Deutschlands, Köln am Rhein, gegründet 1919 (Marschall); Förderung und Vertiefung der freien Volksbildungsarbeit auf katholischer Grundlage. Deutscher evangelischer Volksbildungsausschuß, Berlin (Hinderer), gegründet 1920, Zusammenfassung der evangelischen Volksbildungsarbeit und deren Förderung.
27) Reichsausschuß für sozialistische Bildungsarbeit, Berlin (Stein), Zentralstelle für die gesamte Arbeiterbildung, hauptsächlich politische Erziehung. Die marxistische Volksbildungsarbeit erhielt nicht die Unterstützung des Reiches.
28) s. Anmerkungen zu Kapitel II, Nr. 51)
1871 gegründet, in den zwanziger Jahren geleitet von J. Tews
29) s. Kapitel VII, Satzungen des Reichsverbandes der deutschen Volkshochschulen
30) Niederschrift über die Gründungsversammlung am 1.5.1927 (V, a 1)
31) s. Protokolle und Niederschriften 1927-1933 (V, b 1 - 7)
32) Vertreter der Verbände 1927:
Provinz Sachsen: Rektor Wilberg, Magdeburg
Württemberg: Prof. Pfleiderer, Stuttgart
Bayern: Dr. Westhoff, Nürnberg
Schlesien: Dr. A. Mann, Breslau
33) Vertreter der Verbände 1928:
Braunschweig: Lehrer Wehrsen, Braunschweig
Berlin: Prof. Geiger, Berlin
Rheinland: Dr. Heinrichs, Düsseldorf
Freistaat Sachsen: Dr. Mockrauer, Dresden
34) Vertreter der Verbände 1929:
Bayern: blieb unbesetzt wegen Nichtzustandekommen des Landesverbandes
Freistaat Sachsen: Dr. Mockrauer, Dresden
Rheinland: Dr. Heinrichs, Düsseldorf
Braunschweig: Lehrer Wehrsen, Braunschweig, nach dessen Tod Lehrer Wittig, Braunschweig
35) Vertreter der Verbände 1930:
Thüringen: Schulrat Benda, Weißenfels
Bayern: Prof. Dr. Brenner, Nürnberg
Hamburg: Dr. Adams, Hamburg
Rhein-Main-Gebiet: Dr. Gebhardt, Frankfurt
Dr. Buchwald wurde Pfingsten 1930 zum Ehrenmitglied ernannt: Im Protokoll vom 27.10. 1929, S. 7/8 heißt es: Dr. Buchwald tritt mit Rücksicht auf seine sonstigen Verpflichtungen ab. Dr. Mockrauer dankt Dr. Buchwald herzlich für die große Arbeit, die bei der Gründung und Ausgestaltung des Reichsverbandes er bisher geleistet hat. Dr. Mann sagt, es sei sehr zu bedauern, denn Dr. Buchwald habe unter anderem durch seine Zähigkeit und sein Verhandlungsgeschick, z.B. bei den Behörden, Außergewöhnliches erreicht. Es werde für den Nachfolger sehr schwer sein, es wenigstens ebenso gut zu machen.
36) Vertreter der Verbände 1931:
Bayern: Prof. Brenner, Nürnberg
Ostpreußen: Studienrat E. Schmidt, Königsberg
Hamburg: Dr. Adams, Hamburg
Thüringen: Heiner Lotze, Jena

37) Die technische Erledigung der Kassengeschäfte lag immer beim Vorsitzenden. Der Schatzmeister hatte die Rechnungslegung auf der Mitgliederversammlung durchzuführen. Die Beschlußfassung über die Reichsmittelausschüttung, die über den Reichsverband ging, lag beim Gesamtvorstand.

38) s. Kapitel VII, Texte und Dokumente: Urkunde über Liquidation
s. Kapitel VII: Korrespondenz betr. Aktenhinterlegung von Dr. Mann mit Dr. Seifert vom 29. 4. 1933
Auflösung im Vereinsregister des thüringischen Amtsgerichtes Jena unter Nr. 168 am 11.11. 1933 eingetragen. Das restliche Vermögen wurde beschlußmäßig mit 6032.- RM am 22. 11. 1934 an die Hauptstelle für Volkshochschulen beim Berliner Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht überwiesen.

39) V, h 1, 3, 4, 5, 7-9, 19 - 23, 29, 30 und 31, 32, 33, 26, 37 - 39, 41 - 44, 46, 47, 50, 51, 53 - 56
Notizen A. Mann Volkshochschulen 1918 - 1937 (V, h, 30)
Der Einfluß der Nationalsozialisten war in Bayern schon 1932 stark. (V, g 17, V, h 4 u. 5) Die "Münchener Post" schrieb am 21.10. 1932 unter dem Titel "Volkshochschule und Parteibuch": Der Verband bayerischer Studienassessoren schreibt an seine Mitglieder: "Kollege Ebner sucht für die Volkshochschule Kollegen mit mathematisch-naturwissenschaftlichen und philologisch-historischen Fächern, welche der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei nahestehen, (Satzbau! Herr Studienrat Russy!), melden sich sofort bei Kollegen Ebner.. da nicht die genannten Fächer den Nazis nahestehen - sie haben sich schon manchmal gründlich verrechnet und in Geschichte sind sie überhaupt schwach - und sich melden können, darf man annehmen, daß die Volkshochschule Nazi-Parteibuchkollegen sucht, die man der Einfachheit halber gleich im Parteibüro einstellt. Das "neudeutsche" System verlangt keine Vorstellung, nein, der Betreffende "meldet sich", haut vorschriftsmäßig die Hacken zusammen, weist sich mit dem Parteibuch aus und ist... qualifiziert. Es ist uns nicht bekannt, daß das Braune Haus eine amtlich genehmigte Stellenvermittlung ist. Deshalb muß man die berechtigte Frage aufwerfen, was die städtischen zuständigen Stellen dabei mitzureden haben! Oder wünscht man, daß Hitler demnächst den Parademarsch des Lehrkörpers der Volkshochschule abnimmt?

40) V, h 50 - 51

41) Hier seien noch zwei Pläne der Hamburger Volkshochschule aus dem Sommersemester 1933 wiedergegeben, die den Unterschied zwischen der freien Volksbildung und der Nationalsozialistischen Volkshochschule aufzeigen.
Die Volkshochschule+) ist eine staatliche Einrichtung und untersteht der Hochschulbehörde. Die eigentliche Verwaltung erfolgt nach dem Grundsatz der Selbstverwaltung.

+) Abschrift der "Hamburger Volkshochschule", Plan für das Sommersemester 1933, der nicht verwirklicht wurde und durch einen neuen Plan des Volkshochschulleiters Dr.H. Haselmayer ersetzt wurde. Der bisherige Leiter der Volkshochschule wurde im April 1933 "beurlaubt".

Die Volkshochschule ist nach dem Gesetz keine Fachschule; darum will sie keine Kenntnisse und Fertigkeiten vermitteln, die dem Fortkommen im Beruf dienlich sein können. Jede wahre Bildung ist vielmehr Selbstzweck.

Die Volkshochschule dient der Bildung des gesamten Volkes und will den gesellschaftlichen Fortschritt fördern. Sie wendet sich an den Menschen als Staatsbürger und als Mitglied der Kulturgemeinschaft seines Volkes. Die in den Werken der Kunst und der Wissenschaft, in Recht und Sitte, in Sprache und Religion gestalteten Werte der Kultur gilt es, in eindringender nachschaffender Kraft zu erfassen und dadurch dem Wirken der führenden, schöpferischen Geister in der Gesamtheit des Volkes den kraftspendenden und aufnahmebereiten Boden zu sichern, dazu das Verständnis für die wirtschaftlichen, sozialen und politischen Probleme unserer Zeit zu vertiefen, den sozialen Willen und das politische Verantwortlichkeitsbewußtsein zu stärken. Die Volkshochschule will in ihren Arbeitsgebieten lebensnah sein und den Hörern die Möglichkeit geben, sich mit den mannigfachen Fragen, die unsere Gegenwart bewegen, auseinanderzusetzen.

Die Volkshochschule steht nicht im Dienst einer bestimmten Weltanschauung oder einer Partei. Es ist Sache des Hörers, sich zu entscheiden. Dem Wesen einer Hochschule würde es weiter auch nicht entsprechen, wenn die Volkshochschule sich auf die Übermittlung fertigen Wissens beschränkte.

Auf das Selbstdenken und das unablässige Streben nach Vertiefung der eigenen Erkenntnis kommt es an. Deshalb bevorzugt die Volkshochschule in ihren Veranstaltungen **die Form der Arbeitsgemeinschaft**, in der sich eine beschränkte Anzahl von Hörern unter der Führung des Lehrers, jedoch möglichst durch eigene geistige Arbeit und unter ständigem gegenseitigen Gedankenaustausch mit den der Wissenschaft vom Leben immer neu aufgegebenen Fragen auseinanderzusetzen sucht.

Die Arbeitsgemeinschaften können ihr Ziel nur erreichen, wenn die Hörer mit Stetigkeit und Vertrauen sich an ihnen beteiligen.

Der Neu-Aufbau der Hamburger Volkshochschule. (Sommersemester 1933)

Der Volkshochschule obliegt die hohe Aufgabe der staatsbürgerlichen und weltanschaulichen Bildung der breiten Masse. Sie ist keine Fachschule, die nur zu Kenntnissen auf irgendeinem Gebiet führen will, sondern ihr fundamentales Prinzip ist die Bildung an den lebendigen und organischen, inneren Lebenswillen der Nation. Zu diesem Zweck muß sie deutsches Geistesgut zur Verarbeitung ihren Hörern vermitteln, wobei jedoch Charakterbildung und weltanschauliche Erziehung nach deutschen Grundsätzen das ideale völkische Endziel sein muß. Dadurch erfüllt sie ihre Aufgabe, deutsche Menschen zu schaffen, die aus innerster Hingabe dem deutschen Staat dienen werden. Aufbauend auf deutschem Geistesleben bringt die Volkshoch-

schule folgende große Gebiete:
die Rassenlehre als das biologische Grundprinzip deutscher Kultur;
die deutsche Geschichte, umfassend unsere Vor-, Kolonial-, Kriegs-und Heeresgeschichte, sowie die gesamte geschichtliche Entwicklung unseres Volkes als schicksalverbundenes Erlebnis;
deutsche Kulturpolitik mit Weltanschauungs-, Kunst-, Musik- und Literaturfragen, um eine Vertiefung in deutsches Kulturschaffen herbeizuführen;
Wirtschaftspolitik, um die soziale Entwicklung zum neuen Staat kennen und begreifen zu lernen.

So vollkommen neu aufgebaut, steht die Volkshochschule restlos im Dienste unseres Volkes; deswegen wird in Zukunft kein Marxist und kein Jude mehr dort lehren, sondern nur deutsche Lehrkräfte sind die Mittler deutschen Geistesgutes. Als Nationalsozialist war es meine Pflicht, die soziale Struktur der Volkshochschule zu ändern. Alle Lehrkräfte, die eine gesicherte Existenz haben, haben sich bereit erklärt, ehrenamtlich zu arbeiten, um in dieser Notzeit den Aufbau zu erleichtern.
Fernerhin wurden sämtliche Kurse, vor allen Dingen Gymnastik und Tanz, die als Konkurrenz eine schwere Schädigung für das wirtschaftlich darniederliegende freie Gewerbe bedeuten, aus dem Lehrplan gestrichen. Die Zahl der Arbeitsgemeinschaften (165) ist auf ein mögliches Minimum (50) beschränkt, um im Rahmen stärkster Sparmaßnahmen intensive Arbeit leisten zu können. Wir stehen erst am Anfang einer schweren und zähen Arbeit. Sie wird geleistet. Deutsche, helft mit dabei. Meldet euch in der Volkshochschule an. Arbeitet mit, um als Jünger wieder deutschen Glauben ins Volks hinaustragen zu können.

gez. Dr.H. Haselmayer

42) Mitteilungen des Vereins zur Förderung der Volksbildung e.V., Stuttgart 2, 1932, S. 45 f.
43) Freie Volksbildung 7, 1932, Nr. 9 und Blätter der Volkshochschule Breslau 11, 1932, Nr. 2 - 7 (V, m 11)
44) In diesem Zusammenhang müßte über die Erwerbslosenbildung gesprochen werden. Dies erübrigt sich, da in der "Freien Volksbildung" 6, 1931, Nr. 1 und in den Blättern der Volkshochschule Breslau 11, 1932 - 33, Nr. 2/7 ausgezeichnete Berichte über diese Frage erschienen sind.
45) V, h 30: A. Mann, Volkshochschulen 1918 - 1937, S. 4 f.
46) ebd.
47) ebd.
48) "Klare Antwort auf eine harmlose Frage".
In: Schlesische Tageszeitung 8, 1937 vom 29. April.
Notiz Alfred Mann: Bei den Veröffentlichungen handelt es sich um objektiv-unwiderlegliches, amtliches Zahlenmaterial
49) "Ausrichtung auf den Vierjahresplan". In: Schlesische Tageszeitung 8, 1937 vom 26. April.

50) Redner dieser Tagung waren außer Dr. Ley, Oberst Löb, Staatssekretär Backe und Hauptdienstleiter Schmeer. 800 Kreisleiter nahmen teil.
51) Der Kampf galt nicht nur dem freien Volksbildungswesen, sondern auch den weltanschaulich gebundenen Gruppen (Katholiken, Protestanten, Sozialisten und Marxisten)
52) Vgl. 26 (Anmerkung
53) Vgl. 26 (Anmerkung)
54) Vgl. 27 (Anmerkung)
55) Vgl. 28 (Anmerkung)
56) V, g 15 (An den Reichsminister des Innern vom 28. Mai 1927)
57) Buchwald, Reinhard: Neutralität? In: Blätter der Volkshochschule Thüringen 3, 1921, Nr. 16, S. 117 f.
58) V, g 15(Buchwald an das Innenministerium vom 28. 5. 1927)
59) Die Neutralität wird nicht, wie im alten Sinne, einer Abstinenz von "gefährlichen" Gegenständen, sondern als eine Polyphonie an die Fruchtbarkeit der Berührungen und des Gesprächs verstanden. In verschiedener Weise haben das die Dreißigackerer und Mann ausgeführt. (Buchwald an den Verfasser 18.2.1962, Korrespondenz: Ka/ Volkshochschule, Ökumenisches Archiv, Soest)
60) Buchwald, R.: Neutralität? ebd. S. 118
61) Zentralstelle war allgemein ein Schlagwort geworden, weil die meisten Organisationen sich zu zentralisieren versuchten.
62) V, g 2 (Buchwald an das Reichsministerium des Innern vom 28. 5. 1927)
63)Anerkennung als Spitzenverband wird durch ein Schreiben des Innenministeriums vom 31.5.1927 ausgesprochen (V, g 15)
64) Dieser Antrag wird am 9. 6. 1927 gestellt
65) Dem Reichsverband werden am 14.6. 1927 zunächst 5000 RM zur Verfügung gestellt (Besprechung Dr. Buchwald im Reichsministerium des Innern mit Oberregierungsrat Seeger) V, g 1
66) Handwörterbuch... Arbeitsgemeinschaft, S. 121 f.
Buchwald, Reinhard: Arbeitsgemeinschaften. In: Blätter der Volkshochschule Thüringen 3, 1921, Nr. 7, S. 47 f.
67) Vergleiche Kapitel II über Archiv für Volksbildung
68) Die Statistik blieb nicht in den Anfängen stecken: es wurden bedeutende Arbeiten geleistet, sowohl von der Statistischen Zentralstelle Leipzig, wie auch vom Reichsverband selbst, der ein Mitgliederverzeichnis der Volkshochschulen herausbrachte. (Blätter der Volkshochschule Breslau 10, 1931/32 Nr. 2 - 6, S. 78 f.) s. Mitgliederverzeichnis Kapitel VIII)
Auch wurden statistische Angaben über die Heime gemacht (Protokoll vom 11.3.1930, S. 5)
Protokoll vom 14.12.30 (V, b und f 1 - 5)
"Dr. Mockrauer erstattet Bericht über die Verhandlungen betreffend Beteiligung an einer internationalen Kulturstatistik im Reichsministerium des Innern. Bei diesen Beratungen sind schwere Bedenken erhoben worden, da die Gefahr besteht, daß die Qualität der Arbeit unberücksichtigt bleibt, so daß die Staaten mit vorwiegend extensiven Bildungseinrichtungen gegen die Staaten mit intensiver Arbeit, also auch Deutschland, bevorzugt sind. Die Stellungnahme wird gebilligt."

69) s. Kapitel VII: Satzungen des Reichsverbandes
70) V, b 2: Gründungsprotokoll 1.5. 1927, S. 3
71) ebd. S. 3
72) Korrespondenz 1 (V g 1) Bäuerle an Mockrauer 17.1.1927
73) ebd. S. 3, s. Satzungen § 3
74) ebd. S. 3
75) Handwörterbuch... Abendvolkshochschule
Mockrauer, Die Abendvolkshochschulen in Deutschland.
In: Bericht über Nordisch-Deutsche Tagung
Mockrauer, Die Deutschen Volkshochschulen und ihre Mannigfaltigkeit (Niederschrift der Prerow-Tagung) V, m, 1/3
76) s. Literaturverzeichnis und Kapitel IV Volkshochschultagung in Dresden (V, c 3)
77) s. Satzungen § 3, Abs. 3
78) Es kommen in Frage der Hohenrodter Bund und die Deutsche Schule, s. Deutsche Schule Kapitel IV
79) s. Kapitel IV: Lauenstein (V, c 5/7
80) Gründungsprotokoll vom 1.5. 1927, S. 2 f. (V, b 1)
81) ebd. S. 2
82) ebd. S. 9
83) ebd. S. 10
84) ebd. S. 10
85) s. Kapitel VII, Richtlinien der Volkshochschulen 1 u.2
86) V, h 41: Kennzeichen (8.9. 1927)
87) Dieser Satz wird in Abänderung am 6.4. 1929 unter Punkt 5 aufgenommen, s. Kapitel VII Richtlinien
88) s. Richtlinien, Kapitel VII, 6
89) s. Gründungsprotokoll vom 1.5. 1927, S. 1-3 (V, b 2)
90) Protokoll vom 10. 9. 1928, S. 4 - 5
91) ebd. S. 5
92) s. Satzungen § 5 und Gründungsprotokoll, S. 3 - 5
93) ebd. S. 5
94) ebd. S. 5
95) Brief Dr. Mockrauer an Reichsminister a.D. vom 28.2. 1928, (V, h 43)
96) ebd. (Briefschluß)
97) Weitsch, Ceterum, S. 96 f.
98) Mit der Unregelmäßigkeit der Punktierung ist hier auf die ungleichmäßige Verteilung der Volkshochschulen im Reich hingewiesen. Die Reichskarte von Dr. Mockrauer gab eine Übersicht über die Volkshochschulen und Volkshochschulheime.
99) Weitsch, Ceterum.... S. 102
100) ebd. S. 103
101) Freie Volksbildung 2, 1927, S. 320 u. 335 sowie 1928 (V, m 6 Korrespondenz und Entwürfe der "Offenen Briefe")
102) ebd.
103) Robert von Erdberg starb am 3.4. 1929
104) Brief Dr. Buchwald an Dr. Mann vom 21. 6. 1932 (V, g 14)
105) ebd.

IV. K a p i t e l : Volkshochschultage und - tagungen

Am 17./18. September 1927 faßte der Gesamtvorstand bei seiner Sitzung in Magdeburg den Beschluß, im "Frühjahr des nächsten Jahres"[1] einen D e u t s c h e n V o l k s h o c h s c h u l t a g i n D r e s d e n abzuhalten. Der Zweck dieses Tages sollte sein, vor der breitesten Öffentlichkeit für den Gedanken der neutralen und intensiven Volkshochschularbeit einzutreten. Alle öffentlichen Körperschaften und Politiker sollten auf die Notwendigkeit einer Förderung und Unterstützung der Volkshochschulen hingewiesen werden. Auf einer Kundgebung wollte man der Meinung entgegenarbeiten, die die Volkshochschule als eine gescheiterte, überflüssige und völlig nebensächliche Einrichtung betrachtete."[2] Diese Kundgebung sollte "Männer, die im öffentlichen Leben etwas gelten, zu einem klaren und weithin vernehmbaren Bekenntnis für unsere Sache veranlassen."[3] Auf der Einladung zum Volkshochschultag[4] standen deshalb namhafte Persönlichkeiten, die zur "Volkshochschulsache an sich"[5] und über den Fragenkreis der großstädtischen, der mittel-und kleinstädtischen und der dörflichen Volkshochschule sowie über das Volkshochschulheim reden sollten. Die Tagung fand vom 31. Mai bis 3. Juni 1928 in Dresden statt. Auf dem Begrüßungsabend am 31. Mai 1928 sprach Reichsminister a.D. Dr. Külz über "Die Pflichten des Reiches, der Länder und der Gemeinden auf dem Gebiete des Volkshochschulwesens." 6) Die "Germania"[7] schrieb damals: "Die Umwälzung von 1918 hatte die Volksbildung allen sichtbar vor neue Aufgaben gestellt und eine Entwicklung sichtbar gemacht, die seit 1900 von den fortschrittlichsten Volksbildnern getragen wurde: Nicht Verbreitung von Wissen, sondern Hilfe zur Lebensgestaltung. Die Erschütterung von 1918 und den folgenden Jahren hatte Massen in die Volkshochschule geführt. Man fühlte das Chaos auf allen Gebieten und glaubte in den Kursen der Volkshochschule Klarheit zu bekommen. Diese geistige Inflation ist inzwischen überwunden. Die Massen sind wieder verschwunden. Die Entwicklung, die durch 1918 unterbrochen wurde, geht weiter. Die Tagung in Dresden ist der erste Versuch, den Stand dieser Entwicklung aufzuzeigen. Zunächst ist festzustellen, daß die

Volkshochschularbeit sich in steigendem Maße der öffentlichen Aufmerksamkeit erfreut. Was zunächst eine Sache weniger begeisterter Menschen war, was dann beinahe eine Mode wurde, ist nun auf dem Wege, sich in ruhiger Entwicklung in die Gesamtheit des deutschen Bildungswesens einzufügen. Kennzeichnend dafür war die Rede von Dr. Külz."[8)]

Der Vortragende ging von der Vorschrift des Artikels 148 der Verfassung aus: Das Volksbildungswesen, einschließlich der Volkshochschulen soll von Reich, Ländern und Gemeinden gefördert werden. Wenn diese Verfassungsvorschrift Erfüllung finden soll, so muß die Bedeutung der Volkshochschule auf dem Gebiete der Erwachsenenbildung von diesen drei Stellen voll erkannt werden, So dankbar es anzuerkennen ist, daß eine Anzahl von Ländern und Gemeinden bewußt und tatkräftig die Entwicklung der Volkshochschulen fördert, so sehr sind wir doch noch von dem letzten Ziele entfernt, daß die Volkshochschule überall als ein notwendiges Glied des öffentlichen Bildungswesens betrachtet wird. Vor allem hat sich das Reich noch nicht zu dieser Erkenntnis durchgerungen und die Mittel, die im Reichshaushaltsplan für diesen Teil des öffentlichen Bildungswesens zur Verfügung gestellt werden, sind beschämend gering. Die Förderung der Volkshochschule durch Reich, Länder und Gemeinden muß zunächst eine negative Voraussetzung erfüllen, die darin besteht, daß behördlich möglichst wenig in die Entwicklung hinein reglementiert wird. Die Lehrfreiheit muß gerade an der Volkshochschule unbedingt gewährleistet sein. Das grundsätzlich Richtige hat in dieser Beziehung der Abgeordnete Bauermann in der Nationalversammlung getroffen, wenn er ausführte, "es wäre schlimm, wenn man die Volkshochschulbewegung in all zu enge behördliche Rahmen schiebt. Gerade die Volkshochschulbewegung kann nur wachsen auf der freien Wiese der allgemein tätigen Volkskräfte. Das Reich darf nur mit Geldmitteln tätig sein, und darf nur ratend und helfend, Hinweis gebend und Richtung gebend tätig sein; wo es darüber hinausgeht, da wird es die Initiative der freien Bevölkerung lähmen."[9)] Die positiven Momente der Förderung der Volkshochschule waren in Folgendem zu erkennen:

I. In den Haushaltsplänen von Reich, Ländern und Gemeinden sind Mittel bereitzustellen, die einen gesunden Ausbau und Aufbau des Volkshochschulwesens gewährleisten.
II. Bei den Regierungen der Länder sind Landesstellen für freies Volksbildungswesen einzurichten, bei denen zusammenfassend alle die Geschäfte wahrgenommen werden, die der Förderung des Volkshochschulwesens in materieller und persönlicher Beziehung dienen.
III. Die Landesstellen müssen beratend und fördernd tätig werden bei der Einrichtung neuer Volkshochschulen, neuer Volkshochschulheime und bei der Ausbildung von Lehrern und Helfern.
IV. In den einzelnen Ländern müssen, am zweckmäßigsten unter Führung des Reichsministeriums des Innern, gleichmäßige Richtlinien aufgestellt werden über Pflichtstundenerlaß und Beurlaubung der Lehrkräfte an öffentlichen Lehranstalten zur Ermöglichung der Lehrtätigkeit an Volkshochschulen, über Verfügbarmachung von Räumen für die Volkshochschule, über Zusammenarbeit der öffentlichen Lehranstalten mit den Volkshochschulen (Lehrmittel), über Einrichtung von Sonderlehrgängen aus besonderen Anlässen (Erwerbslosenlehrgänge).
Für die Städte empfiehlt sich gleichfalls eine planmäßige Festsetzung der Förderungsmaßnahmen, die über die staatlichen Richtlinien hinaus sich auf örtliche Maßnahmen erstrekken können. Übernahme des Personalaufwandes oder Übernahme des sachlichen Geschäftsaufwandes, Steuerermäßigung bei öffentlichen Vortrags- oder Unterhaltungsveranstaltungen, verbilligte Preise bei Inanspruchnahme städtischer Einrichtungen u.a.m. kommen als fördernde Maßnahmen in Frage. Über der gesamten Tätigkeit zur Förderung des Volkshochschulwesens muß das Wort Fichtes leuchten: "Dasjenige Volk, welches bis in die untersten Schichten hinein die tiefste und vielseitigste Bildung besitzt, wird zugleich das glücklichste sein unter den Völkern seiner Zeit, beneidet von seinen Zeitgenossen und ein Vorbild der Nachahmung für sie."[10)]

Mit dem Thema "Akademische Bildung und Volksbildung"[11)] befaßte sich auf dem deutschen Volkshochschultag Prof.Dr.Freyer. Er legte die selbständige Wesensart beider Formen der Bildung

in klaren Ausführungen dar, erörterte ihre notwendige Gegensätzlichkeit und deutete die Möglichkeit einer sich, wie er sagte, "vorbereitenden höheren Einheit beider"[12] an.

Direktor Dr. Bäuerle [13] sprach von der praktischen Arbeit, über "Alte und Neue Wege der Volksbildung."[14] "Volksbildung muß ausgehen vom Menschen, muß von vornherein auf das Ganze im Menschen abzielen. Charakterbildung, Menschenbildung stehen ihr vor Erkenntnis. Die Volksbildung erkennt die starke Bedingtheit unserer ganzen Kultur durch wissenschaftlichen Geist. Sie kann, will sie den Menschen von heute in den Kulturzusammenhang einführen, nicht an der Wissenschaft vorbei. Die konkreten Aufgaben sind gekennzeichnet: Nicht Wissensvermittlung, Wissen ist keine Macht, wie die Zeit vor 1900 glaubte. Die Volkshochschule darf nicht an den Lebensfragen vorübergehen aus Furcht, ihre 'Neutralität' zu verletzen. Vielmehr muß sie gerade bei den aktuellsten Problemen einsetzen, Klärung zu erstreben und Verständigung zu vermitteln. Gerade darin besteht eine ihrer wesentlichsten Aufgaben: Gegenseitiges Verstehen anzubahnen, um so eine Zusammenarbeit möglich zu machen. Verstehen ist mehr als Dulden und den anderen nicht bekehren wollen. Verstehen heißt, mit andersdenkenden Menschen zusammen an einer Frage arbeiten können aus der eigenen Überzeugung heraus. Weiterhin hat die Volkshochschule Hilfe zu leisten, wo andere Institutionen nicht oder nicht im rechten Geiste helfen können. Weitere Gebiete der praktischen Unterweisung gehören deshalb heute in den Aufgabenbereich der Volkshochschule, insofern sie allgemeine Lebensgestaltung betreffen. Der Unterschied zwischen Gebildeten und Ungebildeten im alten Sinne, d.h. zwischen Besitzern von Kulturgütern und anderen, der die alte Volkshochschule eigentlich ins Leben gerufen hat, fällt heute. Der neue Unterschied ist zwischen lebendigen und müden interesselosen Menschen. Die Volkshochschule will dem lebendigen Menschen in seiner Lebensgestaltung und seinen Fragen helfen. Deshalb ist an Stelle der Masse der kleine Kreis getreten, an Stelle des Vortrags die gemeinsame Arbeit. Masse und Wissensvermittlung werden nicht übersehen, aber die Aufgaben der Volkshochschule stellen sich jeweils aus der gegebenen Zeitlage und den Bedürfnissen der Menschen, die sie

erfaßt. Hierin unterscheidet sie sich grundsätzlich von der akademischen Bildung, sie ist keine absolute Bildungsform, sondern die des konkreten Lebens. Es bedeutet viel, wenn die Zielsetzung klar gesehen wird. Aus ihr und der Erkenntnis der heutigen Situation lassen sich die konkreten Aufgaben der Volkshochschule herausstellen."[15)]

Die Fachsitzungen der beiden nächsten Tage brachten vier Vorträge, und zwar von Regierungsrat Dr. Kaphahn über "Die Großstädtische Abendvolkshochschule" und von Direktor Eduard Weitsch, Dreißigacker, über "Die Bedeutung der Heimvolkshochschule in der Erwachsenenbildung", sodann von Frau Elisabeth Stück[16)] über"Die mittel-und kleinstädtische Abendvolkshochschule" und von Schulrat Dr. Sievers, Flensburg, über "Volkshochschularbeit im Dorfe". Diese Referate wurden teilweise in Zeitschriften[17)] veröffentlicht. Sie sollen auf den folgenden Seiten wegen ihrer besonderen Bedeutung und Problematik auszugsweise wiedergegeben werden.[18)]

So führte Dr. Kaphahn aus: "Die Abendvolkshochschulen in der Großstadt, als dem Brennpunkt der sozialen Kämpfe, als "Sammelstätte" der aus alten Bindungen herausgerissenen Menschen, hat eine besondere Arbeitsweise. Die Besucher der Volkshochschule kommen, um klarer zu der neuen Lebenshaltung hinzufinden, die die "heutige Situation vom lebendigbewegten, nicht rückwärtsgewandten Menschen verlangt." Daraus geht die geistige Basis der Volkshochschule deutlich hervor. "Nicht ein bestimmtes Bildungsziel darf ihr zugrundeliegen, auf das sie hinarbeitet, sondern sie muß auf den allgemeinen Grundlagen der Zeit aufbauen. Aus dem geistigen Zeitbild der leitenden Persönlichkeiten und den Bedürfnissen und Wünschen der Hörerschaft bestimmt sich das innere Fundament der freien Volkshochschule. Das Essener System[19)] teilte die Volkshochschulen unter die einzelnen weltanschaulichen Gruppen auf (ein schwacher Protestantismus, starker Katholizismus und der Sozialismus werden als noch vorhandene, in Frage kommende Blöcke bezeichnet). In der freien Volkshochschule herrschte das Prinzip der Arbeitsgemeinschaften. Heute beginnt diese Periode sich abzulösen. Die Gemeinsamkeit einer

inneren Haltung durchbricht die weltanschaulichen Grenzen und ermöglicht gemeinsame Arbeit auf gemeinsamem Fundament. Eine gebundene Weltanschauung schließt nicht von der freien Volksbildung aus, ja, auch nicht von deren Basis, die ja in einer überkonfessionellen geistig-seelischen Einstellung der Zeit gegenüber besteht. Ein Normallehrplan für die äußerlich so verschieden bedingten Volkshochschulen läßt sich nicht aufstellen. Doch ist überall eine Arbeitsweise anzustreben, die ihr Hauptgewicht nicht in kunstgewerbliche und körperliche Fertigkeiten legt, sondern wesenvollendete Dinge pflegt."

Nach Frau Elisabeth Stück ist die mittel-und kleinstädtische Abendvolkshochschule in den Städten von 10 000 bis 30 000 Einwohnern mannigfaltig in ihrer Zusammensetzung. In der Kleinstadt muß oberstes Ziel der Volkshochschule sein, die Entwicklung des harmonischen Menschen und die Pflege der Gemeinschaft. Was diesem Ziel entgegenwirkt, muß abgelehnt werden; was, ohne diesem Ziel zuwiderzulaufen, anderen Zwecken dient, kann u.U. als peripherer Bestandteil der Volkshochschule geduldet werden. Infolge der Uneinheitlichkeit der Hörerschaft ist die Arbeit außerordentlich schwierig. Die Bildung besonderer Gruppen (Jugendliche, Frauen usw.) wird durch die geringe Zahl der Hörer, durch Lehrermangel und Geldmangel stark beschränkt. Da die Kleinstadt keine Gelegenheiten zu beruflicher, wissenschaftlicher oder künstlerischer Weiterbildung bietet, findet sich ein weiter Kreis von Hörern in der Volkshochschule zusammen, der ihren eigentlichen Bildungszielen fernsteht. Aus diesem Kreise wird der engere Kreis der Mitglieder der Volkshochschulgemeinschaft immer neu ergänzt. Aus der Uneinheitlichkeit der Hörerschaft und der Zwiespältigkeit der Ziele folgt, daß der schulische Geist nur schwer zustande kommt. Wo er fehlt, entstehen Konflikte durch politische Gegnerschaft, kirchliche oder konfessionelle Gebundenheit, wirtschaftliche Interessengegensätze und Altersunterschiede der Hörer. Die an sich wünschenswerte Mitarbeit der politischen Parteien birgt eine doppelte Gefahr für die Volkshochschule: sie kann erstens leicht zu einer paritätischen werden, zweitens können infolge irgendwelcher Konflikte Teile der Hörerschaft sich zurückziehen, so daß eine politisch oder

weltanschaulich gebundene Volkshochschule übrigbleibt. Weitere Schwierigkeiten bestehen in Lehrermangel und Fehlen an echten Volksbildern und Bibliotheken.
Ganz zu beheben sind die genannten Hemmungen nicht, da sie im Wesen der Kleinstadt begründet sind. Immerhin können die Schwierigkeiten durch folgende Maßnahmen gemildert werden: Gewinnung von neuen Lehrern, Weiterbildung auf Lehrertagungen und Kursen, Stärkung des Gefühls der Verbundenheit in den Arbeitsgemeinschaften, Hörertagungen und Ferienwochen als Stärkung des Zusammengehörigkeitsgefühls der Teilnehmer usw..[21)]

Der Vortrag von Dr. Sievers, Flensburg,[22)] kann nur in Stichworten angedeutet werden. Die bäuerliche Grundstruktur kennzeichnet eine eigenartige Naturverbundenheit, ein eigenartiges Verhältnis zu den Mitmenschen und den menschlichen Gemeinschaften und eine eigenartige Religiosität. Durch das Hereinbrechen der "neuen Zeit" in das Dorf erfolgt die Rationalisierung des Betriebes, die Auflösung alter Lebensgemeinschaften, die Politisierung des Dorfes, die "Verstädterung", die Krisis in der Religiosität und es entsteht das Industriedorf. Die Aufgabe der Volkshochschularbeit im Dorfe ist die Sammlung der Suchenden, die gedankliche Auseinandersetzung mit der alltäglichen Arbeit, die gedankliche Ordnung des Verhältnisses zu den Mitmenschen in Familie, Gemeinde, Volk und Staat und die Anbahnung einer neuen Kultur und - vielleicht - einer neuen Religiosität.

Die Darstellung von Eduard Weitsch[23)] über die Bedeutung der Volkshochschulheime beschränkte sich auf die freien Heime, wobei er darauf hinwies, daß manches von dem Gesagten auch für die gebundenen Stadtheime galt. "Die Bedeutung der freien Heime wirkt sich in drei Kreisen aus: In ihrer erwachsenenbildnerischen Leistung für ihre Schüler selbst, in ihrer Leistung für die Intensivierung der städtischen Abendvolkshochschule und in ihrer Unterstützung derjenigen Erwachsenenbildung, die sich den Aufstieg der Begabten[24)] zur Aufgabe macht. Die Bedeutung des ersten Kreises ist in der unterrichtlichen , erzieherischen und seelsorgerischen Einwirkung auf die Schüler zu suchen, des weiteren in den Nachwirkungen dieser

drei auf die Schüler nach dem Kurse. Die unterrichtliche Bedeutung liegt nicht in der Stoffverteilung, sondern im geistigen "Turnen", in der Schulung, im Sehen von Problemen und in seelischen Erschütterungen, die dem vielfach mechanisierten Menschen unserer Zeit entgegentreten. Die erzieherische Wirkung, die dem Geiste der Erwachsenenbildung entspricht, kann nur eine Hilfe in der Selbsterziehung des reifenden Menschen sein und trägt deshalb den Charakter letzter pädagogischer Offenheit und Wahrhaftigkeit. Von besonders charakterbildender Wirkung ist die soziale Erziehung im täglichen Leben des Heims als "Experimentiersozietas". Die Seelsorge der Heime könnte in ihrer Berechtigung theoretisch bestritten werden, erweist sich aber praktisch als notwendig, wegen der persönlichen Nöte und häufiger seelischer Einsamkeit der Schüler. Das Schicksalspielen muß vermieden werden. Hilfe ist häufig schon die Aussprachemöglichkeit und die Einordnung der Einzelnot in größere Zusammenhänge, sowie die Hilfe zur gedanklichen Klarheit über die Notlage der Schüler. Bezüglich der Nachwirkung der Heimtätigkeit am Schüler ergeben sich positive und negative Möglichkeiten. Die positiven Ergebnisse sind in einer großen Anzahl ehemaliger Schüler zu erblicken, die in allen möglichen Bewegungen oder in engen Kreisen führend sind; die negativen werden mit dem Schlagwort "Tragik" des ehemaligen Schülers umschrieben, sind aber sowohl der Familie, wie der Partei, der Klasse und dem Freundeskreis gegenüber meist nur von vorübergehender Bedeutung. Die Bedeutung der Heime für die Abendvolkshochschule ist darin zu erblicken, daß diese durch die Heime Schüler besonderer Art erhält, die durch ihre Aufgerütteltheit, durch ihre Denkschulung, durch ihr Eingedrungensein in das Wesen und die Absichten der Volkshochschule, auch durch ihre Kritikfähigkeit geeignet sind, lebendige Teilnehmer des Gemeinlebens der städtischen Volkshochschule zu werden. Gegenteilige Erfahrungen sind meist auf ein zu rasches "Erntenwollen" der städtischen Lehrer zurückzuführen. Darüber hinaus können die Heime der Lehrerschulung der städtischen Volkshochschule dienen, indem sie als intensivste Arbeitsplätze der Erwachsenenbildung besondere Gelegenheit zur Ausbildung

einer geeigneten Volkshochschulmethode haben und diese durch die Institutionen der Gastlehrerschaft in der Aufnahme von Studiengästen weitergeben können. Als sichtbarste Arbeit der Volksnochschule haben die Heime für die städtischen Abendvolkshochschulen auch volkshochschulpolitische Bedeutung. Der Aufstieg der Begabten als Ziel der Erwachsenenbildung liegt den Heimen zunächst grundsätzlich fern, da die gewährte Aufstiegmöglichkeit die "Reinheit der pädagogischen Atmosphäre" gefährdet, und weil die mittleren Begabungen mehr Bedeutung haben. Dennoch leisten die Heime der Aufstiegsarbeit Hilfe. Sie ist zunächst eine Hilfe der Auslese, die sich nicht mit einer Prüfung des Intellekts begnügt, sondern auf eine solche des Charakters durch viermonatliche Beobachtung und Probe übergreift. Daneben steht eine Hilfe durch Vorbildung, durch die Ermöglichung einer vorläufigen "Totalauffassung geistigen Lebens ohne den Umweg über die Elemente" und eine Schulung in geistiger Arbeit, die die "Nachholung der Elemente" durch Begreiflichmachen ihrer Notwendigkeit erleichtert, die weiter "Irrungen und Wirrungen" der ersten Universitätssemester verringert. Praktische Hilfe ergänzt das alles, soweit möglich."

Der Volkshochschultag in Dresden, der immerhin 400 Vertreter aller bestehenden Organisationen zusammengeführt hatte, rief auch manche Kritik hervor. Die Wirkung nach außen wurde sogar als"katastrophal"bezeichnet, vor allem, wenn man den Satz eines Hauptredners zum Maßstab nahm: "Wer in seiner Gesinnungsgruppe nicht in Opposition steht, gehört nicht zu uns." Insbesondere wurde betont, daß auch auf einer solchen Tagung der Unterschied zwischen der Arbeit des Reichsverbandes und einer schlechten intensiven Volksbildung nach außen hin ganz deutlich in Erscheinung treten müßte. Alfred Mann schrieb am 14.6. 1928 an die Vorstandsmitglieder des Reichsverbandes: "Die Hauptredner haben fast durchweg ausgezeichnet gewirkt. Das Gleiche darf jedoch noch von einigen anderen Rednern gesagt werden. Zwar waren deren Reden an und für sich auch gut und sicherlich von den besten Absichten beseelt; Tantzen und Grassmann sollten ein Bekenntnis zu unserer Arbeit ablegen: sie haben aber nur von ihren Kreisen und Zielen gesprochen.

Auch Külz, dem wir wärmsten Dank schulden, erschien in manchen Richtungen nicht ganz treffend orientiert." Bäuerle meinte, daß die Frage der Neutralität endlich einmal irgendwie aus der Welt geschafft werden müßte; "denn diese ganze Fragestellung ist sinnlos geworden. Neutralität ist überhaupt gar kein Kriterium mehr, nicht für die Qualität und erst recht nicht für die Richtung der Arbeit. Die Volkshochschulen und Volkshochschulverbände, die dem Reichsverband angeschlossen sind, sind ja auch in Wirklichkeit und zum großen Teil nicht neutral. Gibt es denn keine Möglichkeit, irgendwie doch das Qualitätsprinzip zur Grundlage des Reichsverbandes zu machen. Nachdem ich das nicht eben sehr erfreuliche Echo aus den Dresdener Nachrichten vernommen habe, würde es mich doch auch interessieren, zu hören, was die anderen dazu gesagt haben."[26] Ein Teil der richtungsbestimmten Presse, z.B. die Germania[27] und manche sozialistische Zeitungen nahmen in längeren Berichten von der Tagung freundlich Notiz. Auch bei manchen Behörden waren günstige Wirkungen nicht ausgeblieben. Die Tagung war immerhin eine "Heerschau" über eine erhebliche Zahl von Männern und Frauen, die sich in den verschiedensten Teilen Deutschlands und gewiß auch mit verschiedener Zielsetzung und Methode um die deutsche Volksbildung bemühten. Der Begriff der Neutralität für die Arbeit des Reichsverbandes war seitdem noch stärker in den Blickpunkt der Betrachtung gerückt; für seine nun endlich einmal vorzunehmende recht genaue Bestimmung waren allerlei Ansatzpunkte gewonnen. Trotz Überladung konnte diese "Repräsentationstagung" wegen der großen Mannigfaltigkeit des Programms als geglückt angesehen werden.[28]

Nach dem ersten Volkshochschultag in Dresden 1928 ließ der Reichsverband der deutschen Volkshochschulen einen zweiten V o l k s h o c h s c h u l t a g i n B r e s l a u folgen. Die nach dreijährigem Bestehen vollzogene Zusammenfassung der deutschen Abendvolkshochschulen und der nach ihrer freien Art verwandten Volkshochschulheime hatten sich sowohl zweckmäßig und dauerhaft, als auch nützlich und segensreich erwiesen. Der Reichsverband lud zu dieser Tagung ein, "nicht zu einem geistigen Turnier und zu theoretischer Auseinander=Setzung, sondern

zur Weckung und Stärkung gemeinsamen Geistes und Willens und zu einer kraftvollen Kundgebung nach außen."[29] Als Thema wurde die "Öffentliche Verantwortung"[30] herausgestellt, die ein "wesentlicher, gestaltender Zielpunkt aller echten Volkshochschularbeit [31] ist, durch den die an Reich, Länder und Gemeinden gestellten Ansprüche der Volkshochschule tief begründet werden."[32] Nur durch die intensive Kleinarbeit von freien Einrichtungen gestaltender Erwachsenenbildung sollte der mangelnden politischen Erziehung breiter Massen begegnet werden. "Wer in dieser Notzeit nicht erkennt, daß alles getan werden muß, um die Eigenkräfte des Verstehens und Gestaltens in den breiten Schichten zu stärken und vor dem Versanden in Mechanisierung, Erwerbslosenneurose, Sport und Zerstreuung zu bewahren, wenn anders ein Volksstaat und ein Volk bestehen sollen, hat das Gebot der Stunde begriffen."[33] Über all diese Anliegen wurde in Breslau vom 12. bis 15. Juni 1930 gesprochen. Das Programm enthielt eine öffentliche Kundgebung und Arbeitssitzungen an zwei Tagen, auf denen bekannte Persönlichkeiten sprachen.[34] Das Hauptreferat auf der öffentlichen Kundgebung hielt Prof. Dr. Keßler, Leipzig, über das Thema: "Wie kann die Volkshochschule für das öffentliche Leben bilden?" Die Hauptaufgabe der Volkshochschule für das öffentliche Leben sei die Bildung von Persönlichkeiten. Sie müsse das Volk als Ausgangspunkt, Sinn und Ziel für ihre Arbeit anerkennen. Schon das gemeinsame Arbeiten schule Lehrer und Hörer für das öffentliche Leben und bereite sie für größere Staatsaufgaben, für die Selbstverwaltung im großen vor. Dabei lehne es die Volkshochschule ab, Schulung für höhere Staatsbeamte und Lehrer des Volkes zu sein. Auch für einzelne Parteien oder irgendwelche andere Lebensinteressen könne sie nicht werben. Nicht das "Versöhnen" der gegensätzlichen Gruppen sei ihr Ziel, sondern sie wolle das gegenseitige Verstehen fördern. Die schönste und schwerste Arbeit liege da, wo sich in den Arbeitsgemeinschaften Glieder verschiedener Konfessionen und Gruppen zusammenfinden, um sich verstehen und vertragen zu lernen, trotz gegenteiliger Weltauffassung. Über dem Kulturbesitz der einzelnen Gruppen stehe die gemeinsame deutsche Kultur. Sie sei nicht bürgerlich oder proletarisch, nicht evangelisch oder katholisch, sondern Ge-

meingut aller Deutschen. Auch im "neuen Deutschland", vor allem in der Jugend - und Kunstbewegung, sei vieles, was über die Parteien hinweg verbinde. In keiner Lehrgemeinschaft sei das Verhältnis zwischen Lehrern und Hörern so vertrauensvoll wie hier. Das hohe Ziel sei, die Denkenden zum Wollen und die Wollenden zum Denken zu erziehen. Nicht irgendeine oberflächliche Harmonie solle erstrebt werden, sondern die bewußte Vertiefung des Wissens um die Dinge der Welt. Nicht Recht zu behalten, sondern einander gerecht zu werden, sei die höchste Aufgabe. Aber neben der Bildung der Persönlichkeit solle auch die Gemeinschaft des Staatsvolkes gepflegt werden. Der neue Staat müsse sich zum Volksstaat wandeln. Daß alle Glieder der Volkshochschule mehr oder weniger aktiv im Leben stehen, sei ein gutes Zeichen; denn der Volksstaat erfordere politische Aktivität seiner Bürger. Für diese staatsbürgerliche Arbeit gebe die Volkshochschule die Grundlage. Somit könne sie auch das öffentliche Leben bilden und es günstig beeinflussen. Der Jugendverführung sage die Volkshochschule den offenen Kampf an. Die Verhetzung der Jugend, wie sie in großem Maße erlebt werde, sei leichter als die Erziehung. Man wolle im deutschen Volk Führung und nicht Verführung der Jugend.[35)]

Ministerialrat Becker, Berlin, hielt am Sonnabend, dem 14. Juni 1930, einen wichtigen Vortrag über die "Finanzlage des Reiches, der Länder und der Gemeinden und die Finanzierung der Volkshochschulen". Hier wurde vor allem auf die Wünsche der Regierungen hingewiesen, die, wenn die Volkshochschulbewegung mehr Durchschlagskraft erlangen wollte, folgende Akzente verzeichnen mußte:[36)]

1) eine klare Formulierung der Aufgaben der Volkshochschule,
2) eine Einigung der verschiedenen volksbildnerischen Richtungen,
3) eine Vertiefung und eine weitere Konkretisierung der Arbeit,
4) eine publizistisch klare Darstellung des Gesichts der Volkshochschule in der Öffentlichkeit,
5) eine Heranziehung von Menschen, die zum vollen Einsatz ihrer Existenz und ihrer Kräfte für die Sache der Volkshochschule bereit sind.

Dem Staat oblag es, eine freie Entwicklung der Arbeitsstätten der Volkshochschulbewegung zu ermöglichen und zwischen den anderen staatlichen Bildungsaufgaben (Volks-und Berufschule, Volksschullehrerbildung, Hochschule) und der Volkshochschule engere Verbindungen zu knüpfen. Auch wurde die Volkshochschule nicht für eine Privatsache, sondern für eine öffentliche Angelegenheit erklärt. "Es galt, das Staatsvolk für den Volksstaat zu bilden."[37] Der Deutsche Volkshochschultag in Breslau stellte an die Spitze der Beratungen einen Protest gegen alle aus politischer und bürokratischer Engstirnigkeit entstandenen Versuche, die Bewegungsfreiheit der Volksbildungsschulen einzudämmen. Sehr wirkungsvoll wurde gegen die Maßnahmen des thüringischen Innenministers dadurch protestiert, daß der von ihm als einer der ersten Beamten des Landes abgebaute Leiter der thüringischen Volkshochschulbewegung, Dr. Buchwald, zum Ehrenmitglied ernannt wurde. Dem Reich und Preußen wurde gedankt, daß sie die von den Nationalsozialisten Thüringens verweigerte Beihilfe für das Volkshochschulwesen ersetzten. Folgende, im Wortlaut wiedergegebene Entschließung wurde angenommen:

"Der am 14. Juni 1930 in Breslau versammelte Deutsche Volkshochschultag dankt allen Behörden des Reiches, der Länder und Gemeinden, welche ihrer Verantwortung bewußt, bisher das freie deutsche Volkshochschulwesen und die gesamte Erwachsenenbildung gefördert haben und bestrebt sind, dies im Sinne des Artikels 148 der Reichsverfassung auch weiterhin unbedingt zu tun.
Mit Sorge aber verfolgt der Volkshochschultag die Absicht einiger amtlicher Stellen, aus finanziellen oder parteipolitischen Gründen die finanziellen Beihilfen einzuschränken oder ganz zu streichen. Insbesondere erregt die Streichung von Mitteln für die Thüringische Erwachsenenbildung seitens der gegenwärtigen Thüringischen Staatsregierung und einiger kleinerer deutscher Gemeinden für ihre örtlichen Einrichtungen unseren schärfsten Widerspruch. Gestützt auf die große und fortschreitende Entwicklung, die unsere Bewegung genommen hat, und auf die gesellschaftliche Notwendigkeit der von den deutschen Volkshochschulen für das öffentliche Leben unseres Volkes mit verhältnismäßig geringem Aufwand geleisteten pädagogischen Arbeit wissen wir uns stark genug und berechtigt, von den deutschen Behörden die für die Finanzgebarung der öffentlichen Stellen nicht erheblichen Mittel dauernd in der Höhe zu fordern, welche für eine gedeihliche Entwicklung des deutschen Volkshochschulwesens unbedingt notwendig ist."[38]

Die Teilnehmerliste des deutschen Volkshochschultages in Breslau verzeichnete 441 Persönlichkeiten[39] aller Verbände, Organisationen und der Volkshochschulbewegung. Das Echo war ausgesprochen gut und günstig. Es war vermieden worden, daß der Volkshochschultag ein allzu großes Vielerlei an sachlichen Verhandlungen bot; vielmehr entsprach er in seiner Gestaltung durchaus dem Gedanken der intensiven Bildung.[40]

Neben den Volkshochschultagen veranstaltete der Reichsverband der deutschen Volkshochschulen Arbeitstagungen in Prerow auf dem Darß und auf der Burg Lauenstein. Zum besseren Verständnis dieser Tagungen seien in diesem Zusammenhang zunächst zwei Exkurse über das Volkshochschulheim Prerow und über die Deutsche Schule für Volksforschung und Erwachsenenbildung gestattet.

Das Volkshochschulheim Prerow auf dem Darß wurde 1921 als Kinderheim von Fritz und Edith Klatt[41] gegründet, wo "innerhalb der praktischen Arbeit mit Kindern junge Pädagogen in die pädagogische Situation der Gegenwart eingeführt wurden."[42] Die Kurse des Heims bestimmten dann die Arbeit des Volkshochschulheims, dessen Kinderheimabteilung bald aufgegeben wurde. In Prerow legte man Wert auf die Freizeitgestaltung: Was bedeutete Freizeitgestaltung? Freizeitgestaltung war Erwachsenenbildung, Volksbildung und Arbeiterbildung. Die Freizeitkurse hatten ein "eigentümliches Doppelgepräge",[43] ein Ferien-und Erholungsheim und "straffe geistige Arbeit innerhalb des Heimlebens, in Form von geistiger Arbeitsgemeinschaft als tätige und aufbauende geistige Zusammenarbeit."[44] Neben den Kursen von mehr geistigen Interessen gab es eine Reihe musischer Kurse. In der Gymnastik, im Tanz, im Laienspiel und in der Musik fand die spielende und gestaltende Betätigung des Einzelnen ihren Ausdruck.[45] Interessant war die berufliche Zusammensetzung der Schüler. Beispielsweise nahmen im Jahre 1930 390 Schüler aus folgenden Berufsgruppen an den Kursen teil:[46]

Lehrer u.-innen	88	Kinderpflegerinnen	12	Kaufleute	9
Studenten,-innen	84	Univ.Dozenten	12	Krankenschw.	5
Buchhändler	33	Bibliothekare	11	Redakteure	5
Gymnastik-u.Sport lehrer u.-innen	32	Ehefrauen	11	Reg.Beamte	4
Angestellte	25	Fürsorgerinnen	10	Pfarrer	2
VHS-Leiter u.Doz.	22	Schüler u.-innen	9	Ingenieure	1

Im Jahre 1931 befand sich das Heim in verzweifelter finanzieller Lage. Es wurde der "Verein zur Förderung des Volkshochschulheims Prerow a.d. Darß, Dr. Fritz Klatt in Berlin e.V."[47] gegründet, der das Heim "retten"[48] sollte. Im gleichen Jahr beantragte das Heim die Aufnahme in den Reichsverband.[49] Im Protokoll des Reichsverbandes vom 28.5.1932[50] hieß es: "Der Vorstand des Reichsverbandes der deutschen Volkshochschulen muß zu seinem Bedauern die Aufnahme von Prerow in den Reichsverband aus folgenden Gründen ablehnen: Für die Aufnahme in den Reichsverband ist der Charakter der Heime maßgebend. Volkshochschulheime, die dem Reichsverband angeschlossen sind, müssen Kurse von längerer Dauer durchführen. Diese Voraussetzungen treffen für Prerow nicht zu, da in ihrem Heim nur Kurse von wenigen Wochen durchgeführt werden. Das Heim ist außerdem im Winter geschlossen. Die Teilnehmer ihrer Kurse setzen sich überdies häufiger aus bestimmten Berufskreisen zusammen, während in den anderen Heimen die Teilnehmer aus allen Berufen aufgenommen werden. Der Reichsverband ist nicht in der Lage, besondere Erwerbslosenkurse von sich aus einrichten zu können. Der Vorstand des Reichsverbandes kann darum eine Aufnahme von Prerow bei aller Anerkennung Ihrer persönlichen Tätigkeit nicht zustimmen."[51] Doch am 15.3.1933 wurde, durch die schwierigen Verhältnisse bedingt, dem Antrag von Prerow stattgegeben und das Heim, wie schon vorher Dreißigacker,[52] dem Reichsverband unmittelbar[53] angeschlossen.[54]

Die Geschichte der "Deutschen Schule für Volksforschung und Erwachsenenbildung"[55] ist noch nicht geschrieben. Es sei aber auf die sehr wichtige Arbeit von Jürgen Henningsen in "Der Hohenrodter Bund" hingewiesen.[56] Im folgenden Abschnitt soll hauptsächlich über die Verbindung und die Zusammenarbeit der Deutschen Schule mit dem Reichsverband berichtet werden. Zunächst ein kleiner Abriß zur Geschichte: Die "Deutsche Schule für Volksforschung und Erwachsenenbildung" wurde 1927 in Leipzig gegründet, in den ersten Jahren vom Hohenrodter Bund getragen und von den Regierungen der Länder unterstützt. Später trennte sie sich als E.V. vom Hohenrodter

Bund. Sie hatte sich eine dreifache Aufgabe gestellt: Wissenschaftliche Vertiefung der pädagogischen Probleme in der Erwachsenenbildung, Forschung auf dem Gebiet der Einzelwissenschaften im Hinblick auf die Erwachsenenbildung und Heranbildung von Volksbildnern.[57] Die erste Besprechung zwischen Vertretern der Deutschen Schule für Volksforschung und Erwachsenenbildung und Vertretern des Reichsverbandes der deutschen Volkshochschulen fand am 21. Juni 1929 in Berlin statt.[58] Die Besprechung diente der freundschaftlichen Klärung verschiedener, zwischen den beiden Organisationen stehenden Fragen, die "einer engeren Zusammenarbeit zwischen ihnen bisher im Wege standen."[59] Sie sollte außerdem einer Anbahnung des freundschaftlichen Verhältnisses dienlich sein. Die Aufgaben der Deutschen Schule wurden in ihren wesentlichen Zügen als eine Arbeits-und Forschungsstelle auf der Grundlage der Anschauungen des Hohenrodter Bundes umrissen. Ihr Bestreben war, eine staatlich anerkannte Volksbildungsstelle für die Aus-und Weiterbildung des Nachwuchses zu sein. Der Reichsverband sollte die Stellung der Deutschen Schule unterstützen und mit ihr zusammenarbeiten, indem er gemeinsame Veranstaltungen für diese Aufgabe vorsah. Die Ausbildung des Volkshochschullehrernachwuchses, die der Deutschen Schule überlassen war, ging über den Rahmen einer Organisation wie der "neutralen" Volksbildung hinaus. Angehörige aller Richtungen, die intensive Volksbildungsarbeit leisteten, sollten von ihr erfaßt werden. Der Reichsverband betonte, daß er seine wesentliche Aufgabe in der Vertretung der deutschen Volkshochschulen gegenüber amtlichen Stellen, insbesondere dem Reichsministerium, sah. Die Frage der Nachwuchserziehung wurde erst dann wichtig, als es um die qualitative Arbeit der ihm angeschlossenen Volkshochschulen ging. Hier war eine Zusammenarbeit mit der Deutschen Schule zu begrüßen. Die beiden Organisationen legten somit ihre Grenzen fest, betonten aber gleichzeitig ihre enge Zusammenarbeit und gegenseitige Förderung.[60] Die Arbeit der Deutschen Schule hatte sich in den ersten Jahren, aufs Ganze gesehen, bewährt. Die Lehrgänge, die in den verschiedenen Teilen Deutschlands veranstaltet wurden, regten zur Belebung und Vertiefung der regionalen Volksbildungsarbeit an. Die längeren Studienkurse leisteten gute Forschungs-und

Klärungsarbeit. Aus dieser Arbeit heraus nahm die Deutsche Schule Fühlung mit anderen Kreisen und Gruppen auf. Es wurde der Wunsch laut, die Deutsche Schule sollte die Möglichkeit schaffen, daß alle in der Erwachsenenbildung tätigen Kreise aktiv mitarbeiten konnten. Darum beschloß der Hohenrodter Bund, die Deutsche Schule unabhängig zu machen und sie als selbständigen Verein eintragen zu lassen. Den großen Verbänden, die auf dem Gebiet der Erwachsenenbildung tätig waren, wurde somit die Möglichkeit zur organisatorischen und arbeitsmäßigen Beteiligung gegeben. Die Umgestaltung übernahm als geschäftsführendes Ausschußmitglied der damalige Ministerialrat H. Becker. Gerade dieser Versuch, die Gewerkschaften und die weltanschaulichen Bildungsverbände in den Verwaltungsausschuß und die Geschäftsführung einzubeziehen, mißlang. Der Zentralausschuß der katholischen Bildungsverbände und der Evangelische Bildungsausschuß lehnten ab. Lediglich die freien Gewerkschaften erklärten sich mit der neu vorgeschlagenen Satzung der Deutschen Schule einverstanden und sagten ihren Eintritt und ihre Mitarbeit zu. Allerdings sah die Leitung der Deutschen Schule es selbst nicht als möglich an, lediglich unter Einbeziehung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes eine Satzungsänderung vorzunehmen. Auch für den Reichsverband der deutschen Volkshochschulen ergab sich die Frage, ob er mit dem ADGB allein den Verwaltungsausschuß der Deutschen Schule bilden konnte. Die Schwierigkeit bestand nun darin, daß es peinlich wurde, die jetzt zur Mitarbeit entschlossenen freien Gewerkschaften zurückzuweisen. Die Lage der Deutschen Schule war insofern mißlich, als sie nun versuchte, die ganze Angelegenheit einer Satzungsänderung ruhen zu lassen. So sollten der Rat der Deutsshen Schule und die Geschäftsstelle nach wie vor ihre bisherigen Funktionen ausüben. Diese Situation wirkte sich auch für die finanzielle Beihilfe des Reiches und der Länder ungünstig aus, so daß die Leistungsfähigkeit der Deutschen Schule stark beeinträchtigt wurde. Ein Beschluß[61)] des Reichsverbandes stellte deshalb fest, "daß die Lage und die Behinderung der Deutschen Schule den Reichsverband zwingt, die für ihn dringliche Aufgabe der

Lehrerschulung nunmehr selbst in Angriff zu nehmen, und daß dies der Deutschen Schule mitgeteilt werden soll."[62] Nachdem mit der Deutschen Schule noch die Arbeitswoche über "Grundfragen der Abendvolkshochschulen" vom 31.5. bis 6.6.1931 in Zusammenarbeit mit dem Reichsverband der deutschen Volkshochschulen in Prerow durchgeführt worden war, hielt der Reichsverband im Oktober 1932 eine selbständige Volkshochschulpraktikertagung auf der Burg Lauenstein[64] ab. Am 2. Juli 1932 trat der Rat der Deutschen Schule für Volksforschung und Erwachsenenbildung in Berlin zusammen, um Verhandlungen über die Neuordnung der Deutschen Schule zu führen. Die Besprechung wurde in folgenden Punkten zusammengefaßt:[65]

"1. Der Rat ist einhellig der Meinung, daß die Deutsche Schule eine wesentliche Aufgabe innerhalb der Volksbildungsarbeit hat und weitergeführt werden soll.
2. Was über den Gegensatz von zentralem Aufbau der Deutschen Schule oder Dezentralisierung gesagt worden ist, steht nicht im Gegensatz, sondern kann in gesunder Art und Weise vereint werden.
3. Die Geschäftsstelle ist aufrechtzuerhalten."

Als Zwischenlösung wurde bis zur endgültigen Regelung im Herbst 1932 Direktor Bäuerle zum Ratsvorsitzenden der Deutschen Schule gewählt. Die Verhandlungen mit den anderen Verbänden sollten fortgeführt werden. Eine Ausdehnung ihrer Arbeit erhielt die Deutsche Schule durch Einrichtung von Arbeitsstellen und Seminaren, die die Volkshochschularbeit und -lehrerfortbildung intensivieren sollte. Der Rat der Deutschen Schule gab die Zustimmung zur Einrichtung der Leipziger Arbeitsstelle.

Durch die Hamburger Sitzung des Reichsverbandes[66] und der Sitzung der Deutschen Schule waren noch einmal das Verhältnis und die Arbeitsweise der beiden Organisationen festgelegt worden. Die Niederschrift der Sitzung des Rates der Deutschen Schule vom 16. März 1931 in Stuttgart sagte zu Punkt 6 der Tagesordnung:[67] Ministerialrat Becker wünscht keinen "Vertrag" zwischen Reichsverband und Deutscher Schule, sondern sagt zu, daß das Ergebnis der Verhandlungen im

offiziellen Protokoll der Ratssitzung niedergelegt und dem Reichsverband übermittelt werden soll. Er faßt dieses Ergebnis folgendermaßen zusammen: Es ist eine vollständige Übereinstimmung erzielt worden hinsichtlich der Frage der Mitbeteiligung des Reichsverbandes an den Tagungen der Deutschen Schule, die sich mit Hochschulfragen befassen: sie werden im Benehmen mit dem Reichsverband geplant und nach vorheriger Vereinbarung gemeinsam durchgeführt. Hinsichtlich der Arbeitsstellen bezw. Arbeitsgruppen, soweit ihre Tätigkeit das Volkshochschulwesen betrifft, wird auch eine Zusammenarbeit stattfinden. Hierfür gilt dasselbe wie für Punkt 1. Hinsichtlich des Antrags des Reichsverbandes auf gemeinsame Errichtung von Stellen zur Ausbildung von Volkshochschullehrern wird eine Kommission zur Vorbereitung der Angelegenheit eingesetzt, die von Seiten der Deutschen Schule die oben genannten Herren Weitsch, Pfleiderer bezw. Bäuerle, Laack angehören, während drei weitere Mitglieder der Reichsverband benennen soll.(es wurden später Mann, Lotze und Adams genannt).
Damit schließen die zu beiderseitiger Zufriedenheit geführten Besprechungen mit dem Reichsverband der deutschen Volkshochschulen. Nach der Julisitzung der Deutschen Schule im Jahre 1932 wurden die Voraussetzungen für die Mitarbeit des Reichsverbandes in einer Besprechung 68) in folgenden Punkten festgelegt. Dr. Mann sollte als Vertreter des Reichsverbandes, Herr Hessler als Vertreter des ADGB, sowie andererseits noch Vertrauensleute anderer weltanschaulicher Richtungen in den geschäftsführenden Ausschuß gewählt werden, dessen Geschäftsführer Dr. Laack war. Weiter wurde gewünscht, die Wahl eines repräsentativen Vorsitzenden und die Bildung einer Arbeitskommission für das Volkshochschulwesen. "Nachdem ich mich über Aufgabe, Ziel und Zweck der Deutschen Schule näher unterrichtet habe, erkläre ich mich bereit, den mir in der letzten Ratssitzung beschlossenen Vorsitz im pädagogischen Rat zu übernehmen." Diese Erklärung gab am 22. Dezember 1932 der neue Ratsvorsitzende Geheimrat Pallat ab. Eine Sitzung des Arbeitsausschusses der Deutschen Schule fand noch am 3.3. 1933 in Berlin statt, auf welcher über die Lage der Erwachsenenbildung, über

die geplante Auflösung des Archivs für Volksbildung und die Tätigkeit der Arbeitsstellen beraten wurde. Durch die politische Notlage war der "Hauskrieg" der Verbände überbrückt. Einige Verbände waren verhandlungs-und einigungsbereiter. Aber es gelang beispielsweise nicht, die katholischen Verbände für die Arbeit der Deutschen Schule zu gewinnen. Durch Verordnung des Preußischen Ministeriums für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung vom 13. Mai 1933 wurden der Deutschen Schule die gezahlten Vorschüsse gesperrt und sie selbst als Institution dem Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht eingegliedert. Sie führte als Abteilung den Namen "Hauptstelle für Volkshochschulwesen."[69)]

Eine Arbeitstagung im Volkshochschulheim Prerow auf dem Darß wurde vom 31. 5. bis 6.6. 1931 von der Deutschen Schule für Volksforschung und Erwachsenenbildung[70)] in Zusammenarbeit mit dem Reichsverband der deutschen Volkshochschulen[71)] über das Thema "Grundfragen der Abendvolkshochschule" veranstaltet.[72)] Am 6.6. 1931 wurde über die von dem Ausschuß Bäuerle, Becker, Marquardt, Mockrauer und Neundörfer aufgesetzte "Prerower Formel"[73)] verhandelt und dann im Anschluß daran von der Vollversammlung die endgültige[74)] angenommen. Zur Erörterung standen die Grundfragen der Abendvolkshochschule in der Absicht, bei der Mannigfaltigkeit der Grundhaltungen der deutschen Abendvolkshochschulen den Versuch zu machen, eine gemeinsame Grundlage zu finden, um so eine klare Zielsetzung zu ermöglichen und eindeutig zu zeigen, welche besonderen Aufgaben gerade die Volkshochschule im Gesamtbau des Volksbildungswesens hatte.[75)] Am 9.6. 1931 schrieb der damalige Ministerialrat im Preußischen Kultusministerium H. Becker an den Reichsverband: "Wir wären dankbar, wenn der Vorstand des Reichsverbandes sich dazu entschließen könnte, auf den Boden der in der Niederschrift festgehaltenen Auffassung vom Wesen der Abendvolkshochschule zu treten."[76)] Aber im Vorstand des Reichsverbandes zeigte sich der erste Widerspruch zur "Prerower Formel". "Das Ergebnis Eurer Beratungen ist in Wahrheit eine völlige Preisgabe aller der Gedanken, um die wir seit zehn Jahren im Hohenrodter Bund gerungen haben. Was da steht, kann man mutatis mutandis von jeder Schule sagen.---

Daß die echte intensive Arbeitsgemeinschaft an der Abendvolkshochschule nur teilweise verwirklicht ist, wissen wir. Aber das ist kein Grund dafür, um ihre Idee in einer Entschließung, die das Wesen der Volkshochschule bestimmen will, preiszugeben."[77] Gemäßigter und anders als Pfleiderers Meinung schien die Ansicht von Mockrauer.[78] "Die Formel soll in der freien Volksbildung nicht als eine vom Reichsverband anerkannte, sondern lediglich als Resultat der Beratungen der in Prerow versammelten Personen erscheinen."[79] Der Veröffentlichung in der "Freien Volksbildung"[80] glaubte der Vorsitzende des Reichsverbandes der deutschen Volkshochschulen, Dr. Alfred Mann, nur dann zustimmen zu können, wenn folgende Sätze als Einleitung erschienen: "Die Prerower Formel ist insofern anzuerkennen, als sie einen wesentlichen Teil der Arbeit richtig umschreibt, die bisher schon in einem großen Teil der deutschen Abendvolkshochschulen geleistet worden ist, als sie ernsthaften volksbildnerischen Bemühungen die nötige Freiheit läßt und als sie geeignet ist, der Öffentlichkeit - insbesondere auch der parlamentarischen und behördlichen - ein Bild von unserer Arbeit rasch zu vermitteln, das die bereits in § 148, Abs. 4 der Reichsverfassung verankerte finanzielle Forderung an Reich, Länder und Gemeinden berechtigt und dringend notwendig erscheinen läßt."[81] Viel Verwirrung schafften noch zwei Berichte von Engelhardt[82] und Norbert Henningsen[83], die die Leitsätze als "eine neue Ära der Volksbildungsbewegung"[84] betrachteten, obwohl diese "Marquardtschen Leitsätze nur Dinge vertreten, die wir alle seit zehn Jahren vertreten haben, vielleicht mit einer gewissen Akzentverschiebung nach einer größeren Schulmäßigkeit hin."[85] "Wir werden aus Prerow sehr viel zu lernen haben und nach Prerow manche Überarbeit zu leisten haben, wenn wir den Reichsverband und mit ihm die deutsche Volkshochschulbewegung in gesunden Bahnen weiterführen wollen".[86] Mockrauer glaubte, daß der Reichsverband durch die Prerower Formel eine starke Förderung erhalten hatte und die Einigungsformel genau die Linie festlegte, die der Reichsverband schon immer gegangen war und weiter gehen sollte. In der Vorstandssitzung des Reichsverbandes vom 2.9. 1931 wurde die Formel als Eintritt in

eine "grundsätzliche Erörterung"[87] gebilligt. In der Niederschrift hieß es: "Zur Frage der Prerower Formel wiederholt Mann, was er bereits während der Prerower Tagung und später erklärt hat, daß er nämlich grundsätzliche Einwendungen an einigen Punkten zu machen habe. Auch andere maßgebende Personen des Reichsverbandes seien in derselben Lage. Dennoch halte er es nicht für zweckmäßig, jetzt in eine grundsätzliche Erörterung der Formel einzutreten. Denn die Formel habe sich erfreulicherweise in praktischer Beziehung als außerordentlich günstig erwiesen und man solle diese Wirkung nicht beeinträchtigen. Sie habe sowohl bei der Tagung des Reichsausschusses für sozialistische Bildungsarbeit,[88] als auch beim Katholikentag[89], den sozialistischen und katholischen Volksbildnern eine positive Stellungnahme zur allgemeinen, freien und neutralen Volksbildungsarbeit erleichtert. Nach einer längeren Aussprache, an der sich vor allem Dr. Adams[90], Professor Pfleiderer und Dr. Mockrauer beteiligten, wird dem Vorschlage von Dr. Mann zugestimmt."[91] Die Prerower Formel war sicher nicht eine Resignation,[92] sondern als gute Basis für ein Gespräch mit den "Anderen" zu werten. Dem Reichsverband der deutschen Volkshochschulen war sie nicht "genügend".[93] Die politischen Ereignisse im Jahre 1933 verhinderten es, diese umstrittene Formel zur weiteren Entfaltung zu bringen.

Eine "Arbeitswoche für Volkshochschulpraktiker" fand vom 2. bis 7. Oktober 1932 auf Burg Lauenstein in Oberfranken statt. Sie wurde vom Reichsverband der deutschen Volkshochschulen einberufen, ohne daß die Deutsche Schule für Volksforschung und Erwachsenenbildung eingeladen worden war. Bei dieser Gelegenheit der Zusammenkunft von Volksbildnern sollte über wichtige Fragen der Volkshochschule beraten werden. Der Austausch von Erfahrungen sollte zu Verbesserungen der bisherigen Methoden der Organisation und des Unterrichts führen. Auch war der Wunsch laut geworden, den Teilnehmern dieser Veranstaltung Gelegenheit zu näherem persönlichen Kennenlernen zu geben. Die Ungunst der Zeit konnte und durfte nicht davon abhalten, alles zu tun, was der Verbesserung der Arbeitsleistung der Volkshochschulen diente. Im Gegenteil, "nur der Wert der sachlichen Arbeit solle

und werde das öffentliche Urteil über den Bestand und die Fortentwicklung der durch die Wirtschaftskrise bedrohten deutschen Volkshochschulen bestimmen."[94] Es sollte während der Arbeitswoche grundsätzlich die Form der Arbeitsgemeinschaft benutzt werden. Als Zweck dieser Tagung wurden vor allem hervorgehoben der Erfahrungsaustausch, der Versuch, die zweckmäßigste Form für die Volkshochschularbeit herauszuarbeiten, die Vermittlung von Lehrgut und die eventuelle Herausstellung von Richtlinien. Für die einzelnen Themen waren dementsprechende Vorträge vorgesehen. Dr. Mockrauer sprach über die "Organisation der Abendvolkshochschulen", Dr. Mann über den "Volkshochschullehrer", Heiner Lotze über "Planmäßigkeit und Dauer des Volkshochschulbesuchs", Erich Schmidt über die "praktische Zusammenarbeit mit Behörden und Organisationen" und Dr. Adams über "Vereinheitlichung des statistischen Verfahrens". Die drei Entschliessungen, die im Anhang[95] angegeben sind, behandelten die Frage der "zweckmäßigsten Verfassung städtischer Abendvolkshochschulen grundsätzlich, die Kommunalisierung unter Wahrung der vollen Selbstverwaltung, die Mitarbeit im Freiwilligen Arbeitsdienst im Bezug auf die pädagogische Arbeit und die Mahnung an Reich, Länder und Gemeinden, auch in der Notzeit die Volkshochschulen zu unterstützen."[96] Erwähnenswert ist hier die Rede von Alfred Mann über "Die kulturpolitische Lage und die deutschen Volkshochschulen", weil sie nach Ansicht der Teilnehmer "eines der schönsten Bekenntnisse zur Volksbildung" war. Diese Ansprache wurde in der "Freien Volksbildung"[97] abgedruckt. Alfred Mann versuchte, die politische Lage erfassend, aus der Idee des autoritären Staates eine Konformität mit den Linien der Volksbildung abzuleiten. Hier gingen in der Diskussion die Meinungen auseinander. Im Staat "liegt auch das Bestreben, Staat über dem Volk aber ohne das Volk zu sein. Volksbildung schöpft ihren Sinn nicht nur aus der Gemeinsamkeit von Staat und Volk, sondern aus der Beteiligung aller volksbildenden Kräfte. Dadurch erhält die Volksbildung einen anderen Sinn, als sie aus dem Wesen des autoritären Staates ableitbar ist."[98] Die Diskussion war ein Ringen um die Erhaltung der freien Volksbildung auch im autoritären Staate.

Die mehr praktischen Fragen, z. B. über die Planmäßigkeit und Dauer des Volkshochschulbesuches, beschäftigten sich mit der Feststellung des Tatbestandes: von der Dauer hing die Planmäßigkeit ab. Was war zu tun, um einen regelmäßigen und dauernden Besuch zu garantieren? In der praktischen Zusammenarbeit der Volkshochschulen mit den Kultureinrichtungen, den Organisationen und den Behörden wurden vor allem die Büchereien[99)] hervorgehoben. Die Zusammenarbeit mit anderen Kultureinrichtungen, mit Museen, mit Lichtbildstellen, mit der Volksbühne, mit der Presse und dem Rundfunk konnte niemals so tief gehen, wie mit den Büchereien, weil alle genannten Einrichtungen und Richtungen auch andere als bildnerische Zwecke verfolgten und verfolgen mußten. Bezüglich der Zusammenarbeit mit den verschiedensten Organisationen bestand bei den einzelnen Volkshochschulen die größte Mannigfaltigkeit. Die Zusammenarbeit bezog sich vor allem auf die Lehrerplangestaltung, ferner auf die Hörerwerbung, auf die Einzelveranstaltungen, auf die Finanzierung und auf die Dozentenausbildung. Die Zusammenarbeit mit den kommunalen Behörden beschränkte sich auf die finanzielle Hilfeleistung für die Volkshochschulen und auf die Beschaffung der benötigten Räume. Für die Vereinheitlichung des statistischen Verfahrens war es notwendig, einheitliche Anmeldeformulare zugrundezulegen. Die Angaben der Formulare mußten für eine zusammenfassende Statistik genügend Anhaltspunkte enthalten. Folgende Gesichtspunkte waren zu berücksichtigen: Die Unterscheidung der wichtigsten Altersstufen, die soziale Schichtung nach dem Hauptberuf, die Zahl der Kurse und Dozenten und ihre prozentuale Verteilung auf die einzelnen Lehrabschnitte, eine Trennung nach männlichen und weiblichen Hörern und eine genaue Scheidung zwischen Belegungen und einzelnen Hörern. Für die innere Entwicklung der Volkshochschulen war es wichtig, die Lehrpläne nach den Ergebnissen der Statistik dauernd zu überprüfen und eventuell umzugestalten.

Die Frage des Arbeitsdienstes wurde lebhaft diskutiert. Die Verordnungen des Reichskommissars über die geistige und körperliche Ertüchtigung waren inhaltlich ein dehnbarer Begriff, dem die verschiedenen Richtungen eine verschiedene Deu-

tung gaben. Bei dem Freiwilligen Arbeitsdienst [100] konnte der Volksbildner eine pädagogische Nacherziehung oder eine Form der deutschen Wiederaufrüstung sehen. Das Arbeitsdienstlager hatte einen doppelten Zweck, nämlich einen pädagogischen und einen politischen. Schließlich war auch Politik eine Fortsetzung der Pädagogik mit anderen Mitteln (Angermann). Als Volksbildner fand man im Lager ganz anderen Kontakt zum einfachen Volk, als es bei den Kursen möglich war. Weitsch widersprach diesen Meinungen in wichtigen Punkten, und er nannte Angermanns Meinung mehr "soldatisch" als volksbildnerisch. Das Heim, bzw. der Heimleiter sollte nur die volksbildnerischen Interessen vertreten, die militärischen andere. "Ich würde aber, auch wenn es verlangt würde, nicht mit den Leuten exerzieren."[101] Starke Bedenken wurden gegen die Überwucherung der Volksbildung durch den Freiwilligen Arbeitsdienst erhoben. Nach dem Kriege war die Volkshochschule eine Art neuer Lebensform gewesen. Die bisherige klare innere Linie konnte durch die neue Situation verändert werden. Der militärische Geist war bisher bekämpft worden, und das mußte auch weiter im Sinne der Volkshochschule liegen (Brenner).[102] Volksbildungsarbeit mußte immer den ganzen Menschen erfassen. Die Volksbildungsideen sollten in den Freiwilligen Arbeitsdienst hineingetragen werden.[103]

Aus der Beurteilung der Probleme unter diesen verschiedenen Aspekten ging doch klar hervor, daß die Ideen des Nationalsozialismus über Volksbildung von den anwesenden Volksbildnern auf der Burg Lauenstein abgelehnt wurden. Durch Versuche wollte man in der Notzeit neue Formen finden, um das freie Volksbildungswesen zu erhalten.[104]

Anmerkungen zu Kapitel IV:

1) Rundschreiben Nr. 7 vom 20.1.1928 an die Mitgl.d.RV(V, c 1 u.2)
2) ebd.
3) Pressenotiz 16.4. 1928 (V, c 1)
4) Reichsverband der deutschen Volkshochschulen, e.V.

Sitz Jena, Carl=Zeiß=Platz 3

E i n l a d u n g
zum
DEUTSCHEN VOLKSHOCHSCHULTAG IN DRESDEN
in den Tagen vom 31. Mai bis 3. Juni 1928

V e r a n s t a l t u n g e n

Donnerstag, den 31. Mai:
19 Uhr: Begrüßungsabend. Empfang durch die Stadt Dresden im neuen Rathaus. Künstlerische Darbietungen der Dresdener Volkshochschule. Begrüßung. Vortrag des Herrn Reichsministers a.D. Dr. Külz: Die Pflichten des Reichs, der Länder und der Gemeinden auf dem Gebiete des Volkshochschulwesens. Vortrag des Herrn Universitätsprofessors Dr. Freyer, Leipzig: Akademische Bildung und Volksbildung.

Freitag, den 1. Juni:
9 Uhr: Erste Fachsitzung im Festsaal des Vitzthumschen Gymnasiums, Dippoldiswalder Gasse 9. Vortrag des Herrn Regierungsrats Dr. Kaphahn, Dresden (Sächs. Ministerium für Volksbildung): Die großstädtische Abendvolkshochschule. Vortrag des Herrn Direktors Weitsch (Volkshochschulheim Dreißigacker bei Meiningen): Die Bedeutung der Heimvolkshochschule in der Erwachsenenbildung.
Aussprache über beide Vorträge.
Nachmittags: Führungen durch Dresden
20 Uhr: Öffentliche Kundgebung im Großen Saal des Vereinshauses, Zinzendorfstraße.
Vorträge der Herren: Theodor Bäuerle, Direktor des Württembergischen Vereins zur Förderung der Volksbildung, Stuttgart: Alte und Neue Wege der Volksbildung.
Peter Graßmann, stellv. Vorsitzender des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Berlin: Arbeiterbildung und Volksbildung.
Theodor Tantzen, Ministerpräsident a.D., Oldenburg: Bauernbildung

Sonnabend, den 2. Juni:
9 Uhr: Zweite Fachsitzung im Festsaal des Vitzthumschen Gymnasiums, Dippoldiswalder Gasse 9. Vortrag von Frau Elisabeth Stück, Arnstadt in Thüringen: Die mittel- und kleinstädtische Abendvolkshochschule.
Vortrag des Herrn Schulrats Dr. Sievers, Flensburg: Volkshochschularbeit im Dorfe. Aussprache über beide Vorträge.
14 1/2 Uhr: Kraftwagenfahrt nach dem Volkshochschulheim Schloß Sachsenburg oder: Besuch der Ausstellung "Die Technische Stadt", am Abend Theater.

Sonnabend, den 3. Juni:
Volkshochschultreffen auf Burg Hohnstein (Sächs.Schweiz)

5) vgl. 4)
6) Thesen: Minister Külz (V, c 2)
7) Germania, Berlin vom 27.6. 1928 (V, c 2)
8) Vgl. 6 (ebd.)
9) ebd. S. 2 f.
10) ebd. (Schlußsatz)
11) Mockrauer, der Deutsche Volkshochschultag in Dresden (V, c 2 Manuskript)
12) ebd. S. 2
13) Direktor Bäuerle war Vorsitzender des Vereins zur Förderung der Volksbildung e.V., Stuttgart, und im Rat des Hohenrodter Bundes
14) Königsberger Allgemeine Zeitung vom 30.5.1928
Dresdener Anzeiger vom 3.6. 1928 und 15.6. 1928
Dresdener Neueste Nachrichten vom 3.6. 1928
Vorwärts Berlin vom 2.6. 1928
Oberlausitzer Dorfzeitung vom 4.6. 1928
Hallesche Nachrichten vom 4.6. 1928
Magdeburgische Zeitung vom 4.6. 1928
Volksstaat vom 4.6. 1928
Dresdener Volkszeitung vom 4.6.1928 u.a. (V, c 2)
15) Ausgezeichnet gibt dieses Referat die Germania vom 1.6.1928 wieder
16) s. Berichte in den unter 14) angegebenen Zeitungen
17) ebd.
18) ebd.
19) Das Essener System bezeichnet die Organisation einer Volkshochschule, in welcher die verschiedenen weltanschaulichen Gruppen (Katholiken, Evangelische, Sozialisten) ihre eigene Bildungsarbeit unter gemeinschaftlicher Leitung betreiben. Die Essener Volkshochschule entstand auf dieser Basis, da die einzelnen Gruppen ihre Eigenart zugunsten einer geistigen Arbeitsgemeinschaft aus allen Lagern nicht aufgaben, die Stadtverwaltung aber nur für neutrale Volksbildungsarbeit Mittel bewilligen wollte. Die künstlich geschaffene Leitung wird eine Anzahl von Schwierigkeiten nicht beheben können, und es wird so nie zu einer geistigen Einheitlichkeit kommen. Damit ist das wertvolle Ziel der Gemeinschaftsbildung ausgeschaltet. Schule hat das Essener System nicht gemacht. (Naumann, Paul: Freies... S. 35)
20) Frau Stück kam aus Arnstadt: s. Leitsätze (V, c 2) II.Hemmung
21) ebd. III; Nr. 12 u. Der Volksstaat vom 4.6. 1928
22) Thesen zur Volkshochschularbeit im Dorfe (V, c 2)
23) s. Weitsch (V, c 2) Bedeutung der Volkshochschulheime
24) s. Petersen, Peter: Der Aufstieg der Begabten, Leipzig,1916
25) Protokoll vom 10.9. 1928, S. 1 f. (V, b 2)
26) Brief Bäuerle an Buchwald vom 5.6. 1928 (V, c 2)
27) Germania 1.6. 1928, (V, c 3)
28) Protokoll vom 10.9. 1928 (V, b 2)
29) Mockrauer, Fr.: Der Deutsche Volkshochschultag in Breslau (V, c 2) (Manuskript)

30) DEUTSCHER VOLKSHOCHSCHULTAG BRESLAU

12. bis 15. Juni 1930

Öffentliche Kundgebung

Donnerstag, den 12. Juni 1930:

Donnerstag, den 12. Juni 1930, abends 8 Uhr im Großen Saale des Breslauer Konzerthauses, Gartenstr. 39/41

1. Orgelkonzert Nr. 1 g moll Adagio-Allegretto
Georg Friedrich Haendel (1685-1759)
Volkshochschulorchester (Solist:Gotthold Richter) unter Leitung von Volkshochschullehrer Studienassessor Rudolf Strauch
2. Vorspruch Gedichtet und gesprochen von Volkshochschullehrer Dr. Waldemar von Grumbkow
3. Weckruf Ernst Lothar v. Knorr (1929)
Singkreis der Volkshochschule unter Leitung von Volkshochschullehrer Studienreferendar Walter Erzgraeber
4. Eröffnung des Deutschen Volkshochschultages
Volkshochschuldirektor Dr. Alfred Mann-Breslau (im Namen des Reichsverbandes der deutschen Volkshochschulen und der Volkshochschule Breslau)
5. Hauptrede: "Wie kann die Volkshochschule fürs öffentliche Leben bilden?" Universitätsprofessor Dr. Kessler-Leipzig
6. Werkspruch (3 stimmiger Kanon) W. Byrd (1543-1623)
Singkreis der Volkshochschule unter Leitung von Volkshochschullehrer Studienreferendar Walter Erzgraeber
7. Kurze Begrüßungs-Ansprachen
Herr Oberpräsident Lüdemann (zugleich im Namen des Herrn Reichsministers sowie des Herrn Preußischen Ministers für Wissenschaft, Kunst und Vollsbildung) Herr Bürgermeister Mache (für die Stadt Breslau und das Präsidium des Deutschen Städtetages) Se. Magnifizenz der Herr Rektor der Schlesischen Friedrich-Wilhelms-Universität Professor Dr. Ehrenberg (für die Breslauer Hochschulen und Akademien) Mr. Twentyman-London, Präsident des Weltbundes für Erwachsenenbildung. Herr Köglsperger (Vorsitzender der Breslauer Volkshochschülerschaft)
8. Glockenspruch (Chor und Instrumente) Ernst Lothar von Knorr (1929) Singkreis und Instrumentalkreis der Volkshochschule unter Leitung von Volkshochschullehrer Studienreferendar Walter Erzgraeber

Freitag, den 13. Juni 1930:

(Am Freitag, den 13. Juni, wurden 3 parallel laufende Sitzungen durchgeführt mit folgenden Themen und Referenten, die zugleich die Sitzungsleiter waren:)

1. Dr. Reuter-Köln: "Wie kann die Volkshochschule fürs politische Leben bilden?"
2. Frau Dr. Hermberg-Jena: "Wie kann die Volkshochschule zur Mitwirkung an der öffentlichen Wohlfahrtspflege bilden?"
3. Dr. Mockrauer-Dresden: "Wie kann die Volkshochschule zur Mitarbeit an den öffentlichen Kulturaufgaben bilden?"

Sonnabend, den 14. Juni 1930:

(Der Sonnabend brachte die drei Vorträge von Ministerialrat Heinrich Becker-Berlin, Dr. Krukenberg-Leipzig und Oberbürgermeister Dr. Luppe-Nürnberg über die "Finanzlage des Reiches, der Länder und der Gemeinden und die Finanzierung der Volkshochschulen".)

31) Vg. 29) Bericht Mockrauer S. 3
32) Protokoll der Vorstandssitzung vom 27.10.1929, S.6(V, b 4)
33) Mockrauer Bericht S. 7
34) s. Programm vgl. 30) (Öffentliche Kundgebung)
35) s. Zeitschriftenberichte (V, c 3)
36) Mockrauer ebd. S. 7
37) ebd. S. 7
38) s. Protokoll 27.10. 1929, (V, c 3)
39) s. Teilnehmerliste des Volkshochschultages Breslau (V, c 3)
40) ebd.
41) Das Volkshochschulheim auf dem Darß, Dr. Fritz Klatt, Programm zum zehnjährigen Bestehen des Heimes 1931
s. Literaturverzeichnis Klatt
42) ebd. (V, i 1)
43) ebd. S. 1 f.
44) ebd. S. 1 f.
45) ebd. S. 2
46) ebd. S. 2
47) Protokoll (V, i 1)
48) ebd.
49) Protokoll des Reichsverbandes vom 28.5. 1932 (V, b 6)
50) ebd. S. 5, Bedingungen für die Kurse, bzw. Kurse von längerer Dauer, konnten hier nicht erfüllt werden.
51) ebd. S. 5
52) s. Kapitel VIII, Mitgliederverzeichnis XVIII Nr. 217
53) s. Kapitel VIII, Mitgliederverzeichnis XVIII Nr. 218
54) Protokoll der Vorstandssitzung 15.3. 1932, Punkt 6, S. 4
55) s. Literaturverzeichnis: Die Deutsche Schule...
56) Henningsen, Hohenrodt... S. 46 - 65
57) Naumann, Freies... S. 27 f.
58) Besprechung vom 21.6. 1929 (V, m 1)
59) ebd. S. 1
60) ebd. S. 2
61) Protokoll des Reichsverbandes vom 27.5. 1932, Punkt 13,S.4 (V, b 7)
62) ebd. S. 4
63) s. Kapitel IV: Prerower Tagung
64) 2. bis 7. Oktober 1932
65) Protokoll der Sitzung des Rates der Deutschen Schule vom 2.7. 1932, S. 5 f. (V, m 3)
66) Reichsverband der deutschen Volkshochschulen
Dr. Mockrauer

Dresden-A., den 13. Januar 1931
Marienstr. 17, I.

Herrn Ministerialrat Heinrich B e c k e r
Vorsitzender der Deutschen Schule für Forschung und Erwachsenenbildung
B e r l i n S.,
Unter den Linden 4

Briefauszug:
Dabei bitte ich zu berücksichtigen, daß der Wille zu einer loyalen und sachgemäßen Zusammenarbeit mit der Deutschen Schule beim Reichsverband in dem Maße vorhanden ist, als der Reichsverband seinerseits die Gewähr haben kann, daß auch die Deutsche Schule in allen Angelegenheiten, welche das deutsche Volkshochschulwesen betreffen, mit dem Reichsverband zusammenarbeitet. Es wurden vom Gesamtvorstand zu der Frage folgende Beschlüsse gefaßt:

1. Der Reichsverband der deutschen Volkshochschulen ersucht die Deutsche Schule für Volksforschung und Erwachsenenbildung, Schulungswochen für Volkshochschullehrer nur im Einvernehmen mit dem Reichsverband zu veranstalten.
2. Der Reichsverband der deutschen Volkshochschulen ersucht seine Landesverbände, bei der Veranstaltung von Schulungswochen für Volkshochschullehrer Rat und Unterstützung der Deutschen Schule für Volksforschung und Erwachsenenbildung über den Reichsverband der deutschen Volkshochschulen einzuholen.
3. Der Reichsverband der deutschen Volkshochschulen bittet die Deutsche Schule für Volksforschung und Erwachsenenbildung, die Arbeit in Lehrerfortbildungswochen als Arbeitsgebiet der Landesverbände anzuerkennen. Sie soll daher auf die Einrichtung selbständiger Arbeitsstellen (Seminare usw.) verzichten.
4. Die Deutsche Schule wird gebeten, für die nächste Sitzung des Gesamtvorstandes des Reichsverbandes Bevollmächtigte zu entsenden, um über diese Punkte Abmachungen zu treffen.
5. Die gemeinsame Errichtung von Einrichtungen für Ausbildung von Volkshochschullehrern und hauptamtlichen Lehrern durch den Reichsverband und die Deutsche Schule ist zu erstreben.
6. Die Arbeit der Deutschen Schule außerhalb des Gebietes der Volkshochschularbeit wird von diesen Abmachungen in keiner Weise betroffen.

67) Niederschrift der Sitzung des Rates der Deutschen Schule für Volksforschung und Erwachsenenbildung am 16. März 1931 in Stuttgart, (V, m 3)
68) Besprechung 16. 9. 1932 in Berlin (Mann, Mockrauer und Lotze) (V, m 1)
69) s. Kapitel VII: Schreiben an die Deutsche Schule vom 5.5.1933
70) s. Kapitel IV: Deutsche Schule, (V, m 2)
71) s. Programm der Prerower Tagung (V, m 1)
72) s. Programm der Tagung, ursprünglich geplant unter dem Thema: Lehrgut und Bedeutung der Abendvolkshochschule, s. Niederschrift der Prerower Tagung (V, c 8)
73) s. Kapitel VII: Prerower Formel (zwei Fassungen)
74) ebd. (Vorbemerkung)
75) s. Programm Prerow (V, c 8)
76) Becker an Mann 9.6. 1931 (V, c 8)
77) Pfleiderer an Laack, 12.6. 1931 (V, c 8)
78) Mockrauer an Mann, 20. 6. 1931 (V, c 8)
79) ebd.
80) Freie Volksbildung 6, 1931, Nr. 4, S. 294
81) Mann an Laack, 22. 6. 1931 (V, c 8)
82) Freie Volksbildung 6, 1931, Nr. 6, S. 423 ff.
83) ebd.
84) Mann an Laack, 26.8. 1931 (V, c 8)
85) ebd.
86) Mann an Mockrauer, 25.6. 1931 (V, c 8)
87) Niederschrift des Reichsverbandes vom 2.8. 1931 (V, b 6)
88) Freie Volksbildung 6, 1931, Nr. 5, S. 373 f.
89) Protokoll des Reichsverbandes am 2.9. 1931 (V, b 6)
90) ebd.
91) ebd.

92) Picht, Schicksal... S. 95 f. und Volkshochschule im Westen 3, 1952, Nr. 12. Mockrauer, Zu Werner Pichts Buch über die deutsche Volksbildung (Sonderdruck S. 1 - 11)
93) Der Reichsverband konnte von seinen Mitgliedern "mehr" verlangen.
94) Einladungsschreiben an die Volkshochschulen des Reichsverbandes vom 18.6. 1932 (V, c 5)
95) s. Kapitel VII: Entschließungen zur Lauensteiner Tagung
96) ebd. Entschließung II
97) A. Mann, Die kulturpolitische Lage und die deutschen Volkshochschulen. In: Freie Volksbildung 7, 1932, Nr. 11 S.401 ff.
98) s. auch Aussprache zu diesem Thema, Niederschrift (V, c 7)
99) Schmidt, Erich: Die praktische Zusammenarbeit der Volkshochschulen mit Kultureinrichtungen, Organisationen und Behörden (unveröffentlichtes Manuskript, 10 Seiten) (V, c 7)
100) Protokoll vom 4. 10. 1932 über den Freiwilligen Arbeitsdienst (Texte zur Tagung auf Burg Lauenstein) (V, c 7)
101) ebd. S. 4
102) ebd. S. 5
103) Einen aufschlußreichen Bericht geben die Leiter der Heimvolkshochschule Habertshof, Hans von Berlepsch-Valendas und Günther Urbich, über den zweiten Führer-und Helferausbildungskursus im Rahmen des Freiwilligen Arbeitsdienstes in der Zeit vom 1. Juli bis 28. September 1932.
Allgemeines: Nach dem ersten Ausbildungskurs folgt ein zweiter, der sich über drei Monate hinzieht und folgende Erfahrungen gegeben hat.
Zusammensetzung der Teilnehmer: Den Teilnehmern wurde ein Fragebogen vorgelegt, um einen raschen Einblick in die gesellschaftliche Herkunft, sowie die weltanschauliche und politische Stellung der Teilnehmer zu erhalten.
Die Teilnehmerzahl betrug 47, von denen zwei Drittel aus Hessen-Nassau stammten, die übrigen sich auf die übrigen Länder gleichmäßig verteilten. Aus Großstädten kamen 28, aus Mittel-und Kleinstädten 12 und aus ländlichen Bezirken 7. Das Durchschnittsalter betrug 20 Jahre, die jüngsten waren 18, die ältesten Altersstufen waren 31. Die durchschnittliche Arbeitslosigkeit betrug bei Beginn des Kurses 11 Monate. Es waren Teilnehmer dabei, die drei und vier Jahre arbeitslos waren. Die Teilnehmerschaft setzte sich wie folgt zusammen: Handwerker und gelernte Arbeiter 56%, Angestellte 26%, Akademiker 13%, ungelernte Arbeiter 5%. Auf die einzelnen Berufe verteilten sich diese wie folgt: 6 Schlosser, 3 Schreiner, 2 Dreher, 2 Metzger, 2 Schneider, je ein Schuhmacher, Bäcker, Spengler, Elektriker, Galvaniseur, Techniker, Gürtler, Juwelier, Buchdrucker, Polierer, Mechaniker, Maschinenbauer. 11 kaufm. Angestellte, 3 stud. phil., 1 Handelslehrer, 1 Kulturingenieur, 1 Junglehrer, 1 Jugendleiter, 2 ungelernte Arbeiter. Die schulmäßige Vorbildung war 33 mal Volksschule, 8 mal Mittelschule, 6 mal höhere Schule.
Die Arbeitsverhältnisse in der Familie waren folgende: In 25 Fällen war nur der Kursusteilnehmer, in 8 Fällen waren 2 Personen, in 8 Fällen 3 Personen, in einem Fall vier Personen arbeitslos. Allein lebten 6, in der Familie 41 Teilnehmer.
Politisch orientiert waren die Teilnehmer zu ungefähr 40% sozialdemokratisch, 15% nationalsozialistisch, 14% Zentrum,

13% kommunistisch, 2% Staatspartei, 15% politisch noch nicht fest entschieden, doch wesentlich mit der NSDAP sympathisierend.
Politisch organisiert waren 9 SPD, 1 KPD, 3 NSDAP, 1 Zentrum, 4 SAJ, 2 RB, 1 RM. Selbstschutz; gewerkschaftlich: 7 ADGB, 3 ZDA, 2 GdA, 2 DHV, 1 RGO.
Die praktische Arbeit bestand in Wegebauten auf Elmer Gelände, das Hauptprojekt war die Erneuerung, verbunden mit einer wesentlichen Verbreiterung und Nivellierung eines Verbindungsweges zwischen den Gemeinden Gomfritz und Hutten. Die Arbeit bot die Möglichkeit, die Kursusteilnehmer praktisch und theoretisch mit den verschiedensten Arbeiten vertraut zu machen. Die tägliche Arbeitszeit betrug 6 Stunden. Die Arbeit an diesem Wege war gerade für einen Führerkursus geeignet und lehrreich.
Theoretische Arbeit: Die Vermutung, daß das geistige und menschliche Niveau ein besonderes günstiges gewesen sei, hat sich bestätigt. Die Differenzierung der Begabungen war größer als beim ersten Kurs. So wurden drei verschiedene Kursusgruppen eingerichtet: eine Sportgruppe mit 12 Teilnehmern, eine Helfergruppe mit 20, eine Führergruppe mit 15.
Gesamtergebnis: von den 45 Teilnehmern konnten 12 dem Bezirkskommissar zur Erteilung der Führerqualifikation geeignet empfohlen werden. Von diesen konnten 8 unmittelbar nach Beendigung des Kursus mit der Führung von geschlossenen Lagern bzw. offenen Diensten betraut werden. 18 Teilnehmer wurden als Helfer weiterempfohlen. Unter den restlichen 15 waren einige ungeeignet, einige noch zu jung. 66% haben also den Kursus erfolgreich beendet. Nach Beginn des Kurses erschien die Notverordnung vom 16.7. und die Ausführungsbestimmungen vom 2.8. 1932. Diese Verordnungen brachten eine vollkommene Neuordnung des Freiwilligen Arbeitsdienstes. Damit erhielt die bisher inoffizielle Arbeit auf dem Gebiete der Führer-und Helferschulung ihre rechtliche Grundlage. Der Bezirkskommissar in Frankfurt übertrug der Leitung des Heimes erstmalig die selbständige Ausbildung eines amtlichen Führerschulungskurses. Am 17. Oktober 1932 begann dieser Kursus mit 47 Teilnehmern und lief bis zum 30. November. Neben der praktischen Arbeit, die mit Rücksicht auf die geistige Beanspruchung der Teilnehmer täglich nur vier Stunden dauerte, erstreckte sich der Unterricht auf folgende Fächer: Sinn und Ziel des FAD, die psychologisch-pädagogischen Grundlagen der Führung, Gemeinschaftskunde, Verfassungskunde, politische Aussprachestunden usw.

104) Die Referate von Lauenstein und die Protokolle sind zum großen Teil erhalten (V, c 7)

V. K a p i t e l : Charakteristika und Ideen der Volksbildung im Reichsverband der deutschen Volkshochschulen.

Die Hauptversammlung des Reichsverbandes der deutschen Volkshochschulen am 5. und 6. April 1929 in Jena[1] beauftragte den Breslauer Volkshochschuldirektor und späteren Vorsitzenden des Reichsverbandes der deutschen Volkshochschulen,[2] Dr. Alfred Mann, "Thesen und Dialektik der Volkshochschule"[3] vorzulegen. Die Thesen sollten das Wesentliche über die Volkshochschule sagen und "zur Klärung der Volkshochschulaufgaben, zur Feststellung von Übereinstimmung oder etwa notwendiger gegenseitiger Abgrenzung in den Meinungen über die Volkshochschulen, schließlich auch zur Befreiung von unnötigen Spannungen dienen".[4] Sie sollten forthin als wesentliche Charakteristika und Ideen des Reichsverbandes der deutschen Volkshochschulen gelten.[5] Die Analyse der Volkshochschul-Zielsetzung, wie diese sich in den Jahren nach dem Ersten Weltkrieg als im wesentlichen allgemein anerkannt herauskristallisiert hatte, ergab als Hauptgedanken die Idee der Berufsentfaltung als pädagogisch-teleologisches Gesetz[6] und die Notwendigkeit der Volksbildung als soziologisch-teleologisches Gesetz.[7]

Das Wort Beruf[8] wurde in der landläufigen Oberflächenauffassung einfach als Beschäftigungsposten im Arbeitsleben[9] genommen und stand somit in Widerspruch zu den Gaben und Aufgaben des Menschen.[10] Der alte Sinn "werde, der du bist"[11] oder Goethes "Gesetz, wonach du angetreten"[12] sowie Pestalozzis Weisheit vom "Bilde des Menschen"[13] schaffte die Begriffsbestimmung des Berufs als "die Entwicklungszielrichtung des einzelnen Menschen, die ihm durch das eigentümliche objektive Aufeinanderbezogensein seiner natürlichen Anlagen und entsprechender Wertforderungen, etwa praktischer, wissenschaftlicher, ästhetischer, sittlicher, religiöser Art, gesetzt ist."[14] Die Entfaltung und Vermählung solcher einander entsprechender Anlagen und Werte im lebendigen Menschen war gleichbedeutend mit Persönlichkeitsbildung. Je vollkommener die organische Synthese und hierarchische Ordnung dieser Anlagen und Werte im Menschen gelang, desto abgeklärter erschien die Persönlichkeit.[15] Wo in den Gedankengängen über die Volkshoch-

schule die Formeln: "Vom Menschen aus"[16] oder "Dennoch der Mensch!"[17] auftauchten, mußte untersucht werden, ob die leib-seelische Naturgegebenheit des Menschen, ob das erfühlte Seelentum (wie z.B. in der Jugendbewegung, die gerade damit in die Volkshochschulbewegung hineinragte), ob der Begriff vom humanistischen Ideal und den dazugehörigen Werten oder ob der Persönlichkeitsbegriff nach o.g. Bestimmung betont wurde. Die gestaltende Bildung bedeutete "die dem Seienden verbundene immanente Zielsetzung seiner Ganzheit und von ihr aus nur so verstanden, daß "Teile" durch nachforschende Analyse gefunden werden können, Gestalt war nicht das, was der Bildner wirkte, sondern das, wonach er wirkte. Gestaltende Bildung wurde also besser durch entfaltende Bildung ersetzt. So stellte sich also das Bildungssystem der Volkshochschule dar als ein offenes, eine geprägte Form, die sich lebend entwickelte."[18] Darum war beim Bildungsstoff die kritische Frage zu stellen, was von früheren Werten für die neue Zeit übernommen, was vom Gesamtstoff für den Arbeiter in seiner besonderen soziologischen Lage und was vom Gesamtstoff für die besondere Art des einzelnen Menschen gelehrt werden sollte.[19] Der Mensch kam oft in die Volkshochschulen nicht mehr "als er selbst", sondern angefüllt mit unverstandenen Schlagworten, Vorurteilen, besonderen Ansprüchen: verbildet und eingebildet. Die erste Aufgabe war deshalb Ent-bildung. Die Idee der Berufsentfaltung stand somit in Spannung mit anderen Bildungszielsetzungen, beispielsweise mit den Ansprüchen des naturalistischen Bildungsgedankens, des psychologistischen Bildungsgedankens, des didaktischen Materialismus, der nutzzweck-rationalen Bildung und der Fachbildung. Sie stand in der Ganzheit der Volkshochschularbeit auch in Spannung mit dem Gedanken der Volkbildung.[20] Die Idee der Berufsentfaltung aus den natürlichen Anlagen des Menschen besagte also, daß der Hörer im Gesamtplan der Volkshochschule das finden mußte, was er zum geistigen Aufbau seiner auf einen bestimmten Beruf gerichteten Persönlichkeit brauchte.[21]

Bei der Volk-Bildungsarbeit in der Volkshochschule wurde von der Einsicht ausgegangen, daß das Volk eine unitas multiplex (Einheit in der Mannigfaltigkeit, Mannigfaltigkeit in der Einheit) war. Die Einheit des Volkes wurde gedeutet in

biologischer, kultureller, historischer und vor allem in jener Zeit in ökonomischer Hinsicht. Anerkannt und erkannt wurden die tatsächlichen und rechtmäßig geforderten Gliederungen und Spannungen wirtschaftlicher, politischer, weltanschaulicher und religiöser Art in dem Volke und der Mannigfaltigkeit der Individualitäten. Die Teile der Volksbildungsaufgabe der Volkshochschule waren, daß jeder lernte: die Besonderheit def eigenen Richtung zu begreifen und geistig zu begründen, einzusehen, daß Richtungsverschiedenheiten nicht gleichbedeutend zu sein brauchten mit sittlichen Rangunterschieden, diejenigen Werte zu sehen, die unbestreitbar gemeinsames Kulturgut waren und das Volk objektiv zusammenhielten, die verschiedenen Richtungen als Spannungsmomente einer dialektischen Einheit zu betrachten. Es wurde betont, daß die Volkshochschule diese Volk-Bildungsaufgabe lediglich durch Unterricht in Form der sogenannten geistigen Arbeitsgemeinschaft verfolgen sollte. Im Vordergrund konnte nicht die nach dem Willen der Teilnehmer aus der geistigen Zusammenarbeit erwachsene Spiel-und Festgemeinschaft stehen, sondern die Arbeitsgemeinschaft. Aus dieser Problematik ergab sich der Geltungsbereich der Neutralität innerhalb des Ganzen der Volkshochschule. Neutral war nicht der einzelne Teilnehmer der Volkshochschule, auch nicht der Lehrer, sondern neutral war die Volkshochschule selbst und der Lehrer in seiner pädagogischen Haltung, indem er jedem mit seiner Hilfe zur Verfügung stand. Der Protestant und der Demokrat mußten ebenso dem Katholiken wie dem Sozialisten zu sich selbst helfen. Das konnte nur möglich werden, wenn pestalozzischer Geist den Teilnehmer erfüllte.[22)] Darum hatte die freie Volksbildung als wesentliche Merkmale die so eingeschränkte Neutralität, die Autonomie des vernünftig forschenden Geistes und das offene Bildungssystem. Auch hier erschien das Bildungssystem der Volkshochschule wie bei der Berufsentfaltung als ein offenes. Der Lehrer begnügte sich nicht damit, seinen Schülern fertige Bildungsgüter beizubringen, sondern sie waren miteinander offen und bereit für das, was aus ihrer in immer erneuter Arbeitsgemeinschaft, in immer erneuter unterrichtlicher "Begegnung" geborenen Sinnhaltung ihnen erwuchs. Die

Zielsetzung dieser Volkbildung stand grundsätzlich in Spannung mit den Versuchen der Proselytenmacherei, der Kompromisse und der "Versöhnung" von Gegensätzen. Sie stand arbeitsteilig bis zu einem gewissen Grade in Spannung mit richtungsbestimmten Anstalten und in einer das Ganze der Volkshochschularbeit tragenden Spannung mit dem Gedanken der Berufsentfaltung. Besondere Beachtung erforderte in der Volkshochschule das Verhältnis zwischen dem wissenschaftlichen Denken und dem Volksdenken. Auch für diese Gestaltung des Verhältnisses mußten die Ideen der Autonomie und der Gemeinschaft bestimmend sein. Carl Artur Werner faßte dieses Denken der Volkbildung wie folgt zusammen: "Alfred Mann ist der Erste, der auf Pestalozzis Idee von der Emporbildung des Volkes hinwies und diesen Pädagogen wieder für die Gesamtpädagogik in Anspruch nahm. Volksbildung, so lehrte er in der bewußten Nachfolge Pestalozzis, solle Volkbildung erstreben; aus der Bildung des Erwachsenen sollte ein gebildetes Gesamtvolk hervorgehen, ein denkendes Volk." Die Zusammenfassung dieses obengenannten Grundsatzes über die Notwendigkeit der Volkbildung als soziologisch-teleologisches Gesetz besagte, daß die Volkshochschule dem Gesamtwesen des Volkes verpflichtet war; sie wollte Volkbildung, aber nicht etwa Uniformierung, auch nicht "Versöhnung", sondern eine unitas multiplex, in der alle Richtungen zusammenkamen und sich anerkannten. Volkbildung konnte nur auf dem Wege der Arbeitsgemeinschaft gelingen; das gemeinsame Ziel aller Teilnehmer, den Lehrer eingeschlossen, war, die Wahrheit zu finden.[23)]

Die methodische Haltung des Volkshochschulunterrichts wurde allgemein bestimmt durch die Schülerselbsttätigkeit und die Arbeitsgemeinschaft.[24)] Die Gründe für die Schülerselbsttätigkeit waren biologische, d.h. die Entfaltung der leibseelischen Kräfte durch Eigenbetätigung. Es waren aber auch geisteswissenschaftliche und sittliche Gründe, d.h. die Gewinnung sokratischer Bescheidenheit[25)] durch Einsicht in die Begrenzung eigener Kraft bei ihrer Betätigung. Die Volkshochschule setzte daher an die Stelle der An-Bildung jene der Aus-Bildung und ließ ihre Teilnehmer erkennen und erfahren, wie schwer das Ringen im Geiste war und wie bescheiden schließ-

lich seine Erfolge blieben.[26] Die Methode der Schülerselbstbetätigung stand grundsätzlich in Spannung zur bloßen "Lernschule" und damit zur extensiven Bildung. In der verbreitenden Volksbildung beschränkte man sich im wesentlichen auf die populäre Übermittlung wissenschaftlicher Ergebnisse durch Vorlesungen und Vorträge. Die Sache der Volkshochschule war die intensive Bildung. Hierdurch wurde die "Neue Richtung" bestimmt. Am Anfang der neuen Volksbildung stand Paul Natorp,[27] der auch die stärksten Anregungen für eine neue Schulpädagogik gegeben hatte. Als charakteristisch für die "Neue Schule" wurde die Auffassung von der Schöpferkraft der Seele, die Lehre von der Selbständigkeit der einzelnen Wertgebiete, die Sozialerziehung und die Lehre von der individuellen sozial und psychologisch bedingten Verschiedenheit der Menschen. Es kam nicht mehr darauf an, Wissen zu verbreiten oder eine unschädliche Zerstreuung und Unterhaltung zu bieten, sondern jedem Menschen Hilfe bei seiner individuellen Selbstbildungsarbeit zu geben. Das Ziel war der selbständig denkende und verantwortlich lebende Mensch, der seine Pflichten fühlte gegen sich selbst und gegen die sozialen Gemeinschaften, in denen er lebte.[28]

Aus dem oben Erwähnten ergab sich die Notwendigkeit einer Begrenzung der Schülerzahl in den einzelnen Volkshochschularbeitsgemeinschaften. Die genauere Bestimmung der Begrenzung richtete sich nach der Art des Stoffes und der Zusammensetzung der Kursteilnehmer, sowie nach der pädagogischen Fähigkeit des Lehrers. Die Möglichkeit der Schülerselbstbetätigung wurde grundsätzlich nicht angezweifelt. Wichtig war die pädagogisch-methodische Behandlung des Unterrichtsstoffes und seiner Anwendung für das Eigendenken der Schüler. Die Forderung der Selbsttätigkeit des Hörers als pädagogisch-methodologisches Gesetz ergab Spontaneität, Produktivität, Kritik und Selbstkontrolle der Hörer, die den Unterricht gestalteten und bestimmten, wobei der Lenrer den "ideologischen Überbau" berücksichtigen mußte.[29]

Die Gründe für die Methode der Arbeitsgemeinschaft lagen in "der Fruchtbarkeit des Denkens überhaupt, in der Bedeutung der Arbeitsgemeinschaft und insbesondere auch in der Bedeutung der Arbeitsgemeinschaft für das Werden der Gegenstände, vorzüglich derjenigen, die sich nur im 'unser' erschöpfen."[30] Auch hier

erschien das Bildungssystem der Volkshochschule als ein "offenes".[31] Die Methode der Arbeitsgemeinschaft stand in Spannung "grundsätzlich zur bloßen Lernschule, arbeitsteilig zum monologischen Denken und in einer das Ganze der Volkshochschule tragenden mit der Methode der Selbsttätigkeit des einzelnen Schülers".[32] "Wie die Idee der Berufsentfaltung Schülerselbsttätigkeit fordert, so verlangt Volkbildung in der Volkshochschule die Methode der Arbeitsgemeinschaft."[33]

Die Formen der Volkshochschule waren die Abendvolkshochschule[34] und die Heimvolkshochschule oder auch Volkshochschulheim[35] genannt. Sie standen zueinander nicht im Verhältnis des ausschließenden Gegensatzes, sondern der Ergänzung,[36] wie es Franz Angermann in seinem Buche "Die freie Volksbildung"[37] ausführte.

Alfred Mann nennt als letztes Merkmal in seinen Thesen die Organe der Volkshochschulbewegung, nämlich den Hohenrodter Bund[38] mit der Deutschen Schule für Volksforschung und Erwachsenenbildung und den Reichsverband der deutschen Volkshochschulen. Der Hohenrodter Bund war gekennzeichnet als "eine Gesinnungsgemeinschaft von Volksbildern, die, obzwar auf ganz verschiedenen Boden stehend, doch im tiefsten sich eins wisse in der Ablehnung allen bloßen Betriebes in der Volksbildung, in der Überzeugung, daß Volksbildung Probleme und Schwierigkeiten ernstester Art in sich schließt, daß sie nur dann ihr Ziel erreicht, wenn sie aufbaut auf den letzten und tiefsten Gestaltungskräften von Mensch und Gemeinschaft überhaupt, daß aber, so gesehen, Volksbildung eine der wichtigsten Angelegenheiten der Gegenwart ist".[39] Der Reichsverband der deutschen Volkshochschulen hatte nach den Satzungen den Zweck, die Arbeit der ihm angeschlossenen Verbände und Volkshochschulen zu fördern, deren gemeinsame Interessen vor der Öffentlichkeit und bei den Behörden, insbesondere den Reichsbehörden, zu vertreten und die sachlichen Unterlagen für diese Arbeit bereitzustellen".[40] Der Hohenrodter Bund konnte als das gute Gewissen[41] der Volkshochschulbewegung bezeichnet werden, der Reichsverband der deutschen Volkshochschulen als ihr demokratischer Ventilator und Organisator.[42]

Anmerkungen zu Kapitel V:

1) Protokoll der Jenaer Versammlung vom 5.6. 1929 (V, b 2)
2) A. Mann wurde 1930 1. Vorsitzender
3) A. Mann, Thesen und Dialektik der Volkshochschule. In: Blätter der Volkshochschule Breslau 8, 1929/30, Nr.1/2 S. 1 - 19
4) Mann, Thesen.... S. 2
5) Protokoll 6.4.1929 (V, b 2)
6) Mann, Denkendes Volk... S. 4 f.
7) ebd. S. 27 f., vgl. auch Meister, Volksbildung, S. 7/16 Volkbildung ohne Ringel - S, trotz Weitsch Satire: Weitsch, Ceterum S. 156
"Ein Volksbildner belehrte mich, daß man statt Volksbildung besser Volkbildung sage, und ich werde es ihm nie vergessen, daß er mich an seiner Weisheit teilnehmen ließ. Sicher, das Fehlen des kleinen Kringels hat seine Bedeutung, und es ist klar, daß, wenn man Volkbildung und nicht Volksbildung sagt, die Bedeutung des Wortes als gleichbedeutend mit Volkwerdung klarer zum Ausdruck bringt. - Und der Kontrast zwischen jenem Kringel, auf den man hier weise deutete und der Unmöglichkeit, da wirklich zu helfen, ließ meine Phantasie eine Tagung deutscher Volksbildner sehen, die sich über jene Buchstaben 'auseinandersetzt'. Da faßt mich das Grausen an. Volksbildung hin oder Volkbildung her! Volkwerdung kann nur kommen, wenn praktisch zugegriffen wird, und in diesem Zugreifen muß man zusammengehen, anstatt sich über das kleine runde s theoretisch zu besinnen!"
8) Mann, Universität und Volkshochschulen. In: Freie Volksbildung 4, 1929, S. 237 f.
9) Mann, Thesen... a.a.O. S. 4
10) ebd. S. 4
11) Alte Weisheit
12) Mann, Alte und Neue Bildung. In: Blätter Breslau 7, S.52 f. Marck Siegfried: Das Gesetz, wonach Du angetreten. In: Blätter Breslau 7, 1928/29, Nr. 1 - 4, S. 26 f.
13) ebd. S. 54 f.
14) Mann, Thesen... S. 4 Abgeklärt weist auf das Problem der Ent-Bildung hin
15) Mann, Thesen... S. 4
16) ebd. S. 4
17) Buchwald, Dennoch....
18) Mann, Thesen.... S. 5
19) Beispiel: Zur Lehrgutfrage der Volkshochschulen (LAACK)
Soziologie:
Da es der Volkshochschule, sowohl der Abendvolkshochschule als dem Heim, nicht darauf ankommen kann, Soziologie als Wissenschaft zu treiben und sich mit den einzelnen Erkenntnissen der Gesellschaftslehre in systematisch begriffliche Art und Weise auseinanderzusetzen, muß bei der Einbeziehung ihres Arbeitsgebietes in die Volkshochschulen von den Überlieferungen des wissenschaftlichen Soziologiebetriebes an den Universitäten, der Darstellung ihrer Schulen usw. abgesehen werden. Soziologieunterricht in der Volkshochschule kann nichts anderes bedeuten als Orientierung über gesellschaftliche Wirklichkeit, das heißt die vorhandenen Tatbestände des Lebens,

so weit sie spezifische Erscheinungen des Zusammenlebens der Menschen sind bzw. durch es erklärt werden können oder müssen. Daneben hat sich die Soziologie als Untersuchungsmethode neben der historischen, idealistischen, realistischen usw. eingeführt. Unter diesen Gesichtspunkten betrachtet, heißt Soziologie treiben, die Tatbestände des Lebens durch die Erkenntnisse des Zusammenhanges der Menschen untereinander, ihrer äußeren und inneren Bindungen aneinander sehen. Unter dem letzten Gesichtspunkt betrachtet, fallen unter das Thema Soziologie unendlich viele Gebiete, die als Grenzgebiete angesehen werden können, insbesondere die Wirtschaft, die Staatslehre, die Kulturlehre. Als wichtig aus dieser Einführung der Soziologie als Untersuchungsthema muß das festgehalten werden, daß heute kein Tatbestand mehr abstrakt, sondern eben unter dem Gesichtspunkt seiner gesellschaftlichen Verankerung gesehen werden muß.

Zu diesen Vorbemerkungen eine kurze Kritik der in den Programmen der Volkshochschulen angezeigten soziologischen Arbeiten. Sie finden sich regelmäßig in enger Verbindung mit den Arbeitsgebieten Politik, Wirtschaft, Staat und Recht, aber auch mit anderen wie Religion und Gesundheitspflege. Nur einzelne Volkshochschulen benennen ganze Abteilungen ihres Programms Soziologie (z.B. Stuttgart). Aus den Programmen ist klar zu ersehen, daß die Gesellschaftslehre als Darstellung der bestehenden Wirklichkeit richtig erkannt worden ist, daß sie aber andererseits als "moderner Begriff" erscheint und in unklarer Weise an die Stelle der Geschichte, Kulturphilosophie oder Psychologie gerückt ist. (Beispiel: Fragen der Seelenkunde und Menschenerkenntnis). Eine scharfe Abgrenzung von Geschichte, Politik, Kultur, Recht und Gesellschaft als besondere Disziplin wird nicht vorgenommen und erscheint auch unnötig.

Beispiele von Themen, die notwendigerweise im Plan einer Volkshochschule erörtert werden müßten:
Der Bevölkerungsaufbau Deutschlands. Volk und Rasse. Klassenkampf als gesellschaftliche und wirtschaftliche Erscheinung. Das Berufsproblem als gesellschaftliche Erscheinung.
Die Stellung der Familie im Aufbau der Gesellschaft.
Die gesellschaftlichen Kräfte und der Staat.
Der gesellschaftliche Aufbau der Stadt und des Landes.
Soziologie der Parteien.
Naturhaftes und gesellschaftliches Denken in ihrer Auswirkung auf Gemeinschaftsgebilde (Familie, Gruppe, Volk, Staat).
Gesellschaftliche Tatbestände des Mittelalters und der Neuzeit im Zusammenhang mit der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung.
Die gesellschaftlichen Träger deutscher Politik.
Einzelne Lebenskreise früher und heute: Bauer, Arbeiter, Handwerker, Angestellte, sogenannter Mittelstand.
Volkstum und gesellschaftliche Entwicklung.

Beispielhafte Durchführung eines Lehrganges "Die gesellschaftlichen Kräfte und der Staat".

I. Vermehrung und Vereinigung der Menschen
   1. Der natürliche Zusammenhang: die Familie
   2. Andere Gruppen, die zu einer Gesellschaft geführt haben

II. Der Kampf der gesellschaftlichen Kräfte um den Staat
   1. Der Staat als organisierte Lebensform der Menschen
   2. Der Staat als Machtverhältnis
   3. Der Staat als Rechtsverhältnis
   4. Formen des Staates
   5. Der Nationalstaat, seine Entstehung und sein Aufbau

III. Obrigkeitsstaat und Volksstaat
   1. Der unmittelbare Anteil des Volkes am Staat
   2. Mittelbarer Anteil des Volkes am Staat

IV. Die politischen Parteien als Kampfmittel gesellschaftlicher Organisationen um den Staat
   1. - 4. Entstehung, Idee und Interesse sowie Weltanschauung der Parteien.

V. Reformbewegungen zur Ausgestaltung des Staates

VI. Der Staat als Lebensform der heutigen und künftigen Gesellschaft.

20) Mann, Thesen... S. 7
21) Werner, Die psychologischen....S. 201
22) Mann, Neue deutsche Volksbildungsarbeit in ihren Grundzügen. In: Neue Nachbarschaft 12, 1929, Nr. 5/6, S. 134 f.
23) Werner, Die psychologischen... S. 202
24) Mann, Thesen.... S. 13
25) Mann, Alte und Neue Bildung. In: Blätter Breslau 7, 1928/29, S. 61
26) Mann, Thesen... S. 13
27) Mann, Thesen... S. 13 Paul Natorp, 1854 bis 1924, Philosoph und Sozialpädagoge, Mitbegründer der Marburger Schule
28) Referat: Alte und neue Wege der Volksbildung, gehalten in Stecklenberg am Montag, dem 24. September 1928 (V, h 41 u.42)
29) Mann, Denkendes Volk... S. 22 f.
Werner, Die psychologischen... S. 202
30) Mann, Alte und Neue Bildung. In: Blätter Breslau 7, 1928/29, S. 52-63
31) Mann, Thesen... S. 14
32) Handwörterbuch... Arbeitsgemeinschaft S. 121 - 138
33) ebd. S. 124 "und es möge daran erinnert werden, daß eine der ersten - wahrscheinlich sogar die erste - soziale Einrichtung, die schon vor dem Krieg unser Wort in ihren Namen aufnahm, die von Friedrich Siegmund-Schultze und seinem Kreis im Herbst 1911 begonnene Soziale Arbeitsgemeinschaft Berlin-Ost ist."
34) Handwörterbuch... Abendvolkshochschule
Mockrauer, Das deutsche Volksbildungswesen: Mannigfaltigkeit und Einheitlichkeit. Vortrag gehalten auf der Prerower Tagung 1931 (V, c 8) (Manuskript)

35) Mann, Thesen... S. 14
Als Beispiel sei ein Bericht des Volkshochschulheims Edewecht angeführt:

Reichsverband der Deutschen Volkshochschulen — Jena, den 11. November 1927
Carl-Zeiss-Platz 3

Dr. B./H.

Herren
Direktor Dr. Heinrichs, Düsseldorf
Dr. Mockrauer, Dresden.

Sehr geehrte Herren Kollegen!

Ich war bei der Vortsandssitzung in Magdeburg beauftragt worden, gelegentlich meiner Ferienreise die Volkshochschule Edewecht zu besuchen und die Aufnahme des Heimes in unseren Verband selbständig auszusprechen, wenn ich es für billig halte. Ich habe geglaubt, dieses mit allerbestem Gewissen tun zu können. Mit der Leiterin, Studienrätin Bertha Ramsauer aus Oldenburg stehe ich ja seit Jahren in dauernden Beziehungen und habe die Arbeiten immer verfolgt, freilich erst jetzt zum ersten Mal durch den Augenschein kennen gelernt.

Was zunächst die Einstellung des Heimes, die "Richtung" betrifft, so ersehen Sie alles aus der beiliegenden Weiherede für das neue Heim. Ich darf hinzufügen, daß neben Frl. Ramsauer der Träger der Idee, der frühere demokratische Ministerpräsident von Oldenburg Tantzen ist. Bei einem längeren Besuche bei Tantzen selbst habe ich einen ganz starken Eindruck gewonnen, wie aus dem Bauerntum selbst (Tantzen ist Oldenburgischer Großbauer) die Forderung einer wirklichen Neutralität und Intensität erhoben werden kann. Ich werde mir erlauben, darauf noch mit einem anderen Vorschlag zurückzukommen.

Können wir uns soweit zu einem Programm von Edewecht zweifellos bekennen, so wäre nur noch festzustellen, inwieweit dieses Programm tatsächlich erfüllt wird. Frl. Ramsauer hat ihr Heim zunächst in Wangeroog drei Winter geführt. Dahinter stand damals das Landesamt für Volkshochschulen in Oldenburg, das aber nicht aktionsfähig ist und durch innere Uneinigkeit verurteilt war, nur hemmend zu wirken. Nach Aufhebung von Wangeroog wurde sofort ins Auge gefaßt, ein Heim mitten unter den Kolonaten auf dem Moor zu schaffen. Dort können die Schülerinnen in eigener Arbeit und durch die Beobachtung miterleben, wie ein neues Kulturland entsteht, und zwar sowohl ein neues Bauerntum wie auch neue Industrien. Das Heim liegt genau an der Grenze der Moorteile, die für Industrie und Landwirtschaft erschlossen werden. Der Ems-Weser-Kanal fließt unmittelbar am Heim vorbei. Vor der Übersiedlung nach Edewecht wurde als Zwischenform ein Heim in der Art der Leipziger Heime in Wilhelmshaven geführt. Die Schülerinnen kommen zu 1/3 aus Oldenburg, 1/3 aus Ostfriesland und 1/3 aus dem übrigen Deutschland. Der Lehrgang dauert vom 1. April bis Weihnachten, also am längsten von allen Heimen. Die soziale Zusammensetzung ist: 1/3 Arbeiter, 1/3 Mittelstand, 1/3 Gebildete: der Anteil der Schü-

lerinnen mit Volksschulbildung ist viel größer, da die beiden letzten Gruppen in der Hauptsache zum Bauernstand gehören.

Der Unterricht verlangt vorläufig sehr große persönliche Opfer. Frl. Ramsauer selbst muß Freitags und Sonnabends nach Oldenburg fahren, um als halbe Kraft in der Berufsschule ihren Lebensunterhalt zu verdienen. Ihre Schwester, Ärztin, die durch den Ertrag ihrer Praxis offenbar das Heim sehr stark aushält, kann nur Sonnabends und Sonntags hinauskommen. Hauptamtlich angestellt ist eine Volkswirtschaftlerin, die voll erblindet ist und bei aller Tüchtigkeit natürlich pädagogischen Schwierigkeiten begegnet. Außerdem ist eine Lehrerin für Singen, Gymnastik, Zeichnen etc. da und die Wirtschafterin ist auch pädagogisch gebildet, so daß die Teilnahme an der Garten arbeit (die in Wahrheit Kolonisationsarbeit ist) im inneren Zusammenhang mit dem Unterricht kommt.

An Unterstützung erhält Edewecht bisher nur Mk.2000.-- vom Lande Oldenburg und Mk. 500.-- für Freistellen von der Provinz Hannover, letztere durch Vermittlung des Bundes für Niedersächsische Volkshochschulen. Ich habe in Hannover die Geschäftsstelle des Bundes selbst aufgesucht und dabei festgestellt: Dieser Bund ist paritätisch und in keiner Weise beim Reich vertreten; er ist im wesentlichen ein Verwaltungsapparat gegenüber der Provinz Hannover. Der Mitgliederschaft der einzelnen Mitglieder bei den verschiedenen Reichsspitzenverbänden steht nichts im Wege.

Nach allem glaube ich, daß Edewecht mit vollem Recht aufgenommen ist und möchte Sie zunächst um Ihre Zustimmung bitten, daß wir auch Edewecht in die Werbung für die Erziehungsbeihilfen einbeziehen. Ich schicke diesen Brief gleichzeitig an Herrn Professor Pfleiderer wegen Comburg, bitte Herrn Dr. Mockrauer, sich nötigenfalls mit Sachsenburg zu verständigen und werde selbst mit Herrn Weitsch darüber Fühlung nehmen.

Zugleich möchte ich folgendes anheim geben; Die überaus prekäre Lage von Edewecht, die tatsächlich im ganzen auf den Opfern der Familie Ramsauer ruht, läßt es wünschenswert erscheinen, daß wir wenigstens mit einem bescheidenen Betrag auch in diesem Jahr nachhelfen. Ich erlaube mit vorzuschlagen, daß jede der mit Reichsmitteln bedachten Volkshochschulen freiwillig Mk. 150.-- abgibt, so daß wir wenigsten Mk. 450.-- in diesem Jahr zu Edewecht beitragen können.

Mit der Bitte um baldige Beantwortung dieses Schreibens begrüße ich Sie

als Ihr ergebener
gez. Buchwald

36) Mann, Thesen... S. 14
37) Angermann, Freie Volksbildung....S. 121
s. auch Weitsch, Die Bedeutung der Volkshochschulheime

38) Der Hohenrodter Bund ist eine Vereinigung führender Persönlichkeiten der Volksbildung auch verschiedener politischer, konfessioneller und weltanschaulicher Richtung, der Reichsverband ein Verband der Verbände der freien Volksbildung im Sinne der neutralen Volkshochschule. Der Hohenrodter Bund will die freie verständnisbereite Auseinandersetzung jener Persönlichkeiten über kulturphilosophische Grundlagen, Zielsetzung, Lehrgut und Methode unserer Arbeit. Der Reichsverband ist eine Organisation praktisch-volkshochschulpolitischer Abzweckung. Er wird in der Fülle seiner praktisch notwendigen Tätigkeiten nicht dazu kommen, über die in Hohenrodt behandelten Probleme sich in seinem Kreise zu unterhalten. Dies werden die seinen Unterverbänden angehörigen Menschen in Hohenrodt tun. Der Hohenrodter Bund wird nicht an die Erledigung der praktisch-politischen Fragen des Reichsverbandes treten. Die Plattform würde zerstört werden. Zwei Dinge könnten fließend erscheinen, in der Abgabe von Gutachten und in der Lehrerbildung: Der Hohenrodter Bund gibt ein Gutachten als Auftraggeber durch eine ihm für den speziellen Fall geeignet erscheinende Persönlichkeit seines Kreises und getragen von der Persönlichkeit. Der Reichsverband gibt ein Gutachten durch den kollektiven Charakter von Vorstandsbeschlüssen, getragen von der Breite der Organisation. Wichtig ist die Frage der Zusammenarbeit in der Lehrerausbildung, da diese sowohl eine theoretische als auch eine praktisch schulpolitische Angelegenheit ist. Die Personalunion beider Verbände besteht, da die Persönlichkeiten des Reichsverbandes zum großen Teil Gäste und Mitglieder des Hohenrodter Bundes sind oder werden können. Für die Lehrerbildung muß der Reichsverband an die praktische Verwendbarkeit, der Hohenrodter Bund an die theoretische Vertiefung denken. Zwischen den beiden Organisationen kann es keine Kreuzung geben, sie gehen zwei Wege in der Zwecksetzung: der Zweck des Reichsverbandes ist die Vertretung der freien Volkshochschulpraxis gegenüber den Behörden, insbesondere gegenüber denen des Reichs, während der Zweck des Hohenrodter Bundes die Vertretung der Behörden bei der Volksbildung ist. Dies beinhaltet immer eine Exklusivität.
(Eduard Weitsch, Ceterum censeo, Frankfurt 1928: Aufgaben des Reichsverbandes S. 96 f.)

"Im Hohenrodter Bund sind Persönlichkeiten aus allen Lagern zum Zwecke gegenseitiger Anregung vereinigt. Im neuen Reichsverband dagegen, die Landesgruppen zu praktischen Zwecken." (Protokoll vom 1.5. 1927, Buchwald)

39) Mann, Thesen.... S. 18

40) ebd.

41) ebd. S. 18 u. Bericht: "Mockrauer gibt eine lebendige Darstellung der diesjährigen Hohenrodter Tagung.
1. Ablösung der Institution der Deutschen Schule von dem Freundeskreis von Hohenrodt.
2. Die Schaffung einer Arbeitsform und Verfassung, die die Beteiligung von staatlichen und städtischen Stellen und von Bildungsorganisationen ermöglicht, ohne dabei die Erhaltung der pädagogischen Autonomie der Schule zu gefährden. Die Lösung erfolgte so, daß der Hohenrodter Bund E.V.

sich in den Verein: Deutsche Schule für Volksforschung und Erwachsenenbildung umwandelte. In den Vorstand dieses Vereins wurden Mann, Bäuerle, Bartsch, Krukenberg und Reuter gewählt. Verwaltungsausschuß, in dem als Träger Vertreter sind: Reich, Länder, Verbände, darunter der Reichsverband. Die eigentliche Arbeit soll ein pädagogischer Rat aus 15 Mitgliedern leisten unter der Leitung eines Rektors. Ministerialrat H. Becker wird gewählt. Diesem Rate gehören an u.a. Prof. Flitner, Prof. Rosenstock, Dr. Mann, Eduard Weitsch, Dr. Kaphahn, Dr. Laack, Direktor Bäuerle, Walter Hofmann."
(Protokoll vom 14. 12. 1930, S. 4)

42) Mann, Thesen... S. 18

VI. K a p i t e l : Ausblick

Wenn ein Volk schweres Unheil erlitten hat, werden in ihm gewöhnlich Stimmen laut, die eine Erneuerung durch Erziehungsmaßnahmen verlangen. Diese Reformideen finden im allgemeinen in Notzeiten stärkeren Widerhall als zu anderen Zeiten. Nach dem Dreißigjährigen Krieg war es Amos Comenius, der das gesamte Erziehungswesen mit seinen pädagogischen Ideen belebte. Ebenso bedeutend war der Fichtesche Plan einer deutschen Nationalerziehung, nachdem der Preußische Staat ein jähes Ende erlebt hatte. Schon Pestalozzi, in seiner politischen und pädagogischen Richtung von den Ideen der Französischen Revolution und insbesondere von den Schriften Rousseaus stark beeinflußt, gab seiner Zeit und den nachfolgenden Generationen bis in die heutige Zeit eine neue Erziehungslehre: "allen Unterschied zwischen dem Volke und dem gebildeten Stande aufzuheben". [1] "Als Vater der Armen und Prediger der Gemeinschaft, als Begründer einer neuen Volksbildung"[2] vollzog er sein Leben in Wahrheit und Liebe.

Nach dem ersten Weltkrieg erhob die Pädagogik wieder ihre mahnende Stimme und "ein enthusiastischer Glaube und eine überschwengliche Erwartung"[3] brachten neue Aufgaben. Die Volkshochschule betrachtete sich als Brücke, die "geistigen und manuellen Arbeiter " in Verbindung zu bringen und die Grundlage des gegenseitigen Verstehens und Vertrauens zu schaffen. Der"Gewaltstreich" erfolgte 1933." "Wenn uns nicht alles kaputt geschlagen wird, dürfen wir für unseren Verband volksbildnerisch manches erhoffen."[4] Im Jahre 1946, nach der erneuten Katastrophe eines Krieges, "unter Hunger und in fürchterlicher Enge mit der Erwachsenenbildung",[5] konnte der Aufbau des Volksbildungswesens nur langsam vonstatten gehen. In dieser Notzeit war die Kluft im Weltanschaulichen, in Politik und Religion überbrückt. Es gab die gemeinsame Not und den gemeinsamen Willen zum Aufbau. Dies geschah in"geistiger Neuorientierung, seelischer Sammlung und politischer Bildung."[6] "Die Geschichte der Erwachsenenbildung zeigt in Deutschland ebenso wie in der Welt einen Wandel der gesellschaftlichen Funktionen dieser

Bildungsart: was einst mit den Emanzipationsbestrebungen einzelner Gruppen und mit der Selbstbehauptung anderer eng verbunden war, wird nun zur Angelegenheit der ganzen Gesellschaft, die dem raschen Wandel ihrer Lebensbedingungen sich geistig anpassen muß; was einmal der Vermittlung eines Schatzes von anerkannten Kulturgütern dienen sollte, muß jetzt dem einzelnen Menschen und der Gruppe helfen, ihr Leben zu bewältigen."[7] Die enorme Entwicklung der Abendvolkshochschulen (1956 - 1000 AVHS) ist eine Antwort auf die Bestrebungen der Volksbildungsarbeit der Weimarer Zeit. In der pluralistischen Gesellschaft wird das Gemeinsame der sich in einer freiheitlich-demokratischen Ordnung bewegenden Gruppen erstrebt, wenn auch von der weltanschaulichen Richtung dies nur als ein "Minimum, ein kleiner Ausschnitt aus der Fülle der Wahrheit"[8] betrachtet wird. Das Gutachten "Zur Situation und Aufgabe der Erwachsenenbildung"[9] trägt diesem Gemeinsamen und Trennenden Rechnung. Darum spricht es von einer freien und gebundenen Erwachsenenbildung. Sie soll die "Mannigfaltigkeit in der Einheit"[10] bedeuten, die in einer pluralistischen Gesellschaft das Zusammenleben der Menschen auf der Basis eines gewissen, allen gemeinsamen Grundbestandes an Wahrheit und Werten ermöglicht. Darum ist freie und gebundene Erwachsenenbildung nicht ein "künstliches Gegensatzpaar".[11] Frei ist zunächst geschichtlich eine Unterscheidung von der auf Zwang beruhenden staatlichen Volksbildung in den Schulen. Dann erst gibt "frei" eine durch eine Organisation der pluratlistischen Gruppe (Stadt, Dorf) geschaffene Einrichtung wieder, die "alle" aufnimmt. Hier erst scheint die freie Erwachsenenbildung zur gebundenen Richtung in Polarität zu treten, die im Grunde gar nicht besteht, aber künstlich geschaffen werden kann. Die Volkshochschule wird ihr gerecht durch die Eingliederung aller Schichten des Volkes in die Erwachsenenbildung. Das klare Bekenntnis zu dieser "positiven Neutralität", die vieldeutig ist, sprach - auch für unsere Zeit noch gültig - Robert von Erdberg aus: "Nun besteht ja kein Zweifel darüber, daß der Volkshochschulgedanke in seiner reinsten Fassung eine geistige Abhängigkeit ausschließt. Evangelische, katholische, sozialistische, völkische, jüdische Volkshochschulen - sie alle gibt es ja -

tragen den Namen der Volkshochschule nicht mit vollem Rechte. Eine Hochschule kann nur geistig souverän sein. Und mögen all die aufgezählten Volkshochschulen noch so sehr Bedürfnissen entsprechen, mögen sie noch so gut arbeiten - und sie arbeiten zum Teil ganz vorzüglich - mögen ihnen als Gesinnungsgemeinschaften Mittel der Bildung gegeben sein, die sich die ungebundene Volkshochschule versagen muß, mag man sie sogar um dieser Vorteile willen höher werten als die ungebundenen Schulen: sie können niemals das Vertrauen in allen Schichten des Volkes beanspruchen."[12] Das ist nicht "Liberalismus", sondern Einschätzung der vorgegebenen Ordnung. Sie wird damit auch den Ideen der Volksbildung der Weimarer Zeit gerecht, einer Volksbildung als Volkbildung oder als Teil der Volksbildung, weil diese Volkbildung aus der Volksnot, der politischen und wirtschaftlichen Not, heraus erwachsen ist. "Die soziologischen Tiefen jener Zeit können erst heute ermessen werden."[13] Die "herrschende Soziologielosigkeit"[14] der heutigen Kultur-und Bildungspolitik darf nicht übersehen werden. Die "antisoziologische Scheu"[15] für die gegenwärtige gesellschaftliche Situation verlangt Besinnung auf eine frühere Zeit, die zu wenig Beachtung findet, deren große Persönlichkeiten sich heute in der Volksbildungsarbeit "fremd fühlen".[16] "Wir können heute gewiß nicht die deutsche Volkshochschule von 1925 oder 1932 kopieren - ebensowenig, wie wir mechanisch die Erwachsenenbildung Englands oder Schwedens nach Deutschland importieren können. ... So wie damals die soziale und politische Krise der deutschen Demokratie eine soziale und politische Zielsetzung der deutschen Volkshochschule verlangte, so macht heute die soziale politische und menschliche Krise des Westens die Erwachsenenbildung zu einer ebenso politischen wie gesellschaftlichen wie menschlichen Aufgabe. Es geht gewiß darum, den freien ganzen Menschen von den drohenden Apparaten der Massengesellschaft, der totalen Ideologien und Bürokratien zu retten. Das wird aber nur gelingen, wenn die Erwachsenenbildung in Deutschland wie in allen anderen Ländern, wo in freien Völkern noch eine freie Volksbildung leben und wirken kann, dem einzelnen Menschen wie den in Not geratenen Gruppen und Völkern soziale Nothilfe gibt,

- wenn sie den Mut und die Weite hat, an der Erneuerung unserer politischen und sozialen Welt mitzuarbeiten, - in geistiger Freiheit und Verantwortung, - allein aus dem Glauben."[17)]

Anmerkungen zu Kapitel VI:

1) Mann, Alfred: Denkendes Volk.... S. 138
2) ebd. S. 148
3) Henningsen, Hohenrodter.... Vorwort
4) Dr. Mann an Dr. Buchwald, 17. 11. 1931 (V, g 13)
5) Henningsen, Hohenrodter.... Vorwort
6) Zur Situation der Erwachsenenbildung... S. 12
7) ebd. S. 12 f.
8) Hengsbach, Franz, Die Aufgaben.... S. 96
9) Empfehlungen und Gutachten des Deutschen Ausschusses für das Erziehungs-und Bildungswesen, Folge 4, Stuttgart,1960
10) Mockrauer, Franz: Die deutschen Abendvolkshochschulen, Thema: Mannigfaltigkeit in der Einheit
11) Sauer, Ralph: Bildungsprobleme in der industriellen Gesellschaft. Zu Hellmut Beckers Buch:"Quantität und Qualität". In: Der christliche Sonntag 14, 1962, Nr. 18, S.139 f.
12) Robert von Erdberg: Zur Organisation der freien Volksbildung 2, 1927, Nr. 4, S. 328
13) Werner, Carl Arthur: Die psychologischen...S. 201
14) Sauer, Ralph: Bildungsprobleme. In: Der christliche Sonntag 14, 1962, Nr. 18, S. 139
15) ebd. S. 140
16) "Es sind genug junge, gescheite und gebildete Leute da. Ich überlasse ihnen das Feld umso lieber, als ich mich aufs Ganze gesehen ihnen fremd fühle..... Obwohl ich mich in allem, was ich schreibe als Erwachsenenbildner fühle, habe ich die Beziehung zur heutigen Erwachsenenbildung verloren..." (Prof. Pfleiderer an den Verfasser am 7.4.1962)
"Ihre Anfrage erfreut mich, es ist pietätvoll, Herrn Manns zu gedenken und die Sterilität des gegenwärtigen Volksbildungswesens mindestens durch Einblicke in die Zeit, in der er lebendig wirkte, zu erfrischen." (Prof. Rosenstock-Huessy an den Verfasser vom 16.4.1962)
"daß die Interessen für die Bestrebungen der deutschen Volkshochschulen in der Zwischenkriegszeit in der jungen Generation der deutschen Erwachsenenbildung nicht erloschen sind." (Dr. Mockrauer an den Verfasser am 18. 2. 1962)
17) Borinski, Fritz: Kritische Bemerkungen zu Werner Picht. In: Volkshochschule im Westen 3, 1951, Nr. 1/2, S. 9

VII. K a p i t e l: Texte und Dokumente

SATZUNGEN FÜR DEN REICHSVERBAND DER VOLKSHOCHSCHULEN E.V.+)

§ 1. N a m e . Der Verband führt den Namen "Reichsverband der deutschen Volkshochschulen" und hat seinen Sitz in Jena. Er ist in das Vereinsregister eingetragen.

§ 2. Z w e c k. Der Zweck des Reichsverbandes der deutschen Volkshochschulen ist, die Arbeit der ihm angeschlossenen Verbände und Volkshochschulen zu fördern, die gemeinsamen Interesse der unter § 3 näher bezeichneten Volkshochschulen vor der Öffentlichkeit und bei den Behörden, insbesondere den Reichsbehörden zu vertreten und die sachlichen Unterlagen für diese Aufgabe bereitzustellen.

§ 3. M i t g l i e d s c h a f t . Mitglieder können werden: 1. Landschafts- und Landesverbände der nicht parteipolitisch oder konfessionell gebundenen Volkshochschulen (Abendvolkshochschulen und Heime) auf deutschem Reichsgebiet; 2. diejenigen Einzelvolkshochschulen derselben Art, in deren Gebiet ein dem Reichsverband angeschlossener Landschafts-und Landesverband nicht besteht; 3. solche Landschafts-und Landesverbände, welche noch andere Gebiete der freien Volksbildung, wie z.B. Volksbücherei und Theater, pflegen, jedoch nur für denjenigen Teil ihrer Tätigkeit, der sich auf die Volkshochschule bezieht.

Es können nur solche Landschafts-oder Landesverbände und einzelne Volkshochschulen aufgenommen werden, die nicht bereits einem anderen Reichsverband angehören, der Volksbildungszwecke verfolgt und durch den sie beim Reich vertreten werden oder vertreten werden können.

Einzelpersonen können nicht Mitglieder werden.

Die Anmeldung zum Beitritt hat durch den Vorstand der einzelnen Verbände schriftlich zu erfolgen. Über die Aufnahme entscheidet der Vorstand; im Falle der Ablehnung der Aufnahme kann Berufung an die Mitgliederversammlung erfolgen, und zwar innerhalb von 3 Monaten.

§ 4. A u s t r i t t . Der Austritt ist nur mit Ablauf eines Geschäftsjahres zulässig. Die schriftliche Austrittserklärung muß bis zum 1. Januar dem Vorsitzenden zugegangen sein. Bei groBer Zuwiderhandlung gegen die Interessen des Verbandes oder die Nichtinnehaltung der bei der Aufnahme gemachten Voraussetzungen kann Ausschluß durch den Vorstand und bei Einspruch, der binnen Monatsfrist erfolgen muß, durch die Mitgliederversammlung erfolgen.

§ 5. G e b ü h r e n u n d B e i t r ä g e . Über Beitrittsgebühren und laufende Beiträge beschließt jeweils die Mitgliederversammlung.

§ 6. O r g a n e d e s V e r b a n d e s . Organe des Verbandes sind: 1. die Mitgliederversammlung, 2. der Vorstand.

§ 7. M i t g l i e d e r v e r s a m m l u n g. Im ersten Viertel des Geschäftsjahres findet eine ordentliche Mitgliederversammlung statt. Zu ihr ist wenigstens zwei Monate vorher durch eingeschriebenen Brief unter Mitteilung der Tagesordnung einzuladen. Ihr ist der Vorstand für alle seine Maßnahmen verantwortlich. Es ist daher alljährlich ein Jahres-und Kassenbericht zur Prüfung und Gutheißung vorzulegen. Sie hat auch alljährlich den Vorstand und zwei Rechnungsprüfer zu wählen. Die Wahl des Ortes ist dem Vorstand überlassen. Über die in der Mitgliederversammlung gefaßten Beschlüsse ist eine Niederschrift aufzunehmen und vom Vorsitzenden und Schriftführer zu vollziehen.

In der Mitgliederversammlung hat jeder Landschafts-und Landesverband, der als Mitglied aufgenommen ist, eine Stimme. Es ist gleichwohl zulässig, mehr als einen Vertreter zu der Versammlung zu entsenden.

Die einzelnen Volkshochschulen, welche deshalb als Mitglieder aufgenommen sind, weil sie sich keinem Landschaftsverband ihrer Art anschließen konnten, bilden eine Gruppe, welche in der Versammlung eine Stimme hat.

Anträge zur Mitgliederversammlung müssen spätestens 6 Wochen vor der Versammlung dem Vorsitzenden eingesandt werden, der sie sodann bis spätestens einen Monat vor der Versammlung allen Mitgliedern bekannt gibt.

§ 8. Außerordentliche Mitgliederversammlung. Außerordentliche Mitgliederversammlungen ruft der Vorstand nach Bedarf ein. Eine außerordentliche Mitgliederversammlung muß einberufen werden, wenn ein Teil der Mitglieder der insgesamt über ein Fünftel der Stimmenmehrheit verfügt, es verlangt. Die Einladung muß durch eingeschriebenen Brief und mindestens 4 Wochen vor der Versammlung erfolgen.

§ 9. Vorstand. Der Vorstand besteht aus sieben Vertretern verschiedener Verbände einschließlich der Gruppe der einzelnen Volkshochschulen (§ 7, Abs. 3), die von der Mitgliederversammlung durch einfache Stimmenmehrheit auf die Dauer eines Jahres zu wählen sind. Wiederwahl ist zulässig. Zunächst sind drei Mitglieder namentlich zum geschäftsführenden Vorstand zu wählen, einer von ihnen als Vorsitzender. Die Ämter des stellvertretenden Vorsitzenden, der zugleich Schriftführer ist, und des Kassenwarts verteilen sie unter sich.

Vorstand im Sinne des § 26 BGB ist der Vorsitzende. Er vertritt den Verein gerichtlich und außergerichtlich, im Behinderungsfalle tritt der Stellvertreter an seine Stelle.

§ 10. Geschäftsjahr. Das Geschäftsjahr läuft vom 1. April bis 31. März. Das erste Geschäftsjahr schließt mit dem 31. März 1928.

§ 11. Auflösung. Die Auflösung des Reichsverbandes kann nur mit drei Viertel Mehrheit aller berechtigten Stimmen durch eine ordentliche oder außerordentliche Mitgliederversammlung beschlossen werden. Sind auf der Mitgliederversammlung nicht drei Viertel der Mitgliederstimmen vertreten, so muß eine ergänzende schriftliche Abstimmung aller Mitglieder durchgeführt werden, welche unter Umständen auch gegen den Beschluß der Mitgliederversammlung entscheidet.

§ 12. Im übrigen gelten die Bestimmungen des BGB.

Errichtet in der Mitgliederversammlung am 1. Mai 1927.

*) Erschienen im Sonderdruck und in: Blätter der Volkshochschule Breslau 8, 1929/30, Nr.5/8, S. 99/100

RICHTLINIEN DES REICHSVERBANDES DER DEUTSCHEN VOLKSHOCHSCHULEN

Vorstandssitzung vom 10. 9. 1928

Die dem Reichsverband unmittelbar oder mittelbar (durch ihren Landesverband) angehörenden Volkshochschulen sollen im wesentlichen folgenden sieben Forderungen entsprechen:

1. Die Volkshochschule ist eine Einrichtung, die weder eine blosse Unterhaltungs- noch eine Ablenkungsstätte ist, sondern die intensive Volksbildung sich zum Ziele setzt.

2. Es müssen an ihr mit einiger Regelmäßigkeit Lehrgänge und Feiern (nicht etwa bloss Einzelvorträge und Unterhaltungsabende) stattfinden.

3. An der Spitze der Volkshochschule muß ein Leiter stehen, der entweder selbst volkshochschul-pädagogischer Fachmann ist oder einen solchen als Studienleiter zur Seite hat.

4. Ihm muß ein fester Stamm von Volkshochschülern (in Form von Vertrauensleuten oder einer Volkshochschulgemeinschaft) gegenüber stehen, gleichsam der ruhende Pol gegenüber der fluktuierenden Masse.

5. Die Arbeit der Volkshochschule soll darauf eingestellt sein, daß Arbeiter, Angestellte und untere Beamte einen wesentlichen Teil ihrer Teilnehmerschaft bilden, anders ausgedrückt: sie rechnet grundsätzlich mit Teilnehmern, die bloss Volksschulbildung mitbringen.

6. Die Mitglieder des Reichsverbandes dürfen für ihre Volkshochschularbeit anderen Organisationen nicht angeschlossen sein.

7. Die Mitglieder des Reichsverbandes müssen einen wesentlichen Teil ihrer Arbeit auf Fachtagungen verwenden.

Änderung Vorstandssitzung vom 6.4. 1929

"Was die Merkmale der Volkshochschule anbelangt, so werden die bekannten sieben Punkte in sechs mit folgender Fassung zusammengezogen:

Die dem Reichsverband unmittelbar oder mittelbar (durch ihren Landesverband) angehörenden Volkshochschulen sollen im wesentlichen folgenden sechs Forderungen entsprechen:

1. Die Volkshochschule ist eine Einrichtung, die weder eine blosse Unterhaltungs- noch eine Ablenkungsstätte ist, sondern die intensive Volksbildung sich zum Ziele setzt.

2. Es müssen an ihr mit einiger Regelmäßigkeit Lehrgänge und Feiern (nicht etwa bloss Einzelvorträge und Unterhaltungsabende) stattfinden.

3. An der Spitze der Volkshochschule muß ein Leiter stehen, der entweder selbst volkshochschul-pädagogischer Fachmann ist oder einen solchen als Studienleiter zur Seite hat.

4. Ihm muß ein fester Stamm von Volkshochschülern(die in Form von Vertrauensleuten oder einer Volkshochschulgemeinschaft oder einem Volkshochschulverein) gegenüber stehen.

5. Die Arbeit der Volkshochschule wendet sich an alle Volkskreise, muß aber darauf eingestellt sein, daß Arbeiter, Angestellte und untere Beamte einen wesentlichen Teil ihrer Teilnehmerschaft bilden.

6. Die Mitglieder des Reichsverbandes müssen mit einem Hauptteil ihrer Arbeit der Schulung von Volkshochschullehrern und Volkshochschulleitern dienen".

Über die Anwendung dieser Maßstäbe wird beschlossen: Protokoll 6.4. S. 3. Für Neueintretende sind sie verbindlich; bei den bisherigen Mitgliedern sollen die Anwesenden alsbald Bereitwilligkeit für Anerkennung dieser Maßstäbe zu erzeugen versuchen.

DIE "PREROWER FORMEL". Über die Beratung der Prerower Formel am 6.6. 1931 ist eine Niederschrift nicht angefertigt worden. Um den Gang der Verhandlungen festzustellen, ist hier die von dem Ausschuß Bäuerle, Becker, Marquardt, Mockrauer, Neundörfer aufgesetzte Formel verzeichnet und im Anschluß daran die endgültige, von der Vollversammlung angenommene. Aus dem Vergleich beider kann einiges über den Gang der Besprechungen der Formel ersehen werden.

Prerower Formel. Die in Prerow versammelten Leiter und Lehrer deutscher Abendvolkshochschulen sind in ihren Beratungen zu folgendem Ergebnis gekommen:

1. Fassung: 1. Die öffentliche Abendvolkshochschule dient der Weiterbildung Erwachsener, in erster Linie solcher, welche die Volks-und Berufsschule besucht haben. Sie ist zugleich die unterrichtsmäßige Form der Erwachsenenbildung, welche in organischer Zusammenarbeit mit anderen Einrichtungen der Erwachsenenbildung steht.

2. Das Bildungsziel ergibt sich aus der Notwendigkeit der verantwortlichen Mitarbeit aller am staatlichen, gesellschaftlichen und kulturellen Leben der Gegenwart.

3. Wie jede Schule hat die Abendvolkshochschule als primäre Aufgabe einen geordneten Unterricht. Sie erstrebt einen planmäßigen Aufbau der Lehrgebiete, soweit die Freiwilligkeit des Besuchs und der Charakter als Abendschule es zulassen.

4. Für den Aufbau des Arbeitsplanes maßgebend, sind die Lebenserfahrung und die Bedürfnisse der Besucher, die sich aus der sozialen Gliederung und den landschaftlichen und örtlichen Besonderheiten ergeben. Die Arbeitsweise gründet sich auf selbsttätige Mitarbeit der Teilnehmer.

5. Die erzieherische Wirkung der Abendvolkshochschule liegt in der Klärung und Vertiefung der Erfahrungen, der Vermittlung gesicherter Tatsachen, der Anleitung zu selbständigem Denken und der Übung gestaltender Kräfte. Dabei kommt es hier nicht auf rein fachliche Ausbildung und wissenschaftlich-systematische Vollständigkeit an.

2. Fassung: 1. Die öffentliche Abendvolkshochschule dient der Weiterbildung Erwachsener, in erster Linie derer, die Volks- und Berufsschulen besucht haben. Als unterrichtsmäßige Form der Erwachsenenbildung steht sie in Zusammenarbeit mit den anderen Einrichtungen der Erwachsenenbildung.

2. Das Bildungsziel ergibt sich aus der Notwendigkeit der verantwortlichen Mitarbeit aller am staatlichen, gesellschaftlichen und kulturellen Leben der Gegenwart. Die erzieherische Wirkung der Abendvolkshochschule liegt in der Klärung und Vertiefung der Erfahrungen, der Vermittlung gesicherter Tatsachen, der Anleitung zu selbständigem Denken und der Übung gestaltender Kräfte. Dabei kommt es nicht auf rein fachliche Ausbildung und wissenschaftlich-systematische Vollständigkeit an.

3. Wie bei jeder Schule steht auch in der Abendvolkshochschule der geordnete Unterricht im Mittelpunkt. Die Abendvolkshochschule erstrebt einen planmäßigen Aufbau der Lehrgebiete, soweit die Freiwilligkeit des Besuchs und der Charakter als Abendschule es zulassen.

4. Für den Aufbau des Arbeitsplanes maßgebend sind die Lebenserfahrungen der Besucher und ihre Bedürfnisse, wie sie sich aus der sozialen Gliederung und den landschaftlichen und örtlichen Besonderheiten ergeben. Die Arbeitsweise gründet sich auf selbsttätige Mitarbeit der Teilnehmer.

Im Auftrag: Th. Bäuerle, Stuttgart; H. Becker, Berlin; E. Marquardt, Berlin; F. Mockrauer, Dresden; E. Neundörfer, Offenbach.

Entschließung der Mitgliederversammlung des Reichsverbandes der deutschen Volkshochschulen.

Die in Weimar am 28. Mai 1931 zusammengetretene Mitgliederversammlung des Reichsverbandes der deutschen Volkshochschulen verschließt sich nicht der Notwendigkeit, die Haushalte des Reiches, der Länder und der Gemeinden in Ordnung zu halten und zu diesem Zweck Sparmaßnahmen zu treffen. Sie weist aber auf die Gefahren hin, welche mit einer Beeinträchtigung oder gar einem Abbau von Kultureinrichtungen, insbesondere solchen der Erwachsenenbildung und des Volkshochschulwesens verbunden sind. Sie erinnert an die Worte des Oberbürgermeisters Dr. Luppe auf dem Volkshochschultag in Breslau,"Gerade in dieser Zeit finanzieller Not und Verzweiflung weiter Volksschichten muß die Volkshochschule als ein unentbehrliches Glied des öffentlichen Bildungswesens angesehen werden, und es sollte jeder verantwortungsbewußte Bürgermeister sich gegen jeden schematischen Abbau und gegen jede finanzielle Benachteiligung der Volkshochschulen in seinem Ort einsetzen." Die Zerrissenheit des weltanschaulichen Lebens und die lang andauernde, ausgedehnte Erwerbslosigkeit machen zur Wahrung der nationalen Volkskultur eine erhöhte und umfassendere Tätigkeit der Volkshochschulen, insbesondere auch Sonderkurse für Erwerbslose unbedingt erforderlich, wenn der Gefahr, die dem deutschen Staate durch Vernichtung der geistigen Gemeinschaft des Staatsvolkes droht, entgegengewirkt werden soll. Die Leistungsfähigkeit der Volkshochschulen wird schon durch Gebührenerlaß für erwerbslos gewordene Kursusteilnehmer finanziell schwer beeinträchtigt; sie wird es noch weiter, wenn die Behörden, statt diese Einnahmeausfälle aus sozialfürsorgerischen Mitteln zu ersetzen, die erwarteten Beihilfen weiter vermindern.

Daher fordert die Mitgliederversammlung des Reichsverbandes der deutschen Volkshochschulen die zuständigen Ministerien des Reiches und der Länder, die Stadtverwaltungen, die Arbeitsämter, den Deutschen Städtetag auf, dafür Sorge zu tragen, daß

1. gerade in der gegenwärtigen Notzeit die Finanzkraft und damit die Leistungsfähigkeit der deutschen Volkshochschu-

len nicht geschwächt, sondern durch Gewährung ausreichender Beihilfen gesichert wird, gemäß Artikel 148 der Reichsverfassung.

2. im Sinne der vom Reichsverband der deutschen Volkshochschulen (gemeinsam mit den weltanschaulichen Erwachsenen-Bildungsverbänden, den Gewerkschaften verschiedener Richtung und dem Reichsausschuß der deutschen Jugendverbände) an die Reichsregierung bereits im Dezember 1930 gerichteten Eingabe angesichts des kommenden Winters und der fortdauernden Massenerwerbslosigkeit rechtzeitig Mittel zur Einrichtung allgemeinbildender Erwerbslosensonderkurse in den Gemeinden bereitgestellt werden, da die beruflichen Fortbildungskurse, so wichtig sie sind, nur einen Teil der zu lösenden Aufgabe bewältigen können.

ENTSCHLIESSUNGEN

Arbeitswoche für Volkshochschul-Praktiker
vom 2. - 7. Oktober 1932
auf Burg Lauenstein

veranstaltet vom Reichsverband der deutschen Volkshochschulen.

I. Die vom 2.-7. Oktober 1932 zu einer Volkshochschulkonferenz auf Burg Lauenstein versammelten Volkshochschulleiter und -lehrer haben die Frage der zweckmäßigsten Verfassung städtischer Abendvolkshochschulen eingehend geprüft. Sie vertreten die Auffassung, daß sich für Abendvolkshochschulen mit hauptamtlichem Leiter grundsätzlich die Kommunalisierung unter Wahrung der vollen Selbstverwaltung empfiehlt.

II. Die vom 2.-7. Oktober 1932 zu einer Volkshochschulkonferenz auf Burg Lauenstein versammelten Volkshochschulleiter und -lehrer halten die Mitarbeit im Freiwilligen Arbeitsdienst, besonders auch durch die Volkshochschulheime für erstrebenswert. Hierbei haben die Leiter der Abendvolkshochschulen und Volkshochschulheime dafür zu sorgen, daß in der pädagogischen Arbeit des Freiwilligen Arbeitsdienstes Sinn und Geist der deutschen freien Volksbildung zur Geltung kommen.

Nur wenn die pädagogische Arbeit im Freiwilligen Arbeitsdienst unter diesen Gesichtspunkten geleitet wird, ist eine Beteiligung am Freiwilligen Arbeitsdienst zu empfehlen.

Auch außerhalb der Abendvolkshochschulen und Volkshochschulheime sollte der Freiwillige Arbeitsdienst Erziehung und Unterricht im Sinne der freien Volksbildung gestalten.

III. Die Volkshochschulen haben seit ihrem Bestehen für die Einheit von Volk und Staat gewirkt. In diesem Geiste haben sie eine schwere und verantwortungsvolle sozialpädagogische Arbeit an den breiten Schichten des Volkes geleistet. Daher erwarten die vom 2.-7. Oktober 1932 in Burg Lauenstein versammelten Volkshochschulleiter und -lehrer, daß gerade in dieser wirtschaftlichen und weltanschaulichen Notzeit Reich, Länder und Gemeinden sich an Sinn und Durchführung des Art. 148 Abs. 4 der Reichsverfassung, der ihnen die Förderung der Volks-

hochschulen zur Aufgabe macht, gebunden erachten, indem sie wie bisher die Abendvolkshochschulen und Volkshochschulheime durch ausreichende Beihilfen arbeitsfähig erhalten. Die Erwachsenenbildung darf keineswegs allein der privaten Initiative von Personen und Gruppen überlassen bleiben.

Der Direktor der
Volkshochschule Breslau

Breslau 1, den 29.April 1933
Münzstraße 16 II.

Tgb.-Nr. 404/33.

Herrn
Dr. Alfred M a n n ,
h i e r,
Tiergartenstr. 83/85.

Sehr verehrter Herr Doktor!

Im Auftrage des jetzigen Dezernenten der Volkshochschule habe ich die Ehre, Ihnen folgendes mitzuteilen:

1. Herr Stadtrat J e n z e n ist der Meinung, daß die Akten des Reichsverbandes vorläufig in den Räumen der Volkshochschulabteilung des Büros XIV verbleiben müssen.

Ich bitte Sie daher, Tag und Stunde angeben zu wollen, wann die Akten abgeholt werden können.

2. Herr Stadtrat Jenzen ist ebenfalls der Meinung, daß die Leitung des Reichsverbandes in Übereinstimmung mit Ihrer Beurlaubung zum mindesten ruhen müsse.

Mit vorzüglicher Hochachtung
gez. Dr. Seifert
kom.Leiter der Volkshochschule

Nachschrift von Dr. Mann:
Durch gestrige Besprechung bei Herrn Stadtrat Jenzen und heutigem telf. Anruf von Herrn Dr. Seifert in dem Sinne erledigt, daß, da der Reichsverband der deutschen Volkshochschulen ein E.V. ist und ich persönlich als Vorsitzender gewählt, alles bei mir verbleibt. Sollte der Reichsverband wieder Mittel für Heime vom Reich erhalten, so erbittet Herr Dr. Seifert auch solche für Querbach+), was ich selbstverständlich in Aussicht stellte.

Breslau, 3.V.33
gez. Mann

+) Querbach war Erwerbslosenheim und fand Aufnahme in den Reichsverband am 14.1.1932.
Siehe auch Blätter der Volkshochschule Breslau Jg. IX, 1931/32,S.63/64

Thür. Amtsgericht
Abtl. 7
Gesch. Nr. Ver. Reg. 168

Jena, den 11. November 1933
Roter Stempel: Wer behauptet, Deutschland sei am Kriege schuld, lügt. Diese Lüge ist die Wurzel unserer Not.

Im Vereinsregister unter Nr. 168 bei dem Verein Reichsverband der deutschen Volkshochschulen in Jena wurde heute eingetragen: "Der Verein ist durch schriftliche Abstimmung der Mitglieder aufgelöst. Zu Liquidatoren sind bestellt: Dr. Alfred Mann in Breslau, im Falle seiner Behinderung Direktor Erich Schmidt in Königsberg".

An die Herren Liquidatoren
zu Händen Herrn Dr.
Alfred Mann in Breslau

Auf Anordnung:
gez. Langbein
Kanzleiobersekretär

DEUTSCHE SCHULE FÜR VOLKSFORSCHUNG UND ERWACHSENENBILDUNG

S A T Z U N G

Beschlossen auf der ordentlichen Mitgliederversammlung des Hohenrodter Bundes E. V. am 27. September 1927

§ 1. D e u t s c h e S c h u l e. Die Deutsche Schule für Volksforschung und Erwachsenenbildung ist eine Einrichtung des Hohenrodter Bundes E.V.

§ 2. A u f g a b e n . 1. Die Aufgaben der Deutschen Schule sind:

a) Wissenschaftliche Forschung auf dem Gebiet der Erwachsenenbildung,
b) Gewinnung und Schulung des volksbildnerischen Nachwuchses,
c) Weiterbildung der in der Volksbildungsarbeit Tätigen,
d) Berührung, Verbindung, Austausch mit den verschiedenen Berufs-und Arbeitsgruppen und den volksbildnerisch bedeutsamen Einrichtungen unserer Zeit.

2. Die Forschungs-und Schulungsaufgaben auf dem Gebiete des volkstümlichen Büchereiwesens werden von dem Institut für Leser-und Schrifttumskunde der Deutschen Zentralstelle für volkstümliches Büchereiwesen übernommen, in deren Vorstand und Verwaltungsausschuß die Deutsche Schule je einen Vertreter entsendet.

§ 3. D u r c h f ü h r u n g d e r A u f g a b e n .
1. Die Deutsche Schule sucht diese Aufgabe durch volkswissenschaftliche Forschungen, Akademien, Lehrgänge, Schulungswochen, Freizeiten und Tagungen zu erfüllen.
2. Die Einrichtung einer ständigen Bildungsanstalt wird geplant.

§ 4. F i n a n z i e r u n g . Die Finanzierung der Deutschen Schule erfolgt durch den Hohenrodter Bund E.V. (Satzung des Hohenrodter Bundes E.V. § 2,3.)

§ 5. O r g a n e . Die Organe der Deutschen Schule sind: Der Rat. Der Verwaltungsausschuß.

§ 6. D e r R a t . 1. Der Rat besteht aus wenigstens sieben und höchstens fünfzehn ehrenamtlich tätigen Personen. Zusammensetzung;
2. Dem Rat gehören an: Der Vorsitzende des Hohenrodter Bundes E.V., der Vorsitzende des Verwaltungsausschusses, die von der Mitgliederversammlung des Hohenrodter Bundes E.V. aus der Zahl seiner Mitglieder auf die Dauer von drei Jahren gewählten Vertreter, darunter gemäß § 2,2 ein Vertreter des Institutes für Leser-und Schrifttumskunde in Leipzig. Zuständigkeit: 3. Der Rat beschließt über alle die Deutsche Schule betreffenden Fragen und ist über alles, was in seinem Auftrag geschieht, der Mitgliederversammlung des Hohenrodter Bundes E.V. verantwortlich. 4. Der Rat wählt selbst seinen Vorsitzenden und dessen Stellvertreter. 5. Die Sitzungen werden vom Vorsitzenden nach

Bedarf einberufen. Außerdem muß eine Sitzung innerhalb von drei Wochen stattfinden, wenn zwei Mitglieder des Rates es verlangen. 6. Über die Sitzungen des Rates und der Arbeitsgruppen (§7, Absatz 2) sind Protokolle zu führen, die von dem Vorsitzenden bzw. den Gruppenleitern zu unterzeichnen sind.

§ 7. R e k t o r . 1. Der Rat kann zur Leitung der Schule einen Rektor bestellen.

A r b e i t s g r u p p e n . 2. Mit der Durchführung besonderer Aufgaben können vom Rat einzelne Persönlichkeiten (Gruppenleiter) betraut werden, die zu diesem Zweck mit Zustimmung des Rates besondere Arbeitsgruppen bilden können. Die Gruppenleiter sind verpflichtet, den Rektor zu den Gruppensitzungen einzuladen und ihn über den Fortgang ihrer Arbeit auf dem laufenden zu halten. Sie sind dem Rat verantwortlich und können nach Bedarf zu den Ratssitzungen beigezogen werden.

§ 8. G e s c h ä f t s f ü h r e r . Der Rat bestellt einen Geschäftsführer.

§ 9. G e s c h ä f t s o r d n u n g . Der Rat gibt sich eine Geschäftsordnung. In dieser regelt er auch die Befugnisse des Rektors, des Geschäftsführers und der Gruppenleiter.

§ 10. V e r w a l t u n g s a u s s c h u ß . 1. Dem Verwaltungsausschuß gehören mit Stimmrecht an: Die Vertreter des Reiches und der Länder, soweit sie sich an der Finanzierung der Deutschen Schule beteiligen. Der Vorsitzende des Hohenrodter Bundes E.V.
2. Vertreter anderer Stellen können auf Zeit vom Verwaltungsausschuß zugewählt werden. 3. Der Verwaltungsausschuß tritt jährlich mindestens einmal zusammen. Er nimmt den Arbeitsbericht entgegegen, wirkt bei der Aufstellung des Haushaltsplanes mit und gibt Anregungen für die Arbeit der Deutschen Schule für Volksforschung und Erwachsenenbildung.
4. Der Vorsitzende im Verwaltungsausschuß wechselt jährlich.

DEUTSCHE SCHULE FÜR VOLKSFORSCHUNG UND ERWACHSENENBILDUNG

Satzung

beschlossen auf der ordentlichen Mitgliederversammlung des Hohenrodter Bundes E.V. am 27. 9. 27, abgeändert durch die Sitzung des Rates der Deutschen Schule am 21. 11. 1930.

§ 1 Die Deutsche Schule für Volksforschung und Erwachsenenbildung ist eine Einrichtung des eingetragenen Vereins Deutsche Schule für Volksforschung und Erwachsenenbildung E.V. (im folgenden E.V. genannt).

§ 2 Aufgaben
Die Aufgaben der Deutschen Schule sind:
a) Wissenschaftliche Forschung auf dem Gebiet der Erwachsenenbildung
b) Gewinnung und Schulung des volksbildnerischen Nachwuchses
c) Weiterbildung der in der Volksbildungsarbeit Tätigen
d) Berührung, Verbindung, Austausch mit den verschiedenen Berufs-und Arbeitsgruppen und den volksbildnerisch bedeutsamen Einrichtungen unserer Zeit

§ 3 Durchführung der Aufgaben
1) Die Deutsche Schule sucht diese Aufgaben durch wissenschaftliche Forschungen, Akademien, Lehrgänge, Schulungswochen, Freizeiten und Tagungen zu erfüllen
2) Die Einrichtung einer ständigen Bildungseinrichtung wird geplant

§ 4 Finanzierung
Die Finanzierung der Deutschen Schule erfolgt durch den E.V.

§ 5 Organe
Die Organe der Deutschen Schule sind:
Der Rat Der Verwaltungsausschuß

§ 6 Der Rat
1. Der Rat besteht aus wenigstens sieben ehrenamtlich tätigen Personen
Zusämmensetzung:
2. Dem Rat gehören an:
a) für die ersten drei Jahre die auf der letzten Mitgliederversammlung des Hohenrodter Bundes E.V. am 24. 9. 30 gewählten Ratsmitglieder
b) im übrigen:
aa) der Vorsitzende des E.V.
bb) der Vorsitzende des Verwaltungsausschusses
cc) die vom Rat gewählten Mitglieder
dd) der Rektor (§7)
ee) Mitglieder mit besonderem Auftrag (§ 8)

Alle Jahre scheidet ein Drittel der gewählten Ratsmitglieder aus. Die erste Neuwahl findet 1933 statt. Wiederwahl ist zulässig. Gehört der Geschäftsführer dem Rat an, so bleibt er für seine Amtsdauer Mitglied.

Zuständigkeit:

3. Der Rat beschließt über alle die Deutsche Schule betreffenden Fragen und ist über alles, was in seinem Auftrag geschieht, der Mitgliederversammlung des E.V. verantwortlich.
4. Die Sitzungen finden nach Bedarf statt. Außerdem muß eine Sitzung innerhalb von drei Wochen stattfinden, wenn drei Mitglieder des Rates es verlangen.
5. Über die Sitzungen des Rates und der Arbeitsgruppen (§ 8) sind Protokolle zu führen, die vom jeweiligen Sitzungsleiter und dem Protokollführer unterzeichnet werden.

§ 7 Rektor
Der Rat kann zur Leitung der Schule einen Rektor bestellen.

§ 8 Zur Durchführung besonderer Aufgaben zieht der Rat einzelne Personen (Beauftragte) oder Institute (Arbeitsstellen) zu. Diese Beauftragten und die Leiter der Arbeitsstellen können zu diesem Zweck mit Zustimmung des Rates besondere Arbeitsgruppen bilden. Die Gruppenführer sind verpflichtet, die dafür delegierten Ratsmitglieder zu den Gruppensitzungen einzuladen und den Rat über den Fortgang ihrer Arbeit auf dem laufenden zu halten. Sie sind dem Rat verantwortlich.
Die Beauftragten und die Leiter der Arbeitsstellen sind für ihre Aufgaben stimmberechtigte Mitglieder des Rates.

§ 9 Geschäftsführer
Der Rat bestellt einen Geschäftsführer

§10 Geschäftsordnung
Der Rat gibt sich eine Geschäftsordnung. In dieser regelt er auch die Befugnisse des Rektors, des Geschäftsführers und der Gruppenleiter.

§11 Verwaltungsausschuß

1. Dem Verwaltungsausschuß gehören mit Stimmrecht an:
Die Vertreter des Reiches, der Länder und der Zentralorganisationen der Kommunen, soweit sie sich an der Finanzierung der Deutschen Schulen beteiligen,
Der Vorsitzende der Deutschen Schule E.V.
2. Auf Vorschlag des Rates können Vertreter anderer Stellen auf Zeit vom Verwaltungsausschuß zugewählt werden.
3. Der Verwaltungsausschuß tritt jährlich mindestens einmal zusammen. Er nimmt den Arbeitsbericht entgegen, wirkt bei der Aufstellung des Haushaltsplanes mit und gibt Anregungen für die Arbeit der Deutschen Schule für Volksforschung und Erwachsenenbildung.
4. Der Vorsitz im Verwaltungsausschuß wechselt jährlich.

1. Mai 1933.
Tiergartenstr. 83/85.

Lieber Herr Laack,

vor einigen Tagen bin ich als Direktor der Volkshochschule beurlaubt worden. Soweit ich sehe, handelt es sich um gemeine politische Denunziationen, denen auch die geringste sachliche Grundlage fehlt. Auch Nationalsozialisten setzen sich sehr stark für eine gerechte Erledigung ein, und ich bin selbstverständlich nicht gesonnen, kampflos das Feld zu räumen. Meine Berliner Reise mußte sich auf diese Weise verschieben. Ich hoffe aber, Ende der Woche dort sein zu können.

Inzwischen verbleibe ich mit vielen herzlichen Grüßen

Ihr
gez. Mann

Deutsche Schule für Volksforschung und Erwachsenenbildung
Berlin W. 35, d. 16.5. 1933
Potsdamerstraße 120

An die Mitglieder des Rates der Deutschen Schule für Volksforschung und Erwachsenenbildung

Der Preussische Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung
U II R Nr. 202.1

Auf Grund des Materials, das bei dem Referenten für das Volkshochschulwesen gegen den Geschäftsführer der "Deutschen Schule für Volksforschung und Erwachsenenbildung" Herrn Dr. Fritz Laack vorliegt, wird diesem das Betreten der Räumlichkeiten der "Deutschen Schule für Volksforschung und Erwachsenenbildung" sowie die Ausführung dienstlicher Handlungen für dieses Institut hiermit untersagt. Mit der Prüfung des gesamten Aktenmaterials der "Deutschen Schule" und der Durchführung der daraufhin zu treffenden Maßnahmen wird der Referent für das Volkshochschulwesen im Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung zur Anbahnung einer neuen Volkshochschulpolitik beauftragt.

gez. Rust.

U II R Nr. 223 Berlin, den 13. Mai 1933

Im Nachgang des Erlasses U II R 202 wird hiermit dem Geschäftsführer Dr. Fritz Laack das Betreten der Räume der "Deutschen Schule für Volksforschung und Erwachsenenbildung" gestattet zur Abwicklung der Geschäfte.

Im Auftrage
gez. Dr. Bargheer.

U II R Nr. 223 Berlin, den 13. Mai 1933

Die bisher der "Deutschen Schule für Volksforschung und Erwachsenenbildung E.V." vom Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung gezahlten Zuschüsse werden mit Rücksicht auf die Gesamtfinanzlage und auf die neue Entwicklung der Kulturpolitik im nationalen Staat hiermit gesperrt. Die "Deutsche Schule für Volksforschung und Erwachsenenbildung" als Institution wird dem Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht eingegliedert. Sie führt hier als Abteilung den Namen "Hauptstelle für Volkshochschulwesen".

Im Auftrage
gez. Dr.Bargheer

Becker-Engelhardt-Entwurf (1932)

Die Arbeitsstelle für Erwachsenenbildung

Satzung

§ 1 Die Arbeitstelle für Erwachsenenbildung ist eine Einrichtung des eingetragenen Vereins "Arbeitsstelle für Erwachsenenbildung E.V." (im folgenden E.V. genannt).

§ 2 Aufgaben:
Die Aufgaben der Arbeitsstelle für Erwachsenenbildung sind:
a) Wissenschaftliche Forschung auf dem Gebiet der Erwachsenenbildung
b) Schulung des volksbildnerischen Nachwuchses
c) Weiterbildung der in der Volksbildungsarbeit Tätigen
d) Erfahrungsaustausch zwischen den verschiedenen Berufs- und Arbeitsgruppen und den volksbildnerisch bedeutsamen Einrichtungen
e) Nutzbarmachung ausländischer Erfahrungen
f) Untersuchung der die Volks-und Heimvolkshochschule betreffenden wirtschaftlichen Fragen
g) Förderung der Beziehung zwischen Erwachsenenbildung und öffentlichem Schulwesen
h) Förderung des Archivwesens
i) Abhaltung von Tagungen

§ 3 Durchführung der Aufgaben
Die Erfüllung der Aufgaben der Arbeitsstelle erfolgt durch wissenschaftliche Forschungen, Akademien, Lehrgänge, Tagungen etc.

§ 4 Finanzierung
Die Finanzierung der Arbeitsstelle erfolgt durch den E.V.

§ 5 Organe
Die Organe der Arbeitsstelle sind:
der Verwaltungsausschuß
der Arbeitsausschuß

§ 6 Der Verwaltungsausschuß
1.) Zusammensetzung
Dem Verwaltungsausschuß gehören an:
a) Die Vertreter der den E.V. mit mindestens 1000 M jährlich finanzierenden Regierungen und kommunalen Zentralstellen als Kommissare
b) Auf Antrag an den Verwaltungsausschuß und nach Aufnahme durch denselben die Vertreter von zentralen Organisationen, soweit sie Bildungs-und Schulungsarbeit betreiben und den E.V. mit mindestens 500 Mark jährlich unterstützen.
c) Der Vorsitzende des E.V.
d) Der Vorsitzende des Arbeitsausschusses
e) Der Geschäftsführer

2.) Sitzungen
Die Sitzungen des Verwaltungsausschusses werden vom Vorsitzenden einberufen. Sie finden jährlich mindestens einmal statt, weiterhin wenn der Vorsitzende oder ein Viertel der Angehörigen des Verwaltungsausschusses es beantragt, weiterhin innerhalb einer Frist von 4 Wochen, wenn der Vorsitzende oder mindestens ein Viertel der Angehörigen des Verwaltungsausschusses es beantragt.

3) Vorsitz
Der Vorsitz des Verwaltungsausschusses wechselt jährlich unter den kommissarischen Mitgliedern.

4) Geschäftsordnung
Der Verwaltungsausschuß gibt sich seine Geschäftsordnung selbst.

5) Zuständigkeit
Der Verwaltungsausschuß beschließt über den vom Arbeitsausschuß vorzulegenden Arbeitsplan, dem er nach Anhörung des Arbeitsausschusses weitere Aufgaben hinzufügen kann, und über die vom E.V. der Arbeitsstelle zu überweisenden Mittel. Der Verwaltungsausschuß bestätigt die Zusammensetzung des Arbeitsausschusses, etwaiger Unterausschüsse und die Berufung des Geschäftsführers.

§ 7 Der Arbeitsausschuß

1) Zusammensetzung
a) Der Arbeitsausschuß besteht aus wenigstens sieben ehrenamtlich tätigen Personen.
b) Dem Arbeitsausschuß gehören an für die ersten drei Jahre die auf der letzten Mitgliederversammlung des Hohenrodter Bundes E.V. am 24.9.30 gewählten Arbeits-Ausschuß-Mitglieder, im übrigen
aa) der Vorsitzende des E.V.
bb) der Vorsitzende des Verwaltungsausschusses
cc) die vom Arbeitsausschuß zugewählten Mitglieder
dd) die von ihm zu bestimmenden Vorsitzenden etwaiger Unterausschüsse
ee) der Geschäftsführer der Arbeitsstelle
c) Alle Jahre scheidet ein Drittel der gewählten Mitglieder aus. Die erste Neuwahl findet 1933 statt. Wiederwahl ist zulässig.
d) Die Zusammensetzung des Arbeitsausschusses bedarf der Genehmigung des Verwaltungsausschusses.

2) Sitzungen
Die Sitzungen finden nach Bedarf statt, außerdem muß eine Sitzung innerhalb von 4 Wochen stattfinden, wenn drei Mitglieder des Ausschusses es verlangen.

3) Geschäftsordnung
Der Arbeitsausschuß gibt sich eine Geschäftsordnung. In dieser regelt er auch die Befugnisse des Geschäftsführers und der Unterausschüsse.

4) Zuständigkeit
Der Arbeitsausschuß ist für die Durchführung des nach § 6, Absatz 5 beschlossenen Arbeitsplanes verantwortlich.

§ 8 Unterausschüsse
Zur Durchführung besonderer Aufgaben bildet der Arbeitsausschuß Unterausschüsse bzw. Arbeitsstellen, wofür er der Genehmigung des Verwaltungsausschusses bedarf.

§ 9 Geschäftsführer
Der Arbeitsausschuß bestimmt einen Geschäftsführer, wofür er der Genehmigung des Verwaltungsausschusses bedarf.

Hessler-Entwurf (1932)

Zentralstelle für Erwachsenenbildung

§ 1 Die Zentralstelle für Erwachsenenbildung (im folgenden Zentralstelle genannt) ist eine Einrichtung der daran beteiligten Behörden und zentralen Organisationen, soweit sie Bildungs-und Schulungsarbeit usw. betreiben. (bzw. ist eine Einrichtung des Vereins "Zentralstelle für Erwachsenenbildung E.V.").

§ 2 Aufgaben
Die Zentralstelle übernimmt folgende Aufgaben:
a) Unterstützung aller Bestrebungen der modernen Erwachsenenbildung
b) wissenschaftliche Forschung auf dem Gebiet der Erwachsenenbildung
c) Schulung des volksbildnerischen Nachwuchses
d) Erfahrungsaustausch zwischen den verschiedenen Berufs- und Arbeitsgruppen und den volksbildnerisch bedeutsamen Einrichtungen
e) Nutzbarmachung ausländischer Erfahrungen
f) Untersuchung der die Volks-und Heimvolkshochschulen betreffenden wirtschaftlichen Fragen
g) Förderung der Beziehungen zwischen Erwachsenenbildung und öffentlichem Schulwesen
h) Förderung des Archivwesens
i) Abhaltung von Tagungen

§ 3 Durchführung der Aufgaben
Die Erfüllung der Aufgaben der Zentralstelle erfolgt durch wissenschaftliche Forderungen, Schulungseinrichtungen, Lehrgänge, Tagungen usw.

§ 4 Finanzierung
Die Finanzierung der Zentralstelle erfolgt durch die Beiträge der Behörden, etwaige Beihilfen öffentlich-rechtlicher Körperschaften und durch einen vom Verwaltungsausschuß festzusetzenden Jahresbeitrag der angeschlossenen zentralen Organisationen (bzw.:die Finanzierung der Zentralstelle erfolgt durch den E.V.)

§5 Organe
Die Organe der Zentralstelle sind:
a) der Verwaltungsausschuß
b) die von ihm eingesetzten Arbeitsausschüsse

§ 6 Verwaltungsausschuß
a) Dem Verwaltungsausschuß gehören mit Stimmrecht an: Die Vertreter des Reiches, der Länder, der kommunen Zentralstellen und der zentralen Organisationen, soweit letztere Bildungs-und Schulungsarbeit betreiben, nach einem noch zu vereinbarenden Schlüssel. Ferner der Geschäftsführer, der jeweils vom Verwaltungsausschuß auf die Dauer von 3 Jahren gewählt wird.
b) Der Verwaltungsausschuß tritt jährlich mindestens einmal zusammen, überdies auf Antrag von mindestens einem Viertel der Mitglieder
c) Die Geschäftsdauer währt drei Jahre

§ 7 Aufgaben des Verwaltungsausschusses
Der Verwaltungsausschuß beschließt über alle die Zentralstelle betreffenden Fragen.
Der Verwaltungsausschuß bildet je nach Bedarf die Arbeitskommission für die verschiedenen Zweige des Erwachsenenbildungswesens.

§ 8 Zur Durchführung besonderer Aufgaben kann der Verwaltungsausschuß einzelne Personen (Beauftragte) oder Institute (Arbeitsstellen) heranziehen.

§ 9 Der Verwaltungsausschuß gibt sich eine Geschäftsordnung. In dieser regelt er auch die Befugnisse des Geschäftsführers und der Vorsitzenden der jeweiligen Arbeitsgruppen.

S a t z u n g

der Sozialen Arbeitsgemeinschaft Berlin-Ost E.V.
(Beschlossen in der Mitgliederversammlung vom 30. Dezember 1928).

§ 1. Die Soziale Arbeitsgemeinschaft Berlin-Ost (SAG.) hat ihren Sitz in Berlin. Sie ist in das Vereinsregister eingetragen und führt den Zusatz E.V.

§ 2. Die Soziale Arbeitsgemeinschaft Berlin-Ost E.V. will Angehörigen der verschiedenen Volksschichten Gelegenheit geben, sich gegenseitig kennen und verstehen zu lernen.
Angesichts der großen, allen Volksangehörigen gemeinsamen Aufgaben strebt sie danach, zwischen den verschiedenen Volksklassen, politischen Parteien und religiösen Bekenntnissen auf wahrhaft guten Willen gegründete Beziehungen zu schaffen. Sie treibt ihre Arbeit in erster Linie im Anschluß an Siedlungen in Arbeitervierteln und sucht dort, gemeinsam mit der Nachbarschaft, die Ursachen der geistigen und wirtschaftlichen Not festzustellen und nach Möglichkeit an ihrer Bekämpfung mitzuwirken.

§ 3. Die Soziale Arbeitsgemeinschaft Berlin-Ost E.V. erstrebt zur Erreichung ihrer Zwecke die Errichtung von Volkshäusern, wenn möglich in Verbindung mit vorbildlichen Arbeiterwohnungen. Die Räume der Volkshäuser werden auch anderen Vereinigungen zu Sitzungen, Vorträgen usw. zur Verfügung gestellt.

§ 4. Zur Durchführung ihrer Aufgaben bildet die Soziale Arbeitsgemeinschaft Berlin-Ost E.V. eine Abteilung Berlin-Ost und eine Abteilung Deutsches Reich.

§ 5. Aufgabengebiete der Abteilung Deutsches Reich sind:

1. Personenkreisen, die den Wunsch haben, außerhalb von Berlin-Ost praktische oder theoretische Arbeit im Sinne des § 2 zu beginnen, mit Rat und Tat beizustehen.
2. Die Akademisch-Soziale Arbeit zu fördern.
3. Konferenzen zur Klärung und Vertiefung der im Zusammenhang mit der Arbeit stehenden Fragen zu veranstalten.

§ 6. Die Soziale Arbeitsgemeinschaft Berlin-Ost E.V. wird getragen durch die freie Arbeit ihrer Mitarbeiter und, hinsichtlich der Aufbringung der zur Durchführung ihrer Arbeit erforderlichen Mittel, durch die tatbereite Hilfe ihrer Mitglieder.

§ 7. Die in § 5 Ziffer 1 erwähnten Personenkreise können sich zu Ortsgruppen der Sozialen Arbeitsgemeinschaft Berlin-Ost E.V. zusammenschließen. Ebenso können bereits bestehende Gruppen, die eine den Zielen der Sozialen Arbeitsgemeinschaft entsprechende Arbeit tun, als Ortsgruppe anerkannt werden.
Die Arbeitsgebiete der Ortsgruppen ergeben sich im einzelnen aus den besonderen örtlichen Verhältnissen.

§ 8. Jede Ortsgruppe kann ihre eigene Satzung oder Arbeitsordnung haben, die vom Vorstand der Sozialen Arbeitsgemeinschaft genehmigt sein muß. Für die Aufbringung der zur Durchführung der Arbeit erforderlichen Mittel hat sie selbst einzustehen. Jede Ortsgruppe hat ihren Jahresbericht alljährlich dem Vorstand der Sozialen Arbeitsgemeinschaft - spätestens bis zum 1. April - einzureichen.

§ 9. Die Mitglieder der Sozialen Arbeitsgemeinschaft setzen sich zusammen aus "Mitarbeitern" und "Freunden".

"Mitarbeiter" sind diejenigen, die im Zusammenhang mit Berlin-Ost oder mit einer Ortsgruppe regelmäßig soziale Arbeit tun.
"Freunde" sind diejenigen, welche den Zielen der Sozialen Arbeitsgemeinschaft zustimmen, ohne selbst mitarbeiten zu können.
Mitarbeiter und Freunde erhalten eine zu Anfang jeden Jahres zu erneuernde Mitgliedkarte.
Der Austritt eines Mitglieds hat durch eine Erklärung gegenüber dem Vorstand der Sozialen Arbeitsgemeinschaft, der Ausschluß durch Beschluß der Mitgliederversammlung zu erfolgen.
§ 10. Organe der Sozialen Arbeitsgemeinschaft sind:
a) der Vorstand
b) der Arbeitsausschuß
c) die Mitgliederversammlung.
§ 11. Der Vorstand besteht aus höchstens 9 Mitgliedern.
Die Mitgliederversammlung wählt den Vorstand, darunter den ersten und zweiten Vorsitzenden, den ersten und zweiten Schriftführer, den Schatzmeister und den Kassenführer.
Die Wahl erfolgt auf drei Jahre. Etwa erforderliche Nachwahlen haben Gültigkeit für die laufende Amtsdauer des Vorstandes.
Der Vorstand besorgt alle Angelegenheiten der Sozialen Arbeitsgemeinschaft Berlin-Ost E.V., soweit sie nicht von dem Vorsitzenden erledigt werden können oder der Mitgliederversammlung vorbehalten sind. Er beschließt insbesondere über die erforderlichen Anstellungen, sowie über Anstellung oder Bestätigung der Leiter der Ortsgruppen, letzteres im Einverständnis mit der betreffenden Ortsgruppe.
Die laufenden Geschäfte führt der Vorsitzende. Er soll indessen Verfügungen über mehr als 1000 Mk. oder über Veräußerung oder Belastung eines Grundstückes nur unter Mitwirkung eines weiteren Mitgliedes treffen.
Vorstand im Sinne des § 26 BGB. ist der erste Vorsitzende, im Behinderungsfalle der erste Schriftführer oder der Kassenführer.
Über Eingänge quittiert der Kassenführer.
§ 12. Der Arbeitsausschuß besteht aus dem Vorstand der Sozialen Arbeitsgemeinschaft, den Leitern der Ortsgruppen, zwei vom Arbeitsausschuß für ein Jahr gewählten Vertretern der wichtigsten Arbeitszweige der Sozialen Arbeitsgemeinschaft Berlin-Ost, zehn von der Mitgliederversammlung für ein Jahr gewählten Mitgliedern.
Keine Ortsgruppe soll mehr als zwei Vertreter im Arbeitsausschuß haben.
Der Arbeitsausschuß ist mindestens zweimal jährlich einzuberufen.
Aufgaben des Arbeitsausschusses sind:
a) Die Beratung wichtiger Arbeitsfragen.
b) Vorberatung des der Mitgliederversammlung zu erstattenden Tätigkeitsberichtes.
c) Vorberatung der Finanzfragen.
d) Vorbereitung der Mitgliederversammlung.
Alle Anträge an die Mitgliederversammlung sollen dem Arbeitsausschuß zur Vorbereitung eingereicht werden.
§ 13. Jedes Mitglied der Sozialen Arbeitsgemeinschaft ist berechtigt, an der Mitgliederversammlung teilzunehmen. Jedes anwesende Mitglied hat eine Stimme.

Die Mitgliederversammlung findet einmal jährlich auf Einberufung des Vorstandes statt.
Die Einladung hat schriftlich oder durch die "Nachrichten aus der Sozialen Arbeitsgemeinschaft" mindestens zwei Wochen vorher zu erfolgen.
Außerordentliche Mitgliederversammlungen sind auf Antrag von mindestens 50 Mitgliedern auf demselben Wege einzuberufen.
Die Mitgliederversammlung beschließt:
a) über die Entlastung des Vorstandes nach Entgegennahme des Tätigkeitsberichtes,
b) über die Änderung der Satzung,
c) über grundsätzliche Arbeitsfragen.

Die Mitgliederversammlung faßt ihre Beschlüsse mit Stimmenmehrheit. Bei Stimmengleichheit entscheidet der Vorsitzende. Zur Änderung der Satzung ist eine Mehrheit von zwei Dritteln der anwesenden Mitglieder erforderlich. Die Beurkundung der gefaßten Beschlüsse erfolgt durch die Unterzeichnung des Vorsitzenden und des Schriftführers.

§. 14. Die Auflösung der Sozialen Arbeitsgemeinschaft Berlin-Ost E.V. kann nur in einer ausdrücklich zu diesem Zweck einberufenen außerordentlichen Mitgliederversammlung beschlossen werden.
Die Versammlung ist beschlußfähig nur, wenn mindestens 100 Mitglieder anwesend sind.
Der Beschluß der Auflösung erfordert eine Mehrheit von mindestens zwei Dritteln der anwesenden Mitglieder.
Die die Auflösung der Sozialen Arbeitsgemeinschaft beschließende Mitgliederversammlung beschließt auch über die Verwendung des Vereinsvermögens zu einem gemeinnützigen Zweck.

VIII. K a p i t e l:

MITGLIEDERVERZEICHNIS DES REICHSVERBANDES DER DEUTSCHEN VOLKSSCHULEN E. V.

Zusammengestellt aus: +)

1. Nachweiser für das deutsche Volksbildungswesen
   4. Teil: Die Abendvolkshochschulen
   15. Archivbericht, Februar 1929.
   Herausgegeben vom "Archiv für Volksbildung im Reichsministerium des Innern. Berlin,1929
2. Nachtrag zum "Nachweiser für das deutsche Volksbildungswesen" 4. Teil: Die Abendvolkshochschulen.
   In Nachrichten des Archivs für Volksbildung im Reichsministerium des Innern. Nr. 10, Oktober 1932,S.9-14
3. Mitgliederverzeichnis des Reichsverbandes der deutschen Volkshochschulen E.V.
   In: Blätter der Volkshochschule Breslau.
   Organ der Schlesischen Arbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung, herausgegeben von Alfred Mann.
   10, 1931/32 Nr. 2-6, S. 78-87.
4. Überblick über deutsche Volkshochschulen 1918/19-1937
   (Für den Privatgebrauch notiert.) Mai 1937, S. 7-15
   In: V, h 30
5. Unterrichtspläne, Berichte, Statistiken der einzelnen Volkshochschulen aus den Jahren 1932
   In: V, a-p

Erklärungen und Abkürzungen:

(.....)	Name des Leiters der Volkshochschule oder des Verbandes	
E	Einwohnerzahl	
G	Gründungsjahr der Volkshochschule	
T	Teilnehmerzahl	(Wenn nicht anders notiert, Zahl für ein Halbjahr)
B	Belegungen	
m	männlich	
w	weiblich	

+) Soweit jedoch die Angaben und Zusätze unter 3,4,5 anders lauten als die genannten Nachweiser (1,2), haben diese als durch jene überholt zu gelten. Die Zahlenangaben stammen im allgemeinen aus den letzten Jahren (1930-1933)

MITGLIEDERVERZEICHNIS

DES REICHSVERBANDES DER DEUTSCHEN VOLKSHOCHSCHULEN E.V.

I. Arbeitsgemeinschaft der anhaltischen Volkshochschulen
(Geschäftsstelle: Köthen (Prüfer) 18.3. 1933 aufgelöst)

Abendvolkshochschulen

1. Bernburg (Posse)
   E 35265 G 1919 T 1220 m 617 w 603
2. Coswig (Eisfeld)
3. Dessau (Kröter)
   E 76500 G 1919 T 1382 m 687 w 695
4. Jessnitz (Sachse)
5. Köthen (Prüfer) aufgelöst 13.5.1933
   E 27000 G 1919 T 315 B 502 m 195 w 120
   307 195
6. Nienburg/S. (Wagner)
   E 5600 G 1919 T 252 B 422 m 112 w 140
   192 230
7. Oranienbaum (Westphal)
   E 3300 G 1927 T 260
8. Raguhn (Ziegler)
   E 3200 G 1927 T 95 B 230 m 70 w 25
   180 50
9. Zerbst (Reinstädtler)
   E 19800 G 1919 T 600 m 450 w 150

II. Verband der bayrischen Volkshochschulen
Geschäftsstelle: Nürnberg (Brenner)ohne bes.Beschluß aufgelöst)

Abendvolkshochschulen

10. Augsburg (Löweneck)
    E 167800 G 1919 T 1445 B 13514 m 820 w 425
11. Bayreuth (Jost)
    E 35000 G 1919 T 705 m 176 w 528
12. Erlangen (Barth)
13. Kaiserslautern (Weiher)
    E 60000 G 1920 T 8272 B 1131 m 56% w 44%
14. München (Bohl)
    E 697000 G 1906/07 T 4415 B 7299 m 2009 w 2406
    3521 3778
15. Nürnberg (Brenner) Mitteilung Stadtrat 1.4.1933 aufgehoben
    E 397000 G 1920 B 13300
16. Regensburg (Weigert)
17. Würzburg (Dauber)
    E 90000 G 1918 B 631
18. Hof (dem Landesverband erst am 5.10.1932 beigetreten

III. Landesverband der Volkshochschulen von Brandenburg und Berlin
(Geschäftsstelle: Berlin C 2(Marquardt) gegründet 15.7.1931
Auflösung 2.2.1934)

Abendvolkshochschulen

19. Groß-Berlin (Marquardt)
E 4 Mill. G 1919 T 891 B 1083 m 603 w 288
689 394

20. Berlin, Humboldt-Hochschule (Kadner)
G 1878 B 22883 m 40% w 60%

21. Berlin, Abendvolkshochschule der Sozialen
Arbeitsgemeinschaft Berlin-Ost (Fiedler)

22. Brandenburg a.H. (Schwarz)
E 63000 G 1919 B 15049

23. Frankfurt a.O. (Körnchen)
E 75000 G 1919 T 590 B 6800 m 2/5 w 3/5

Heimvolkshochschulen

24. Tempelhof (Krolzig)

25. Ulmenhof, Siedlung der Sozialen Arbeitsgemeinschaft
Berlin-Ost, Wilhelmshagen (Mühle u. Goebel)

IV. Landesverband der braunschweigischen Volkshochschulen
(Geschäftsstelle:Braunschweig (Meyer) 1933 aufgelöst)

Abendvolkshochschulen

26. Braunschweig (Wittig)
E 142000 G 1919 T 1783 m 1101 w 682

27. Bündheim=Harzburg (Brodführer)
E 3000 G 1927 T 60 m 40 w 20

28. Helmstedt (Siebers)
E 17500 G 1920 T 186 B 261 m 124 w 62
180 81

29. Königslutter (Schünemann)
E 5800 G 1921 T 48 m 38 w 10

30. Wolfenbüttel (Kammerer)

V. Volkshochschullandesverband Hamburg
(Geschäftsstelle: Hamburg (Adams) übertragen 15.3.1933
an Haselmayer)

Abendvolkshochschulen

31. Hamburg (Adams)
E 1,1 Mill.G 1919 T 4679 B 6212 m 2447 w 2232

VI. Völkshochschulverband Hannover und Oldenburg
(Geschäftsstelle: Hannover (Lessing) aufgelöst 24.5.1933
übertragen an Rabe)

Abendvolkshochschule

32. Hannover (Lessing)
E 415000 G 1919 T 4030 m 2640 w 1360

33. Harburg-Wilhelmsburg (Pütz)
E 112185 G 1919 B 323

34. Stade (Holsten)
E 15000 G 1919 B 180

Heimvolkshochschulen

35. Edewecht (Ramsauer) an Reichsmütterdienst 29.4.1937

VII. Landesverband hessischer Volkshochschulen
(Geschäftsstelle: Darmstadt (Jacob) aufgelöst 1933)

Abendvolkshochschulen

36. Darmstadt (Jacob)
E 89000 G 1919 B 1955 m 1016 w 939

37. Gießen (Christ)
E 33000 G 1919 T 370 B 490 m 145 w 225
211 279

38. Lauterbach (Schoen)

39. Mainz (Schmidtgen)
E 112000 G 1919 T 816 B 1628 m 331 w 485

40. Offenbach (Neundörfer)
E 80000 G 1927

VIII. Arbeitsgemeinschaft der niederschlesischen Volkshochschulen
(Geschäftsstelle: Breslau (Mann) 1934 umgewandelt in Volks-- bildungsstätte)

Abendvolkshochschulen

41. Breslau (Mann)
E 609000 G 1919 T 5219 B 8144

42. Brieg (Maruschke)
E 28000 G 1919 T 701 B 968 m 377 w 324
532 436

43. Glogau=Land (Putzke)
E 53000 G 1920

44. Glogau=Stadt (Gülke)
E 27000 G 1919 B 390 m 210 w 180

45. Görlitz (Schultz=Schmula)
E 91037 G 1918 T 1148 B 1768 m 580 w 568
882 886

46. Jauer (Förster)
E 12500 G 1927 B 700 m 40% w 60%

47. Seidenberg O./L. (Rother)
E 2800 G 1920 T 130

48. Sprottau (Langner)
E 10000 G 1919 T 270 m 140 w 130

49. Waldenburg (Steidinger)
E 46000 G 1920 T 641 m 384 w 257

50. Weißwasser O./L. (Wilke)
E 12680 G 1919 T 90 B 102 m 60 w 30
67 35

Heimvolkshochschulen

51. Boberhaus, Löwenberg (Raupach)

52. Querbach, Isergebirge (Mann)

IX. Arbeitsgemeinschaft oberschlesischer Volkshochschulen
(Geschäftsstelle: Gleiwitz (Horstmann) 1933 aufgelöst)

Abendvolkshochschulen

53. Beuthen (Zelder) 1935 dem Volksbildungswerk unterstellt
E 92000 G 1920-22, 1927 T 600 B 1520 m 385 w 215
1033 487

54. Gleiwitz (Horstmann)
E 165000 G 1919 T 1228 B 1641 m 3/5 w 2/5

55. Hindenburg (Schleupner)
E 128000 G 1923 B 1492

56. Neisse (Montag)
E 36000 G 1919 B 405

57. Oppeln (Perk)

58. Ratibor (Mosler)
E 51000 G 1919

X. Arbeitsgemeinschaft ostpreußischer Volkshochschulen
(Geschäftsstelle: Königsberg (E.Schmidt) 1933 aufgelöst)

Abendvolkshochschulen

59. Allenstein (Maeder) 1933 aufgelöst

60. Bartenstein (Maeder) 1933 aufgelöst

61. Elbing (Graf) 1933 extensive Arbeit (Kulessa)
E 74000 G 1919 B 350 m 1/3 w 2/3

62. Königsberg (E.Schmidt) 1933 Volksbildungswerk (A.Schmidt)
E 290000 G 1919 T 2500 B 7000

Heimvolkshochschulen

63. Rippen-Ludwigsort (Schack) 1937 Gauschule

XI. Arbeitsgemeinschaft pommerscher Volkshochschulen
(Geschäftsstelle: Stettin (Ackerknecht) 1933 aufgelöst)

Abendvolkshochschulen

64. Greifenhagen (Wernicke)
E 8200 G 1900 T 752 m 350 w 402

65. Köslin (Winkler)
E 30000 G 1919 B 40 m 10 w 30

66. Lauenburg (Gebhard) außer Betrieb 1931

67. Rügenwalde (Lux)

68. Schlawe (Matzky)

69. Stettin (Ackerknecht)
E 265000 G 1918 T 3343 B 4263 m 42% w 58%

70. Stolp (Hadlich)
E 43000 G 1919 T 201 m 136 w 65

71. Swinemünde (Scheil) 1932/33 außer Betrieb
E 20000 G 1919 T1070

72. Wolgast (Ricken)
E 7350 G 1920 B 151

73. Zülchow (Haupt)

XII. Verband Rheinischer Volkshochschulen
(Geschäftsstelle:Düsseldorf-Oberkassel (Heinrichs)1933 aufgelöst)

Abendvolkshochschulen

74. Bielefeld (Tittel)
E 90000 G 1918 T3121 B 3454 m 39% w 61%

75. Düren (van Laack)
E 39000 G 1919 T 900 m 400 w 500

76. Düsseldorf (Heinrichs)
E 442000 G 1919 T2687 m 49% w 51%

77. Essen (Däbritz)
E 478000 G 1919 T3496 B 4167 m2167 w 1329

78. Kleve (Müller-Reinhard)

79. Köln (Honigsheim)
E 698000 G 1919 T1788 m1019 w 769

80. Neuwied (Steinert)
E 21000 G 1920 T 270 m 100 w 170

81. Oberhausen-Sterkrade (Schneider)
E 52000 G 1919 T 499 B 652 m 293 w 206
446 206

82. Remscheid (Deutzmann)
E 80000 G 1919 T1300 B 1900 m 900 w 400
1300 600

83. Saarbrücken Stadt und Land (Hammelsbeck)
E 130000 G 1926 B 1267 m 827 w 440

84. Solingen (Thamhayn)
E 52000 G 1919 B 916 m 398 w 518

85. Viersen (Kapelle)
E 32000 G 1920 T 241 m 134 w 107

86. Wetzlar (Müller)
E 17000 G 1919 T 508 m 361 w 147

87. Witten (Kloppenburg)
E 45000 G 1919 B 122 m 85 w 37

88. Wuppertal-Barmen (Gressler)
E 190000 G 1912 T2386 B 3159 m1765 w 1394

XIII. Vereinigung der Volkshochschulen im Rhein-Mainischen Verband für Volksbildung
(Geschäftsstelle: Frankfurt (Gebhardt) 1933 aufgelöst)

Abendvolkshochschulen

89. Frankfurt a.M., Frankfurter Bund für Volksbildung (Waas)
E 500000 G 1889 B 5514 m 40% w 60%

90. Frankfurt a.M., Arbeitskreis für Freie Volksbildung der Arthur Pfungst-Stiftung (Werner)

91. Höchst a.M. (Grunewald)
E 33000 G 1920 T 250 m 125 w 125

92. Mannheim (Eppstein)

93. Wiesbaden (Maaß)
E 150000 G 1921 T 2010 B 2592 m 1035 w 975
1309 1283

Heimvolkshochschulen

94. Habertshof (Berlepsch-Valendas und Blum)

XIV. Volkshochschule Sachsen E.V.
Geschäftsstelle: Dresden (Mockrauer und Blüher) Konkurs 1933)

Abendvolkshochschulen

95. Aue (Beeker)
E 22000 G 1919 T 457 m 252 w 205

96. Auerbach (Fröhlich)
E 4160 G 1920 T 832 m 312 w 520

97. Bautzen (Henze)
E 40931 G 1919 T 1259 m 697 w 562

98. Chemnitz (Keller)
E 350000 G 1916 B 3620 m 1395 w 2235

99. Crimmitschau (Fischer)
E 27120 G 1919 B 333 m 35% w 65%

100. Döbeln (Eichhorn)
E 23000 G 1919 B 460

101. Dresden (Mockrauer)
E 628889 G 1919 B 8201 m 4127 w 4074

102. Frankenberg (Irmer)
E 14200 G 1919 T 335

103. Freiberg (Liebe)
E 35000 G 1919 B 919 m 446 w 473

104. Freital (Günther)
E 37000 G 1921 T 6400 B 214

105. Geringswalde (Mehlhorn)
E 4293 G 1920 T 331 B 70 m 64 w 6

106. Glauchau (Ullrich)

107. Grimma (Pabst)
E 11600 G 1910 T 176 m 163 w 13

108. Großschönau (Werner)
E 7800 G 1919 T 1023 B 295 m 614 w 409
192 103

109. Hartha (Brück)
E 7770 G 1919 T 305 B 536 m 55% w 45%

110. Kötzschenbroda (Beck)
E 18000 G 1922

111. Langenau (Hengst)
E 2425 G 1920 T 59 B 152 m 42 w 17
123 29

112. Leipzig (Gramm)
E 679000 G 1922 B 6924 m 3752 w 3172

113. Leisnig (Brück)
E 8000 G 1919 B 141 m 118 w 23

114. Leutersdorf (Fritsch)
E 3984 G 1919 T 273 B 374 m 132 w 141
166 187

115. Limbach (Kesser)

116. Löbau (Vater)
E 12000 G 1919 T 1200

117. Lößnitz (Beeker)

118. Lugau (Birkner)

119. Meißen (Büttner)
E 44000 G 1919 T 459 B 536 m 275 w 184
331 205

120. Mittweida (Fritzsche)
E 20000 G 1923 B 515 m 324 w 191

121. Mylau (Petzold)
E 7166 G 1920 T 2270 B 189 m 40% w 60%
105 84

122. Neukirch, Lausitz (Israel)
E 6000 G 1919 T 1600 m 1000 w 600

123. Niederorderwitz (Mätzig)
E 3944 G 1919 T 165 m 156 w 9

124. Oederan
E 6000 T 80 m 30 w 50

125. Oelsnitz (Meinel)
E 17000 G 1921 B 358 m 270 w 88

126. Olbersdorf (Ufer)
E 5963 G 1920 T 723

127. Oschatz (Hoyer)
E 10050 G 1919

128. Penig (Kutzsche)
E 7836 G 1920

129. Pirna (Steger)
E 31800 G 1919 B 162

130. Pulsnitz (Küth)
E 4300 G 1919 T 100 B 400 m 46% w 54%

131. Plauen (Weller und Gaitzsch)
E 116000 G 1919 T 703 m 281 w 422

132. Radeberg (Städtisches Wohlfahrtsamt)
E 15651 G 1920 T 487 m 315 w 172

133. Reichenbach (Röhnert)
E 30000 G 1922 B 1250 m 500 w 750

134. Rochlitz (Wagner)
E 12600 G 1922 B 276 m 162 w 114

135. Schwarzenberg (Knopf)
E 8051 G 1919 T 940 m 60% w 40%

136. Thalheim (Hähnel)

137. Tharandt (Berthold)
E 4100 G 1920 T 2300 B 110

138. Thum (Grosse)
E 12214 G 1920 T 180 B 286 m 80 w 100
128 158

139. Waldheim (Pfeifer)
E 39000 G 1919 T 441 B 592 m 170 w 241
241 351

140. Zittau (Heinke)
E 8000 G 1919 T 600 m 400 w 200

141. Zschopau (Eger)
E 81000 G 1919 T 726 B 1157 m 333 w 393

142. Zwickau (Röhnert)

Heimvolkshochschulen

143. Leipzig, Schule der Arbeit (Hermes) 1933 liquidiert

144. Leipzig, Dessauerstr. 19 (Wolf) 1933 liquidiert

145. Leipzig, Stöckelstr. 54 (Walter) 1933 liquidiert

146. Sachsenburg (Angermann) Mai 1933 von SS besetzt

XV. Verband der Volkshochschulen der Provinz Sachsen
(Geschäftsstelle: Magdeburg (Wilberg))

Abendvolkshochschulen

147. Aken (Bautz)

148. Barby (Dreyer)

149. Bitterfeld (Händel)

150. Burg bei Magdeburg (Antusch)
E 25000 G 1919 T 250 B 270 m 130 w 120
140 130

151. Kreis Calbe (Seiferth)

152. Egeln (Benner)
E 5197 G 1919

153. Erfurt (Otto)
E 140000 G 1919 T 1939 B 2175 m 1190 w 749
1328 847

154. Großengottern (Köhler)

155. Halberstadt (Arfert)
E 47630 G 1919 T 1495 B 2604 m 39% w 61%

156. Halle (Wittsack)
E 200000 G 1919

157. Hirschbach (Eisser)

158. Magdeburg (Seiferth)
E 300000 G 1919 B 8888 m 53% w 47%

159. Merseburg, Stadt und Landkreis (Schulze)
T 1012 m 62,4% w 37,6%

160. Naumburg (Lehmann)
E 30000 G 1918

161. Nordhausen (Koch)
E 36500 G 1919 B 775 m 246 w 529

162. Piesteritz (Seyfarth)
G 1929 T 150

163. Schkeuditz (Höfer)
T 160

164. Schönebeck-Bad Salzelmen (Seiferth)

165. Stendal (Zander)
E 31000 G 1919 T 73 B 89 m 61 w 12
77 12

166. Suhl (Buchheim)
E 16000 G 1919 T 384

167. Weferlingen (Dame)

168. Wittenberg (Siebensohn)
E 24000 G 1919

169. Zeitz (Wegmann)

Diesem Verband unterstand auch Eckartsberga (nicht im Reichsverbande).

XVI. Volkshochschule Thüringen E.V.
(Geschäftsstelle: Jena (Lotze) 1933 Deutsche Heimatschule Thüringen (Merkel))
Geschäftsjahr 1931/32 255 Kurse 6616 Teilnehmer
167 Veranstaltungen 29358 Teilnehmer

Abendvolkshochschulen

170. Bürgel (Jacob)

171. Eisenach (Riedel)
E 43385 G 1919 T 1000

172. Eisenberg (Gruber)
E 11500 G 1919 T 195 B 128 m 172 w 23
111 17

173. Geiersthal (Schmidt)

174. Gößnitz (Ulbricht)
E 7000 G 1919 T 426 B 168 m 217 w 209
175. Gotha (Nippold) 97 71
E 46000 G 1919 B 850 m 50% w 50%
176. Gräfenroda (Fröhlich)
177. Grimmelshausen (Truckenbrodt)
178. Grumbach (Tischendorf)
179. Heldburg (Schneider)
180. Hermsdorf (Kipping)
E 3500 G 1919 T 200
181. Hildburghausen (Götz)
E 7000 G 1919 B 950
182. Ilmenau (Bayer)
E 14000 G 1919 T 454 B 167 m 172 w 282
63 104
183. Jena (Lotze)
E 60000 G 1919 T 1618 B 5517 m 50% w 50%
184. Kahla (Kalisch)
E 7168 G 1919 T 131 B 151 m 103 w 28
185. Lehesten (Möller) 116 35
186. Lobeda (Spelter)
187. Mannichswalde (Schellenberg)
188. Meiningen (Riedel)
189. Münchenbernsdorf (Dünckel)
190. Neustadt/Orla (Nilius)
E 7660 G 1919 B 63 m 48 w 15
191. Poeßneck (Schertling)
E 15000 G 1919 B 135 m 80 w 55
192. Ronneburg (Windorf)
E 7900 G 1920 T 120 B 140 m 70 w 50
80 60
193. Röttersdorf (Ehle)
194. Rudolstadt (Männel)
195. Schleiz (Sennewald)
E 6000 G 1921 T 90 m 65 w 25
196. Schmölln (Gemeinhardt)
E 13700 G 1919 T 230 B 177 m 52 w 125
197. Sonderhausen (Borchardt)
E 10000 G 1928/29
198. Sonneberg (Rebhan)
E 19000 G 1919 T 400 B 345 m 150 w 250
130 215

199. Steinheid-Scheibe (Kost)

200. Uhlstädt (Opel)
E 1600 G 1918

201. Veilsdorf (Lautensack)
E 1400 G 1920 T 230

202. Wasungen (Lang)

203. Weida (Metze)
E 10500 G 1919 T 64

204. Weimar (Böttcher)
E 49000 T 360 m 94 w 266

205. Zella-Mehlis (Stärk)
E 15000 G 1919 T 510

206. Zeulenroda (Fratscher)
E 12000 G 1919

Heimvolkshochschulen

207. Jena (Lotze)

XVII. Württembergische Volkshochschulen
(loser Verband satzungsgemäß im Reichsverband vertreten)
(Geschäftsstelle: Stuttgart (Bäuerle))

Abendvolkshochschulen

208. Eßlingen (Wilhelm)
E 40000 G 1919 T 953 B 1457 m 469 w 474

209. Heilbronn (Leichtle)
E 47000 G 1919 T 1800

210. Reutlingen (Bauder)
E 31000 G 1918 T 1450 m 600 w 850

211. Stuttgart (Pfleiderer und Bäuerle)
E 360000 G 1919 T 6250 B 6600 m 4800 w 1800

212. Ulm (Reihing)
E 56000 G 1919 B 700

Heimvolkshochschulen

213. Comburg (Küßner)

214. Denkendorf (Weber)

XVIII. Einzelvolkshochschulen, die dem Reichsverband unmittelbar angeschlossen waren

Abendvolkshochschulen

215. Kassel (Grässel)
E 172000 G 1918 B 2240 m 850 w 1390

216. Lübeck (Pieth) 1933 aufgelöst
E 128000 G 1919 T 800 B 2000 m 40% w 60%

Heimvolkshochschulen

217. Dreißigacker (E.V.) (Weitsch) aufgelöst 30.9. 1933

218. Prerow a.d. Darß (Klatt) 15.3. 1933 in den Reichsverband aufgenommen

XIX. Landesverband der Schleswig-Holsteinischen Volkshochschulen
(gegründet 5.10.1932 und dem Reichsverband angeschlossen)

219. Altona (Hoffmann und Köster)
E 231000 G 1919 B 1600 m 34% w 66%

220. Kiel (Mulert)
E 216000 G 1919 B 3694 m 2217 w 1477

221. Flensburg

222. Pinneberg

Quellenverzeichnis

aus "Inventarverzeichnis des Ökumenischen Archivs in Soest (Westfalen)", Soest 1962.

V VOLKSHOCHSCHULWESEN
(Akten: Reichsverband der deutschen Volkshochschulen)

a) Satzungen
1. u. 2. Satzungen 1927 - 1931

b) Versammlungen und Sitzungen
1. - 7. Sitzungen: Protokolle und Niederschriften 1927-33

c) Volkshochschultage und Tagungen
1. u. 2. Deutscher Volkshochschultag Dresden 1928
3. Deutscher Volkshochschultag Breslau 1930
5. - 7. Volkshochschulpraktiker-Tagung Lauenstein 1932
8. Sonstige Tagungen 1930 - 1932

d) Mitglieder
1. - 3. Mitgliederverzeichnisse und -beiträge 1930-1932
4. Mitgliederversammlungen 1927 - 1933
5. Verteilung der Reichsmittel und Beitragskarten

e) Rundschreiben
1. u. 2. Rundschreiben 1927 - 1933
3. u. 4. Nachrichten des Archivs für Volksbildung im Reichsministerium des Innern, Nr. 1 - 14

f) Statistik
1. - 4. Fragebogen und Statistiken 1927 - 1932
5. Deutsche Kulturstatistik

g) Korrespondenz des Reichsverbandes der deutschen Volkshochschulen
1. - 18. Korrespondenzen 15. 12. 1926 - 27. 9. 1933

h) Landesverbände, Abendvolkshochschulen und VHS-Heime
1. - 56. Korrespondenzen und Material 1927 - 1934
1. Altona
2. u. 3. Anhalt
4. u. 5. Bayern
6. Boberhaus
7. - 9. Groß-Berlin
10. u. 11. Bergische Volkshochschulen
12. u. 13. Braunschweig
14. u. 15. Dreißigacker
16. Edewecht
17. Habertshof
18. Hambacher Höhe
19. u. 20. Hamburg
21. Hannover und Oldenburg
22. u. 23. Hessen
24. Kassel
25. Kiel
26. u. 27. Lübeck
28. Mecklenburg-Schwerin
29. u. 30. Niederschlesien
31. u. 32. Oberschlesien

33. Ostpreußen
34. Pommern-Stettin
35. Querbach
36. u. 37. Rheinland
38. u. 39. Rhein-Main Verband Frankfurt
40. Rippen
41. u. 42. Sachsen, Provinz
43. u. 44. Sachsen,Freistaat
45. Sachsenburg
46. u. 47. Schleswig-Holstein
48. Sudetenland
49. Tempelhof
50. u. 51. Thüringen
52. Ulmenhof
53. u. 54. Westfalen
55. u. 56. Württemberg

i) Heime und Einzelvolkshochschulen
1. Einzelvolkshochschulen und Heime 1928
2. - 5. Reichsunterstützung 1930 - 1933
6. u. 7. Notaktion Preußen 1931 - 1933
8. Notaktion Reich 1931 - 1933
9. - 11. Sonstige Aktionen 1927 - 1930

k) Einzelpersonen
1. Marquardt-Vorgänge 1932 - 1933
2. Reichsverband-Korrespondenz mit Prof. Siegmund-Schultze 1928 - 1933

l) Presse und Rundfunk
1. - 5. Korrespondenz 1927 - 1933

m) Andere Institutionen
1. - 3. Deutsche Schule für Volksforschung und Erwachsenenbildung
4. Lehrerfortbildungskommission
5. Gesellschaft für Volksbildung
6. Freie Volksbildung
7. Weltbund für Erwachsenenbildung
8. Seminar für Erwachsenenbildung
9. Reichsausschuß für hygienische Volksbelehrung
10. Reichszentrale für Heimatdienst
11. Freiwilliger Arbeitsdienst

n) Archivnachrichten
1. u. 2. Lehrpläne der Volkshochschulen 1929 - 1933

o) Verschiedenes
1. - 3. Verschiedene Korrespondenz 1930 - 1933
4. Erwerbslosenbildung
5. u. 6. Erwerbslosenunterstützung
7. u. 8. Verhandlungen über Fahrpreisermäßigungen bei der Reichsbahn
9. Erwachsenenbildungsbuch

p) Kasse und Bank
1. Finanzierung der städtischen Abendvolkshochschulen Deutschlands 1927 - 1929
2. Doppelverdiener
3. - 19. Etat-, Steuer-und Kassenfragen

S SETTLEMENTS, SOZIALPOLITISCHE FRAGEN UND SOZIALE ARBEITSGEMEINSCHAFT BERLIN-OST (SAG)

I. Settlements und sonstige vorbereitende Arbeiten der Sozialen Arbeitsgemeinschaft Berlin-Ost (SAG)

II. Die Arbeit der Sozialen Arbeitsgemeinschaft Berlin-Ost von 1911-1933

a) Satzungen
b) Arbeitssitzungen und Konferenzen der SAG
c) Freunde und Mitarbeiter der SAG
d) Einladungen zu Vorträgen von F. Siegmund-Schultze
e) Korrespondenz und Vermittlungen
f) Akademisch - Soziale Arbeit
g) Jugendfragen und sonstige Aktionen
h) Stadt, Land und Siedlung
i) Frauenkolonien
k) Siedlung Ulmenhof, Berlin - Wilhelmshagen
l) Volkshochschulen der SAG, Internationale Volkshochschulen und volkshochschulähnliche Einrichtungen
m) Ortsgruppen der SAG in anderen deutschen Städten
n) Probleme und Austausch mit anderen Organisationen

III. Soziale Arbeitsgemeinschaft (SAG) in der nationalsozialistischen Periode

IV. Neuere Sozialpolitische Arbeiten im Sinne der SAG

Literaturverzeichnis:

Reuter, Rudolf Erwachsenenbildung, Köln 1958

Diese Auswahlbibliographie enthält die wichtigsten Bücher-und Zeitschriftenaufsätze. Darum enthält das nachfolgende Literaturverzeichnis nicht alle Bücher, Schriften und Aufsätze der angegebenen Verfasser.

) BÜCHER, SCHRIFTEN UND AUFSÄTZE

Apelt, W. Geschichte der Weimarer Verfassung,1946

Angermann, Franz Die freie Volksbildung, Jena 1928

Angermann, Franz Die Prerower Richtlinien und die Tagung in Bad Grund. Freie Volksbildung 7,1932, Nr. 1, S. 2-9,Nr.2,S.50 - 60

Arbeitsunterlagen für Volkshochschulen Hrsg.Deutscher VHS-Verband
1) politische Bildung
2) Erwachsenenbildung als Schule des Denkens
3) Anregungen zur Behandlung wirtschaftlicher Fragen in der Erwachsenenbildung
4) Tagungspraxis

Apelt, Max Die Philosophie auf der Volkshochschule, Langensalza 1920

Ackerknecht, Erwin Aus der Werkstatt eines Volksbildners, Hamburg 1950

Balser, Frolinde Die Anfänge der Erwachsenenbildung in Deutschland in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts,Stuttgart 1959

Bäuerle, Theodor Der Verein zur Förderung der Volksbildung in Württemberg. In: Volksbildungsarchiv 19, 1922,Nr. 3/4

Bäuerle, Theodor Erwachsenenbildung. In: Volksbildungsarchiv 10, 1923,Nr. 1/2

Bäuerle, Theodor Zur Kritik der Zeit. In: Die Tat 15, 1923/24,S. 801 - 805

Bildungsfragen der Gegenwart (Festschrift zu Theodor Bäuerles 70. Geburtstag), Stuttgart 1953

Becker, Helmut Quantität und Qualität, Freiburg 1962

Becker, Heinrich Staat und Erwachsenenbildung. In: Freie Volksbildung 5, 1930,S. 235-243

Benz, Richard Volk und Kultur, Berlin 1919

Bergsträsser, Arnold Politik in Wissenschaft und Bildung. In: Politik u. Zeitgeschichte(Das Parlament) B 44/61

Bericht über die Nordisch-Deutsche Volkshochschule in Meißen v. 2.-8.August 1925,hrsg. vom Nordisch-Deutschen Arbeitskreis mit Unterstützung des Sächsischen Ministeriums für Volksbildung,Dresden 1926

Berliner Verein für Volkserziehung: 1) Verwaltungsbericht d.Vorstandes 1911 2) Verwaltungsbericht f.d. Jahr 1912 Berlin o.J.

Binder, Gerhart, Frede, Günther, Kollnig, Karl u.a. Politische Bildung und Erziehung,Stuttgart 1953

Borinski, Fritz — Der Weg zum Mitbürger, Köln 1954

Bräuning-Oktavio,Hermann — Ein englisches Beispiel zur Bildungsreform, Reuters 1919

Blum, Emil — Arbeiterbildung als existentielle Bildung, Leipzig 1935

Buchwald, Reinhard — Dennoch der Mensch, Jena 1925

Buchwald, Reinhard — Die deutsche Volksbildungsarbeit im Zeitalter des Liberalismus. In: Bücherei und Bildungspflege 12, 1932, Nr. 1, S.1/13, Nr.2, S. 81-96

Buchwald, Reinhard — Die Bildungsinteressen der deutschen Arbeiter. In: Recht und Staat in Geschichte und Gegenwart (107), Tübingen 1934

Buchwald, Reinhard — Führer durch Goethes Faustdichtung, Stuttgart 1955

Buchwald, Reinhard (Hrsg.) — Schillers Werke, 3 Bde.,1955

Dirks, Walter — Religiöse Freiheit und Bindung in der Erwachsenenbildung, 1958

Dahm, Clemens — Das pädagogische Werk des Volksbildners Anton Heinen, Mülheim-Ruhr 1957

Damaschke, Adolf — Volkshochschule und Bodenreform, Langensalza 1921

Die Deutsche Schule für Volksforschung und Erwachsenenbildung. Das erste Jahr. Hrsg. Hohenrodter Bund, Stuttgart 1927

Dewar, Katharine, C. — Die Entwicklung der Settlements in den angelsächsischen Ländern. In: Neue Nachbarschaft-Akademisch-Soziale Monatsschrift 12, 1929,Nr. 5/6

D O K 50 — Dokumente und Beiträge zur Volksbildungsarbeit aus aller Welt. Hrsg. Joseph Rovan, Stuttgart

Dreißigacker — Volkshochschule/Erwachsenenbildung Hrsg. Ilse Theiß u.Heiner Lotze, Jena 1930

Engberg, Paul — N.F.S. Grundtvig, Stuttgart 1950

Egbring, Heinrich — Aus Theorie u. Praxis Rheinischer Volkshochschulen,Heidelberg 1922

Erdberg, Robert von — 50 Jahre,Volksbildungswesen,Berlin 1924

Ekklesia: II. Die skandinavischen Länder, Heft 7: Die Kirche in Dänemark, Die Kirche in Island, Hrsg. v.F.Siegmund-Schultze, Leipzig 1937
Dort: Grandtvigianismus und Volkshochschule in Dänemark von Ernst J. Borup , S. 142 - 151

Fischer, Kurt Gerhard Wo steht die Erwachsenenbildung heute? Weinheim 1956

Flitner, Wilhelm Laienbildung, Jena 1921

Gebhardt, Carl Fordernde Volksbildung,Breslau 1923

Geiger, Theodor Volkshochschule und Stadt Groß-Berlin In: Archiv für Erwachsenenbildung 1, 1925,Nr. 2, S. 75/83

Geschichte freier Volkshochschulen, Eine Denkschrift des Ausschusses für freie Volkshochschulen im deutschen Volkshausbund, Karlsruhe 1919

Die gesamtdeutsche Verantwortung der Volkshochschule. Hrsg. Landesverband der Volkshochschulen von Nordrhein-Westfalen, 1958

Gillmann, Frederik John The Workers and Education, London o.J.

Grau, Herbert Erwachsenenführung, Hamburg o.J.

Grundfragen zur Volkshochschularbeit: Hrsg. Deutscher Volkshochschulverband.
1) Das Gespräch
2) Politische Bewußtseinsbildung
5) Deutscher Volkshochschultag Frankfurt 1956
6) Deutscher Volkshochschultag Frankfurt 1956
7) Deutscher Volkshochschultag Frankfurt 1956
8) Deutscher Volkshochschultag Frankfurt 1956
9) Wirtschaftsfragen im staatspolitischen Unterricht

Grundtvig, N.F.S. Schriften zur Volkserziehung und Volkheit Bd. 1: Die Volkshochschule Bd. 2 Volkheit Jena 1927

Grundtvig, N.F.S. Volkshochschule. In: Kleine pädagogische Texte, hrsg. v.Elisabeth Blochmann, Hermann Nohl u. Erich Weniger,Langensalza o.J.

Günther, Gerhard Das Hamburger Volksheim 1901/22, Berlin 1924

Harms, Heinrich Die deutsche Volkshochschule. In: Flugschriften der Fichte-Gesellschaft 1914,Nr. 3, Hamburg

Heimvolkshochschulen in Niedersachsen, hrsg.Arbeitsgemeinschaft der Niedersächsischen Heimvolkshochschulen, Braunschweig o.J.

Heinrichs, Heinrich	Drei Jahre Düsseldorfer Volkshochschule, Leipzig 1922
Heller, Hermann	Freie Volksbildungsarbeit, Leipzig 1924
Hermes, Gertrud	Die geistigen Grundlagen der englischen Erwachsenenbildung, Crimmitschau 1927
Hengsbach, Franz	Die Aufgaben der katholischen Erwachsenenbildung. In: Ordo Socialis 8, 1960/61, Nr. 2, S. 93-98
Henningsen, Jürgen	Zur Theorie der Volksbildung, Berlin 1955
Henningsen, Jürgen	Der Hohenrodter Bund, Heidelberg 1958
Henningsen, Jürgen	Die Neue Richtung in der Weimarer Zeit, Stuttgart 1960
Hütten, Heinz	Situation und Aufgabe der Erwachsenenbildung. In: Ordo Socialis (Sonderdruck) 8, 1960/61, Nr. 1
Heß, Wolfgang	Wie gründet man eine Volkshochschule? Berlin o.J.
Handwörterbuch des deutschen Volksbildungswesens, hrsg. Heinrich Becker, Adolf Narciß, Rudolf Mirbt, Breslau o. J.	
Honigsheim, Paul	Menschenbildung und Industriepädagogik. Mannheim 1930
Jahn, Renate	Was heißt Arbeiterbildung?, Freiburg 1960
Kaphahn, Fritz	Das Wesen und die Formen der freien Volksbildung. In: Freie Volksbildung 1, 1926, Nr. 1, S. 5-23, S. 95-105
Keller, Ludwig	Die geistigen Strömungen der Gegenwart und das öffentliche Leben, Jena 1910
Klatt, Fritz	Die schöpferische Pause, Jena 1922
Klatt, Fritz	Ja, Nein und Trotzdem, Jena 1924
Klatt, Fritz	Die Arbeit eines Jahres, Prerow 1929
Klatt, Fritz	Beruf und Bildung, Potsdam 1929
Klatt, Fritz	Freizeitgestaltung, Stuttgart 1929
Klatt, Fritz	Begegnungen und Gestaltungen, Potsdam 1930
Küssner, Karl	Englische Volksbildungsarbeit, Stuttgart 1927
Krukenberg, Werner	Die Finanzierung der Abendvolkshochschulen. In: Freie Volksbildung 5, 1930, S. 321-329

Laack, Fritz	Auftakt freier Erwachsenenbildung. Geschichte und Bedeutung der"Pflanzschule für tüchtige Communevorsteher und Ständedeputierte" in Rendsburg 1842/48,Stuttgart 1960
Laack, Fritz	Volksbildungsarbeit auf dem Lande. Bericht über die Akademie der Deutschen Schule für Volksforschung und Erwachsenenbildung. In: Hefte für Büchereiwesen 14, 1930, S. 108-112
Lauterburg, Otto	Feierstunden auf dem Lande,Bern 1932
Lehmann, Edvard	Grundtvig, Tübingen 1932
Lichtenstein, Ernst	Umrisse einer soziologischen Jugendkunde, Berlin 1955
Lichtenstein, Ernst	Die Schule im Wandel der Gesellschaft, Ratingen 1957
Lochner, Rudolf	Entfaltung der Gemeinschaft, Frankfurt 1930
Ludwig, Fritz	Die Aufgaben unserer Volksbildung
Mann, Alfred	Die deutsche Bildung und die Neuordnung der deutschen Verhältnisse. In: Schlesische Schulzeitung 1918, Nr. 51/52
Mann, Alfred	Denkendes Volk - Volkhaftes Denken, Frankfurt 1928, Braunschweig 1948
Mann, Alfred	Die kulturpolitische Lage und die deutschen Volkshochschulen. In: Freie Volksbildung 7, 1932, S. 401-414
Mann, Alfred	Die Stellung der Volkshochschule im sozialen Körper. In: Freie Volksbildung 4, 1929,S. 236-254
Mann, Alfred	Thesen zur Dialektik der Volkshochschule. In: Blätter der Volkshochschule Breslau 8, 1929/30,Nr. 1/2,S.1-19
Marr, Heinz	Unser Volksheim, Hamburg o.J.
Meister, Willi	Volksbildung und Volkserziehung in der Reformation Huldrych Zwinglis, Zürich 1939
Merz, Alfred	Die Volkshochschule Groß-Berlin, Leipzig 1920
Merz, Alfred	Wie soll Groß-Berlin das Problem seiner Volkshochschulen lösen?, Berlin 1920
Mockrauer, Franz	Die freie Volksbildung als Institution. In: Freie Volksbildung 5, 1930, S.395 - 401

Mockrauer, Franz	Zur Organisation der freien Volksbildung. In: Freie Volksbildung 2, 1927, S. 335/352
Mockrauer, Franz	Die Abendvolkshochschulen in Deutschland Dresden 1925 (Vortrag gehalten auf der Nordisch-Deutschen Tagung in Meißen 1925) (Sonderdruck)
Mockrauer, Franz	Einige Bemerkungen zu Werner Pichts Buch über die deutsche Volksbildung. In: Volkshochschule im Westen 3, 1952, Nr. 12 (Sonderdruck)
Müller, Wilhelm	Amerikanisches Volksbildungswesen, Jena 1910
Naumann, Paul	Freies Volksbildungswesen, Halberstadt 1929
Natorp, Paul	Sozialpädagogik, Stuttgart 1899
Natorp, Paul	Gesammelte Abhandlungen zur Sozialpädagogik, Stuttgart 1907
Pestalozzi, Johann, Heinrich	Sämtliche Werke, Jubiläumsausgabe, hrsg. von P. Boßhart u.a. 1945/46
Petersen, Peter	Der Aufstieg der Begabten, Leipzig 1916
Picht, Werner	Toynbee Hall und die englische Settlements Bewegung, Tübingen 1913
Picht, Werner	Die deutsche Volkshochschule der Zukunft, Leipzig 1919
Picht, Werner	Das Schicksal der Volksbildung in Deutschland, Berlin 1936, Braunschweig 1950
Poeschel, H	Die staats-und kulturpolitische Bedeutung der Erwachsenenbildung. (Sonderdruck aus Hefte für Büchereiwesen XV, 1931)
Pöggeler, Franz	Einführung in die Andragogik, Ratingen 1957
Pfleiderer, Wolfgang	Formen und Methoden der Erwachsenenbildung. In: Freie Volksbildung 5, 1930, S. 402/411
Rosenstock, Eugen und Picht, Werner	Im Kampf um die Erwachsenenbildung 1912-1926, Leipzig 1926
Rosenstock, Eugen	Englische und deutsche Volksbildung, Leipzig 1926
Rosenstock, Eugen	Protestantismus und Volksbildung, Berlin 1925
Reuter, Rudolf	Erwachsenenbildung, Köln 1958

Reuter, Rudolf	Idee und Wirklichkeit der Erwachsenenbildung, Köln 1960
Rotten, Elisabeth	Friedensarbeit, eine Aufgabe der Erwachsenenbildung. In: Versöhnung und Friede 1961, Nr. 17, S. 1/9
Reisch, Erich	Probleme der Erwachsenenbildung. In: Volkstum und Volksbildung 3, 1931, S. 299/302
Schelsky, Helmut	Schule und Erziehung in der industriellen Gesellschaft, Würzburg 1957
Siegmund-Schultze, Friedrich	Inventarverzeichnis des Ökumenischen Archivs, Soest 1962
Siegmund-Schultze, Friedrich	Grundsätzliches zur Ausbildung männlicher Wohlfahrtspfleger, Dortmund 1949
Stapel, Wilhelm	Volksbürgerliche Erziehung, Hamburg 1928
Steinmetz, Paul	Die deutsche Volkshochschulbewegung, Karlsruhe 1929
Tagungsberichte des Hohenrodter Bundes	1. Band 1923 - 27 Stuttgart 1928
Tews, Johannes	Sind das Volkshochschulen? In: Volksbildung 62, 1932, S. 321 - 325
Thaning, Kai	Die dänische Volkshochschule. In: Junge Kirche 21, 1961, Nr. 2, 65 - 74
Törnquist, Kurt	Studieintresse och studiemotiv hos vuxna, Stockholm 1954
Toynbee Hall	Educational Plans, Session 1912 -1913
Ulich, Robert	Der Aufbau des amerikanischen Bildungswesens. In: Freie Volksbildung 6, 1931, S. 163 - 192
Vogel, Rudolf	Volksbildung im ausgehenden 19. Jahrhundert, Stuttgart 1959
Volksbildungsarbeit in Württemberg.	Hrsg. vom Verein zur Förderung der Volksbildung Stuttgart, Jena 1924
Volksheim Hamburg	10. Jahresbericht 1910/11
Volkshochschule	Handbuch für Erwachsenenbildung in der Bundesrepublik. Hrsg. vom deutschen Volkshochschulverband.
Wartenweiler, Fritz	Erwachsenenbildung gestern - heute - morgen, Zürich 1949
Wartenweiler, Fritz	Volksbildungsheim. Wozu? Zürich

Werner, Carl Artur	Handbuch der Erwachsenenbildung. Band 1 Die psychologischen und soziologischen Voraussetzungen der Erwachsenenbildung, Köln 1959 Band 2 Didaktik und Methodik des Erwachsenenunterrichts, Berlin 1960
Westerkamp, Alix	Geschichte der Großstadtsiedlung in Deutschland. In: Neue Nachbarschaft 12, 1929, Nr. 5/6
Weitsch, Eduard	Dreißigacker, Die Schule ohne Katheder, Hamburg 1952
Weitsch, Eduard	Zur Sozialisierung des Geistes, Jena 1919
Weitsch, Eduard	Zur Technik des Volkshochschulunterrichts, Braunschweig
Weitsch, Eduard	Zum Gedächtnis (Marl)
Zur 100. Führungswoche der volkswissenschaftlichen Führungen für Verwundete, veranstaltet durch die studentischen Arbeiterfortbildungskurse, München	
Zur Situation und Aufgabe der deutschen Erwachsenenbildung. Hrsg. Deutscher Ausschuß für das Erziehungs-und Bildungswesen, Stuttgart 1960	

b) ZEITSCHRIFTEN

Das Abendgymnasium	Herausgeber Peter A. Silbermann, 1928 ff.
Akademisch-Soziale Monatsschrift	Herausgegeben von F. Siegmund-Schultze und Alix Westerkamp, Jena 1917 - 1930
Die Arbeitsgemeinschaft	Herausgegeben von Werner Picht, Leipzig 1919/23
Archiv für Erwachsenenbildung	Organ des Hohenrodter Bundes, Berlin 1924 ff.
Berliner Arbeitsblätter für die deutsche Volkshochschule	Hrsg. Dr. Jean Hartmann, Berlin
Blätter der Volkshochschule Breslau	Hrsg. von Alfred Mann, Breslau 1922/33
Blätter der Volkshochschule Thüringen	Verantwortlich R. Buchwald, 1919/29
Thüringer Volksbildungsarbeit	1929/33
Blätter für Volkskultur	Berlin 1913 ff.

Bücherei und Bildungspflege	Hrsg. E.Ackerknecht, Leipzig 1924/33
Erwachsenenbildung	Vierteljahresschrift, hrsg. Albrecht Beckel u.a. 1954 ff.
Freie Volksbildung	Neue Folge des Archivs für Erwachsenenbildung, Hrsg Eduard Weitsch u.a. 1926/33 1947/49
Mitteilungsblatt des Vereins der Volkshochschule Sachsen	1924 ff.
Mitteilungen des Vereins zur Förderung der Volksbildung e.V., Stuttgart	1930 ff.
Monatshefte der Comenius-Gesellschaft	Hrsg. Ludwig Keller, Jena 1909/19
Sozialpädagogik	Hrsg. Arnold Dannemann o.a., Gütersloh 1959 ff.
Die Tat	Monatsschrift für die Zukunft deutscher Kultur, Jena 1915/38
The Commen Room	Hrsg. Educational Settlements Association, 1925/31
The Inauguration of The World Association For Adult Aducation	Bulletin 1-50, London
Volksbildung	Zeitschrift der Gesellschaft für Volksbildung, 1905/35
VHS	Mitteilungsblatt für alle Freunde und Mitglieder der Volkshochschule. Volkshochschulheim Edewecht, 1923/37
Volkshochschule im Westen	Hrsg. Hellmut Becker, Bert Donnepp, Marl 1948 ff.
Nachrichten aus der Sozialen Arbeitsgemeinschaft Berlin-Ost	Hrsg. von F.Siegmund-Schultze, 1914/33 Fortsetzung: Aus der Arbeit der sozialen Arbeitsgemeinschaft, 1934/39
Die Eiche	Hrsg. von F. Siegmund-Schultze, 1913/33
Zentralblatt für Volksbildungswesen	Hrsg. Anton Lampa, Stuttgart 1901/15

C u r r i c u l u m v i t a e

H a n s K a p p e

geboren am 17. Januar 1927 in Messinghausen/W. (Sauerland) als Sohn des Johann Kappe (+ 1950) und seiner Ehefrau Mathilde Horstmann (+ 1955) Besuch der Katholischen Volksschule 1933 - 1939 dort, des Gymnasiums zu Niedermarsberg in den folgenden Jahren bis 1944. Nach der Entlassung aus dem Luftwaffenhelfer-, Reichsarbeits-und Wehrmachtsdienst und der Kriegsgefangenschaft und Erlangung des Reifezeugnisses an den Abschlußlehrgängen für Spätheimkehrer im Jahre 1950 in Unna - Königsborn Studium der Katholischen Theologie in Paderborn bis 1954, danach Studium der Philologie mit den Fächern Französisch und Geschichte in Münster mit Abschlußexamen als Realschullehrer 1958, Tätigkeit als Religionslehrer und Fachlehrer in den oben genannten Fächern in Münster von 1956 - 1959, als Sprachlehrer in Schweden 1959/60. Ab 1957 neben der Lehrtätigkeit Studium der Sozialpädagogik und Sozialethik in Münster und von 1960 - 1962 Assistent am Ökumenischen Archiv in Soest.